

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Der Alptraum

Versetzen wir uns für einen Augenblick in folgende Situation: Bei den Wahlen am 22. September hat die CSU/CDU samt ihren Westerwelles klar gesiegt. Die Mehrheit im Bundestag gehört den Schwarzen, von denen nicht wenige bräunlich sind. Sie stellen mit Stoiber den Kanzler Großdeutschlands. Ruhe ist wieder Verteidigungsminister, Schäuble deutscher Außenminister.

Malen wir uns das Bild noch weiter aus: Die bisherige linke Ecke, wo eben noch das von der eigenen Fraktionsspitze verleugnete Antikriegsplakat des mutigen Trios gegen Bush und Schröder aufflammte, gibt es nicht mehr. Die PDS ist an der 5%-Hürde gescheitert und hat auch keine drei Direktmandate gewonnen.

Wie müßten Kommunisten und Sozialisten eine solche Lage beurteilen?

Kein Zweifel: Es würde sich um einen scharfen Rechtsruck handeln, nachdem bereits Schröder – der im Schlepptau der USA segelnde erste Kriegskanzler der BRD – den Kurs dieses Landes und vor allem dessen Außenpolitik weit nach rechts gesteuert hat. Schröder ist nicht die linke Alternative zu Stoiber, sondern nur ein anderer Spieler im Dienste des Kapitals, sein Strohmann. Er steht aber zugleich unter dem Druck der sozialdemokratischen Basis und der Gewerkschaften und wird – besonders im Westen – auch von vielen gewählt, die sich selbst als Linke betrachten. Seine soziale und politische Klientel weicht von der der CSU/CDU ab.

Weiter gefragt: Wäre das Verschwinden der PDS-Fraktion, der solche Parlamentäre wie Pau und Claus angehören, aus dem Bundestag als „gerechte Strafe“ für den Verrat der Mehrheit der PDS-Führung an den Idealen des Sozialismus und den Tra-

ditionen der deutschen Arbeiterbewegung ein „Erfolg“, über den sich konsequente Linke freuen sollten? Wohl kaum. Denn die Vertreibung der einzigen bürgerlich-demokratischen, pazifistischen und antifaschistischen Linkspartei aus dem Parlament würde nur die Rechte stärken. Wir sagen das, ohne uns irgendwelchen Illusionen über die PDS – eine vom Führungskonzept her nichtmarxistische und nichtrevolutionäre Partei mit kleinbürgerlich-reformistischer Orientierung – hinzugeben. Dennoch: In dieser von faschistoiden Kräften immer stärker geprägten und bedrohten Bundesrepublik muß jede demokratische Barrikade, die dem Weg nach rechts entgegensteht, entschieden verteidigt werden. Dabei überschätzen wir das Gewicht bürgerlicher Wahlen nicht. Aber wir ziehen – Lenins Rat folgend – auch deren Funktion in Betracht. Vor allem sehen wir sie als Gradmesser für die Entwicklung des Massenbewußtseins. Gerade das dürfte kommunistische Parteien in Deutschland – DKP und KPD – zur Kandidatenaufstellung auf regionaler oder lokaler Ebene bewegen haben. Ein landesweites gemeinsames Auftreten von Kommunisten gibt es indes nicht.

Uns ist es keineswegs egal, was am 22. September herauskommt. Die Schwarzen müssen geschlagen werden. Sie würden Schröders mit Sozialabbau verbundenen Kriegskurs nur forcieren. Eine Stimme für die SPD ist ein potentielles Votum für die Große Koalition mit Stoiber. Wahlboykott stärkt CSU/CDU und SPD. Ein Abräumen der linken Ecke im Bundestag dient nur jenen, die den deutschen Imperialismus noch mehr unter Dampf setzen wollen.

Klaus Steiniger



INHALT

Nur ungerechte Kriege?	S. 2
Achse des Friedens	S. 3
Wer kauft den Wandlitzsee?	S. 4
Nach Gysis Abgang	S. 5
Navigation ohne Kompaß?	S. 6
Lehrreiche Veranstaltung	S. 6
Der neue Bernsteinianer M.	S. 7
Ein Dorn im Auge	S. 8
Gründe für Verdrossenheit	S. 9
Zum Nichtangriffsvertrag von 1939	S. 10
Ulbricht contra Goebbels	S. 11
Von Anfang an Verräter?	S. 12
Ära und Aura eines Papstes	S. 13
Solidarisch mit Polens Kommunisten	S. 13
Aus meiner Sicht	S. 14
Brief eines Langzeitarbeitslosen aus dem Ruhrpott	S. 15
In der Straßenbahn	S. 15
Zur Staatstheorie	S. 16
Verzicht auf bürgerliche Spezialisten?	S. 17
Die Taiwan-Frage	S. 18
Rußland: Für Linke Front	S. 19
Neue „Iskra“ erschienen	S. 19
Zionistische Aggressoren	S. 20
USA: Neue Super-STASI	S. 20
Israel: Wahre Nachfolgepartei	S. 21
Hans Lebrecht im Gespräch	S. 21
Portugals KP feuert Renegaten	S. 22
Tschechiens Medien fest in BRD-Hand	S. 22
Gesinnungsterror gegen slowakische Kommunisten	S. 22
Simbawes dorniger Weg	S. 23
¡Presente!	S. 24
Leserbriefe	S. 25
Termine & Anzeigen	S. 28



Warum wir keine Pazifisten sind

Nur ungerechte Kriege?

An zahlreichen Warschauer Gebäuden sieht man Gedenktafeln, die Anschläge polnischer Widerstandskämpfer auf militärische Objekte der deutschen Faschisten ins Gedächtnis rufen. Ausgangs der alten Hauptstraße Nowy Swiat wird z. B. an das Bombenattentat auf ein Nazi-Offizierskasino erinnert, bei dem es 1944 zahlreiche Tote und Verwundete gegeben hat. Würde irgend ein Antifaschist auf den Gedanken kommen, solche bewaffneten Aktionen polnischer Patrioten gegen die Hitleristen infrage zu stellen? Kampf dem Faschismus – mit allen Mitteln – das war in höchstem Maße legal, auch wenn die lettische Justiz nach dem Sieg der Konterrevolution in den 90er Jahren zur Aburteilung sowjetischer Partisanen übergang, die baltischen SS-Verbänden schwere Schläge versetzt hatten.

Doch nicht jeder denkt den Gedanken konsequent zu Ende. Heute trifft man in aller Regel auf Losungen wie „Kein Krieg – nirgends, niemals!“. Das hört sich zunächst sehr überzeugend an. Neulich las man in einem sozialistischen Blatt: „Krieg ist Terrorismus.“ Solche Parolen zählen zum täglichen Vokabular des bürgerlichen Pazifismus, den auch die PDS-Führung als einzige Form einer aufrechten Antikriegshaltung zu betrachten scheint.

Doch bloßer Pazifismus, dessen humanistisch gesinnte Anhänger wir natürlich achten, ist nicht unser Metier. Für Kommunisten und Sozialisten gibt es kein neutral-indifferentes Verhältnis zu Krieg und

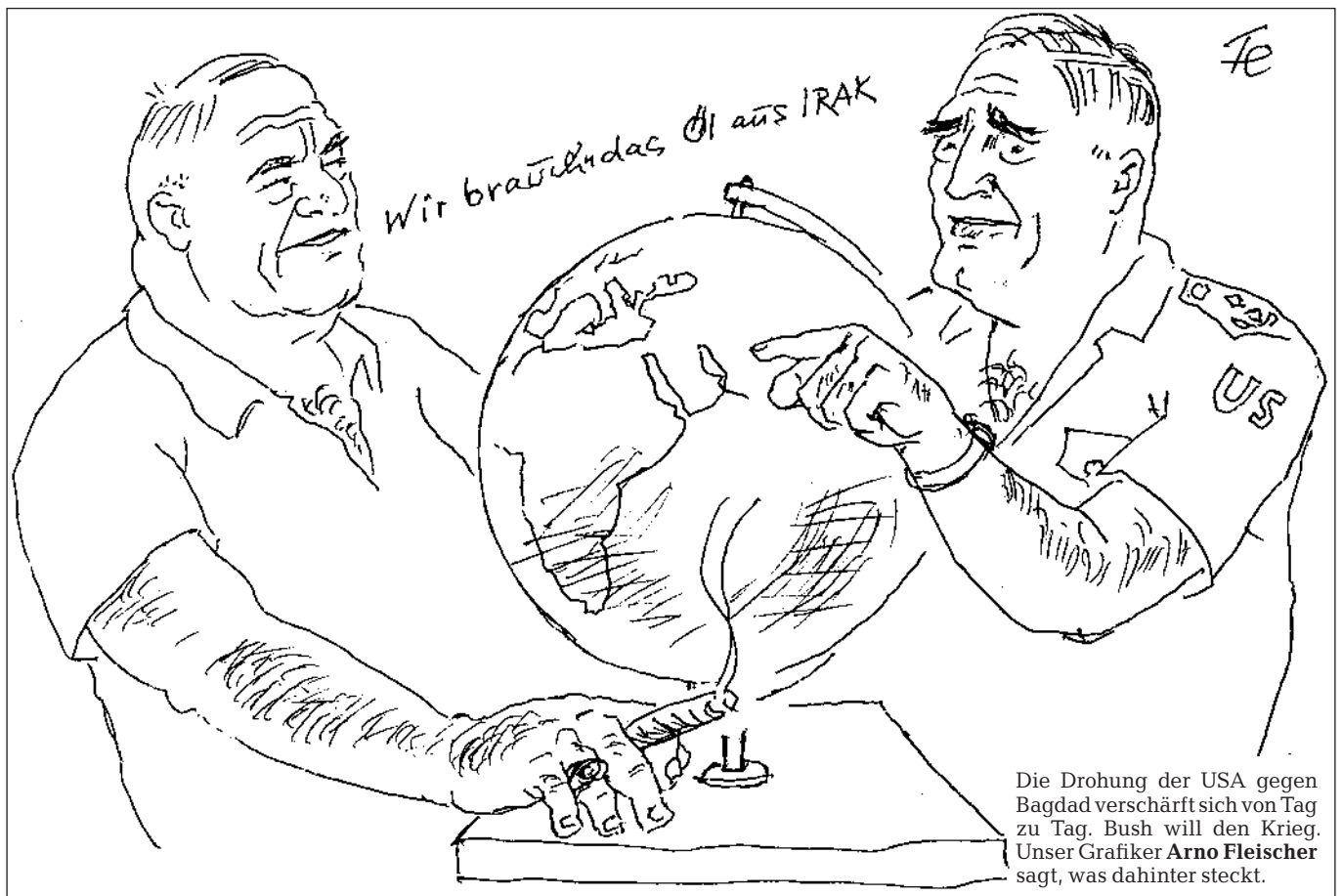
Frieden. Wir stellen auch hier immer und zuerst die Klassenfrage, suchen Hintergründe und Zusammenhänge, erkundigen uns nach den Interessen, die einem Konflikt zugrunde liegen, enthüllen das Geheimnis, in dem der imperialistische Krieg geboren wird.

Gerechte und ungerechte Kriege hat es gegeben, solange die menschliche Klassengesellschaft existiert. Spartacus, Thomas Müntzer, die Pariser Kommunarden, die Helden des Oktober und der anderen großen Revolutionen, der nationalen Befreiungsschlachten und Verteidigungskriege gegen fremde Eroberer, die Protagonisten der antikolonialen Erhebungen und nicht zuletzt die Soldaten der Antihitlerkoalition, zu der auch die hier erwähnten polnischen Untergrundkämpfer gehörten, standen auf jener Seite der Barrikade, die mit historischem Recht zu den Waffen gegriffen hat.

Doch die meisten heutigen Kriege sind ungerecht. Gemeinsam mit Pazifisten aller Richtungen kämpfen wir gegen den imperialistischen Krieg um Rohstoffquellen, Märkte und Einflusssphären, der auf nationale und soziale Unterdrückung abzielt. Die größte Gefahr, die vom Imperialismus vor allem der USA ausgeht, ist seit 1945 die atomare Bedrohung. Sie setzt das Überleben der Menschheit aufs Spiel. Man sollte nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten das bisher einzige Land sind, das die Atombombe als Massenausrottungsmittel angewendet hat.

Seit dem Ende der militärstrategischen Parität zwischen NATO und Warschauer Vertrag, seit der Niederlage des europäischen Sozialismus und der UdSSR, seit der Errichtung einer weitgehenden NATO-Kontrolle über die UNO ist das demokratische Völkerrecht mit seiner klaren Definition von Aggressionen und Aggressoren weitgehend außer Kraft gesetzt worden. Die Einführung des Slogans „Krieg gegen den Terrorismus“ und die von Bush ganz ungeniert verwendete Formel vom „Präventivschlag“ der USA haben eine Situation geschaffen, in der permanent und überall imperialistische Aggressionen entfesselt werden können. Die „Schuld“ wird dabei in jedem Falle den zu „Terroristen“ erklärten Opfern der Angriffsoperationen unterstellt.

Aber man muß jeden Konflikt exakt prüfen. Die militärischen Aktionen der FARC Kolumbiens, die für die Landlosen und Unterdrückten kämpft, und der bewaffnete Widerstand von Palästinensern im okkupierten Westjordanland und im Gaza-Streifen sind mit den NATO-Angriffen auf Jugoslawien, der amerikanischen „Befriedung“ Afghanistans und dem Wüten der Soldateska Scharons in Djenin nicht vergleichbar. Deshalb dürfen wir uns als Kommunisten und Sozialisten nicht klassenindifferent verhalten, sondern müssen – gerade auch heute – unserem keineswegs verzichtbar gewordenen marxistischen Kompaß folgen: der bewährten Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen. **S. R.**



Die Drohung der USA gegen Bagdad verschärft sich von Tag zu Tag. Bush will den Krieg. Unser Grafiker **Arno Fleischer** sagt, was dahinter steckt.

„RotFuchs“ sprach mit Laura von Wimmersperg

Achse des Friedens

Laura von Wimmersperg (67) leitet seit vielen Jahren die Friedenskoordination Berlin, eines der Zentren, die am 22. und 23. Mai die große Anti-Bush-Demonstration organisiert haben. Sprühend vor Vitalität, gewährte sie uns ein Gespräch zu Stand, Arbeitsweise und Aussichten der Friedensbewegung in Deutschland.

Wie kommt man als Angehörige des Adels zur Friedensbewegung?

Ach, das ist eine verschlungene Geschichte. Ich bin in Breslau aufgewachsen und wurde sehr streng in preußischen Traditionen erzogen: Disziplin, Pflichtbewußtsein, intensive musische Erziehung prägten meine Kindheit – und Abkapselung von fremden Kindern. 1946 kamen wir als Umsiedler nach Greiz, wo ich zum ersten Mal etwas aus der Isolation herauskam, jedoch aufgrund meines Namens nicht zum Gymnasium zugelassen wurde. Dies und der Tod meines Vaters veranlaßten meine Mutter zur Übersiedlung nach Westberlin, wo wir Verwandte und Freunde hatten. Der Traum vom Gymnasium erfüllte sich aber auch hier nicht, da wir kein Geld hatten; jedoch fand ich Anschluß an eine Jugendgruppe, mit der ich durch ganz Europa zog und eine wunderbare Zeit erlebte.

Da kam auch der Kontakt zur Friedensbewegung zustande?

Nein, das war erst viel später. Bei unseren Streifzügen fand ich in Lüneburg eine Ausbildungsstätte für Lehrer, die Studenten auch ohne Abitur, nur mit einer Aufnahmeprüfung, annahm. So wurde ich Lehrerin, begann mit der Tätigkeit in diesem Beruf an einer Berliner Hauptschule und studierte nebenher weiter bis zum Diplom. Dabei lernte ich viele Leute der sogenannten 68er und deren Anschauungsweisen kennen – und fand das faszinierend. Darunter gab es auch etliche, die Mitglieder der SEW waren oder zu deren Umfeld gehörten; bei denen erfuhr ich vieles, was mir sehr plausibel erschien und mich schließlich dazu bewog, selbst der SEW beizutreten. Mit vielen von ihnen pflege ich noch heute gute Kontakte. Als dann Ende der 70er Jahre der berühmte NATO-Doppelbeschuß zur Stationierung neuer US-Raketen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rückte, setzten sich einige von uns zusammen, um etwas zu tun. Anfang 1980 gründeten wir in Wilmersdorf eine Friedensinitiative, in den nächsten zwei Jahren entstanden ähn-

liche Gruppen in allen Stadtbezirken – das war die Geburtsstunde der neuen Friedensbewegung in Westberlin.

Sie haben diese Bewegung von Anfang an geleitet?

Nein; ich fand es jedoch ganz normal, mich dort voll einzusetzen, so daß daraus im Laufe der Zeit auch immer mehr Verantwortung entstand.

Was ist das für eine Organisation, die Friedenskoordination Berlin?

Gar keine. Das ist ein monatliches Treffen von etwa 50 Gruppen und Einzelpersonen, auf dem man sich gegenseitig informiert und über gemeinsame Aktionen verständigt. Diese Kontakte zu den vielen anderen Friedensorganisationen sind ganz wichtig. Ich schätze, wir haben allein in Berlin etwa 250 verschiedene Friedensgruppen, z. T. ganz kleine, z. T. im Rahmen von Gewerkschaften oder Kirchen. Sie alle führen ihr Eigenleben, sind jedoch meist aufgeschlossen, wenn wir uns an sie wenden, um gemeinsame Aktionen zu organisieren. Sie fungieren auch als Multiplikatoren. Da haben wir inzwischen ein gewisses Vertrauen erworben. Wenn wir uns mit den Vertretern aller dieser Organisationen treffen – und das hat z. T. im Vorfeld der Anti-Bush-Demos häufig stattgefunden –, dann herrscht meist ein vom Streben nach Gemeinsamkeit geprägtes Klima.

Nun gibt es nicht immer spektakuläre Großaktionen ...

Miteinander reden ist wichtig, noch wichtiger sind gemeinsame Aktionen. Das führt zusammen, denn eine Bewegung lebt vom Bewegen, gemeinsames Handeln bindet die Leute zusammen. Deswegen verwenden wir viel Kraft für Aktionen wie Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, Ausrichtung von Gedenktagen, z. B. des Hiroshima-Tages an der Weltfriedensglocke im Friedrichshain, oder öffentlichen Veranstaltungen zu aktuellen Themen. Wir haben schon viele schöne Sachen in die Welt gesetzt, so die Stiftung eines Friedens-Film-Preises oder die Gründung eines Deutsch-Japanischen Friedensforums als Teil der Anti-Atomwaffen-Aktionen.

Wie verhält es sich mit der Gemeinsamkeit zu den anderen Bundesländern?

Die Hauptstadtfunktion stellt uns vor neue Aufgaben, und wir mußten uns einen gewissen Achtungsbonus erarbeiten. Zur Vorbereitung der Demonstrationen anläßlich des Bush-Besuchs hatte sich auf unsere Initiative eine „Achse des Friedens“ konstituiert, schon sprachlich gedacht als Antwort an die „Achse des Bösen“ des Herrn Bush. Die ist auf Bundesebene so etwas wie unsere Friedenskoordination für Berlin. Ende Juni und Anfang Juli fanden in Bielefeld und Kassel zwei bundesweite Konferenzen statt, die von der Kasseler Ratschlagsbewegung bzw. dem Bonner Netzwerk Friedenskooperative ausgerichtet wurden und an denen sich jeweils etwa 70 Organisationen beteiligten. Dort hat man sich bei Respektierung aller Unterschiede geeinigt, den Begriff „Achse des Friedens“ für gemeinsame Großaktionen beizubehalten.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit wurde die Aufklärung über die Gefahr eines neuen Krieges gegen Irak verabredet. Das wird das gemeinsame Thema der vielen dezentralen Veranstaltungen z. B. am 1. September, den Antikriegstag, sein. Im November soll dazu eine zentrale internationale Konferenz stattfinden.

Wie steht es mit der weltweiten Dimension der Friedensbewegung?

Die internationale Abstimmung ist noch sehr schwach. Der Weltfriedensrat besteht zwar noch, sein Sitz ist z. Z. Athen, wird jedoch wenig wirksam. Das Zusammengehen mit der in einigen Ländern (z. B. Großbritannien) recht starken Friedensbewegung steht noch als dringliche Aufgabe vor uns. Ein neuer Anlauf wurde mit der Gründung des Europäischen Friedensforums im Mai dieses Jahres unternommen.

Frau von Wimmersperg, herzlichen Dank für dieses Gespräch. „RotFuchs“ wünscht der Friedenskoordination Berlin, der Achse des Friedens und allen in der Friedensbewegung Engagierten Erfolge und wird Ihre Aktionen auch weiterhin mit Sympathie begleiten und im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.

Das Gespräch führte Frank Mühlefeldt

Herzlich gratuliert der „RotFuchs“ dem Genossen **Franz Krzywinski** in Dresden, der am 31. 8. 2002 seinen **85. Geburtstag** begeht. Genosse **Rudolf Janert** und Genosse **Joachim Loeb**, beide aus Berlin, werden (am 3. 9. und am 13. 9. 2002) **75 Jahre** alt. Und noch zwei „junge“ Jubilare empfangen unseren herzlichen Gruß: Oberst a. D. **Karl Rehbaum**, Führungsoffizier von Rainer Rupp, Bischofrode, und **Hansjörg Schupp** aus Appethshofen. Sie feiern am 12. und am 18. August ihre **65. Geburtstage**. Der „RotFuchs“ übermittelt allen „Aufgerückten“ beste Wünsche und die Gefühle der Verbundenheit. ■



Warum die „Wende“ eine Konterrevolution war

Wer kauft den Wandlitzsee?

Der 215 ha große Wandlitzsee, eines der zahlreichen Gewässer in der Berliner Umgebung, befand sich bis 1945 in Privathand. Mit der demokratischen Bodenreform in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde er Volkseigentum. Durch den „Einigungsvertrag“ ging er 1990 in BRD-Eigentum über. Jetzt verkauft die „Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft“ des Bundes den See für 423 000 Euro. Damit er wieder Gemeineigentum, nämlich Eigentum der Gemeinde Wandlitz, wird, ruft man deren Bürger dazu auf, das nötige Geld zu spenden ... Ein Hintertreppenzwitz? Nein, nur ein klitzekleines Beispiel für die Wirkung zweier geschichtlicher Umwälzungen, einer Revolution und einer Konterrevolution.

Eine Revolution ist eine Umwälzung, die die Höherentwicklung der Gesellschaft, etwa von der feudalen zur bürgerlichen oder, wie in der DDR, von der kapitalistischen – über eine antifaschistisch-demokratische Etappe – zur sozialistischen Gesellschaft bewirkt. Die führende Kraft in der sozialistischen Revolution ist die Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, in unserem Falle der SED. Die Eigentumsverhältnisse wurden umgestülpt, aus privatkapitalistischem wurde gesellschaftliches, Volks- und Genossenschaftseigentum. An die Stelle des faschistisch-imperialistischen Staates trat der sozialistische Staat.

Natürlich provoziert eine solche Umwälzung den erbitterten Widerstand der Klasse, die sich bisher im Besitz der Produktionsmittel, des Staats- und Unterdrückungsapparates, der Medien usw. befand. Um das Alte zu erhalten oder die früheren Verhältnisse wiederherzustellen, greift sie zu allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln.

Die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten gelangte in Ostdeutschland in einer durch den Sieg der Sowjetarmee über den Faschismus geprägten besonderen Situation an die Macht. Sie mußte sich von Beginn an unter Bedingungen eines vom wiedererstehenden westdeutschen Imperialismus entfachten gnadenlosen Kampfes behaupten. Schon 1953 nutzte die Konterrevolution eine durch (bereits in der Korrektur befindliche) Fehler der Partei- und Staatsführung geförderte Unzufriedenheit zum Putschversuch gegen die DDR. Sie folgte dabei einem in der BRD vorbereiteten Szenarium. Es mutet grotesk an, wenn heute die Geschichtskommission der PDS „die Erhebung jener Juni-Tage“ als soziale Protestbewegung würdigt und erwägt, den 17. Juni 1953 in eine Reihe mit den Revolutionen von 1848 und 1918 zu stellen. 4,5 bis 5,5 % der Werktätigen der DDR waren an den Streiks beteiligt, aber durch das Brandenburger Tor und über den Potsdamer Platz strömten die Acht-Groschen-Provokateure, um nach den Anweisungen des RIAS Mordhetze gegen Partei- und Staatsfunktionäre zu betreiben, Warenhäuser, Cafés und Kioske zu brandschatzen, Maschinen in den volkseigenen Betrieben zu zerstören. Der „Graue Plan“ für den Tag X war im BRD-„Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung“ entstanden. Verwirklicht werden konnte er damals nicht.



Im Gegenteil, die sozialistische Revolution schritt voran. Das Vorherrschen gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, die Sicherung der Staatsgrenzen und die Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit der DDR im festen Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages sowie eine über lange Jahre funktionierende Planwirtschaft ermöglichten es dem sozialistischen Staat, Produktionserfolge in wachsenden Lebensstandard und soziale Sicherheit der Bürger umzuwandeln. Volksjustiz und Wissenschaften, Gesundheitsfürsorge, das sozialistische Bildungswesen und die Berufsausbildung, Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen, eine neue Nationalkultur wurden zu Realitäten. Mit einer sozialistischen Verfassung und einem umfangreichen Gesetzeswerk konnte der Rahmen für die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie abgesteckt werden.

Die größten Errungenschaften der sozialistischen Revolution in der DDR wurden möglich, weil dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte die Macht und das ausbeuterische Eigentum entzogen wurden. So entstanden Verhältnisse, die es – Zeit ihrer Existenz – verhinderten, daß von deutschem Boden Kriege entfesselt werden konnten.

Ist es da ein Wunder, daß die imperialistische Bourgeoisie der BRD alles, aber auch alles unternahm, dieser DDR den Hahn abzudrehen? 1989/90 gelang ihr das endlich. Nach jahrzehntelangem Bemühen, die DDR mit außenpolitischem Druck und Wirtschaftssembargo, mit Medienkrieg und allen anderen Mitteln der ideologischen Diversion in die Knie zu zwingen, wurde sie nun von ihrem wichtigsten Bündnispartner UdSSR isoliert. Damit konnte der Schlag zur Zerstörung der SED geführt und der Staat durch Öffnung der Grenzen und das Einströmen der D-Mark destabilisiert werden.

Es ist hier nicht der Platz, alle Ursachen unserer Niederlage zu analysieren; es waren innere und äußere, objektive und subjektiv verschuldete. Notwendig aber ist, daß wir den Charakter des Prozesses klar erkennen, der hier stattfand, den Charakter der Konterrevolution. Sie hat das Ziel, die Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen und die alten Verhältnisse wiederherzustellen. Da dies im Falle der DDR nicht auf direktem Wege möglich war, traten zunächst Methoden der inneren Aufweichung, Versuche der „Liberalisierung“

des Sozialismus und der Zersetzung der Partei in den Vordergrund. Unsere Niederlage als „Wende“ zu bezeichnen, ist eine gezielte, in die Massen hineingetragene Sprachregelung des Gegners.

Kann man von einer Konterrevolution sprechen, wenn doch der Umsturz 1989/90 unblutig verlief, obwohl er in der Folge nicht wenige Opfer forderte? Ihr Kriterium ist nicht die Zahl der Toten, sondern einzig und allein die Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Nicht nur der Wandlitzsee wurde rückenteignet. 1988 betrug der Wert des Grundmittelbestandes und des Grund und Bodens der DDR mehr als 1 Billion DM. Doch zwei Jahre später wurde der Boden zum symbolischen Preis von 1 DM je m² an Privat verschleudert. Alter Adel kam wieder in die „neuen Bundesländer“. Fabriken wurden stillgelegt, ganze Industriekomplexe zerschlagen. Kleine Händler, nicht zu reden von HO und Konsum, mußten westdeutschen Handelsketten weichen. Aus LPG und VEG wurde wieder „unternehmerische Landwirtschaft“. 46,5 % der Nutzfläche bewirtschaften heute Einzel- und in der überwiegenden Zahl Großbauern, 53,5 % Kapitalgesellschaften (GmbH, LPG-Nachfolger). Brachliegen von Äckern und Abschlachten von Viehbeständen wurden zur Überlebenschance. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist doppelt so hoch wie im gesamtdeutschen Maßstab. Die alte Devisen „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ gehört der Vergangenheit an. Deutsche Soldaten stehen wieder in aller Herren Länder. Bildung und Kultur gehen den Bach hinunter, die Kranken werden zur Ware, die Renten zum Spekulationsobjekt. Wohnungsleerstand und Obdachlosigkeit, sinkende Geburtenzahlen, Kriminalität, Drogensucht und Gewalt allenthalben. Dazu blutiger Ausländerhaß. So zeigt sich die Bundesrepublik heute.

Erst die Rück-Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, erst die Konterrevolution, ließ das Wirklichkeit werden, was in der DDR undenkbar gewesen wäre.

Unleugbar: Es gibt heute mehr Autos, viele industrielle Konsumgüter, Reisemöglichkeiten in jede Richtung, Südführten en masse ... Doch um welchen Preis? Und auf wessen Kosten? Das Maß aller Dinge ist der Mensch, aber nur der Sozialismus garantiert seine allseitige, möglichst sorgenfreie Entwicklung als Persönlichkeit und Teil einer humanen Gemeinschaft. Das ist mit einer Spende zum Wiedererwerb des Wandlitzsees nicht zurückzuhaben. **Ernst Heinz**

Wie sozialistisch war Berlins Wirtschaftssenator?

Nach Gysis Abgang

Der Kapitalismus ist das überlegene Gesellschaftssystem. Produktiver, effektiver, demokratischer als sein sozialistisches Gegenstück war. Rundum vital. So prahlen seine Protagonisten, seit es gelang, der von der Sowjetunion angeführten sozialistischen Staatengemeinschaft den Garaus zu machen. Doch siehe da – plötzlich erweist sich der Kapitalismus als schwerkranker Mann, der zum Überleben der Hilfe profunder Wunderheiler bedarf. Was die deutsche Sozialdemokratie bereits vor vielen Jahrzehnten als ihre vornehmste Verpflichtung erkannte, ist heute wieder brennend aktuell: „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein zu müssen – und sein zu wollen. Der prominente SPD-Wahlhelfer und Literat Grass jedenfalls beschwor unlängst als „Mission der Linken“, den Kapitalismus und dessen „ungeheuer krisenfällige“ Marktwirtschaft „zu retten“. Denn es bestehe die Gefahr, daß er „insgesamt in sich zusammenbricht“. Grass appellierte „dafür (zu) sorgen, daß der Kapitalismus sich nicht selbst zerstört“. Sein Heilsrezept: Ihm „zivile, humane Manieren beibringen“. Also gewissermaßen den todkranken Patienten zu gesünderer Lebensweise zu überreden. Diesen humanitären Dienst hätten „die Sozialdemokraten Europas und die rotgrüne Regierung“ hierzulande zu leisten. (ND 4. 7. 02)

Sogleich findet sich auch medizinisches Hilfspersonal ein, das dabei eifrig zur Hand gehen möchte. So ließ der Berliner PDS-Landesvorsitzende Liebich (per ND vom 26. 6.) wissen, daß seine Partei – korrekter: deren Führungspersonal – „in Regierungsverantwortung ... auch ein wenig Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen“ möchte. „Im Interesse der Bürger“, versteht sich.

Was Liebichs bildhafte Verheißung für das wirtschaftspolitische Konzept der PDS praktisch bedeutet, konnte man etwa zeitgleich einem Interview entnehmen, das in der „Welt am Sonntag“ erschien. „Was“-Journalisten stand ein Mann Rede und Antwort, dessen Äußerungen in der PDS bisher besonderes Gewicht beigemessen wurde – und der zu diesem Zeitpunkt als Berliner Wirtschaftssenator Inhaber von Berliner Regierungsverantwortung war: Gregor Gysi. Auch wenn dieser inzwischen – aus welchen Motiven auch immer – mitten im Wahlkampf seinen Berliner politischen Ämtern entsagte und die PDS damit in Atemnot brachte: Seine damaligen Worte haben damit kaum an Aktualität eingebüßt. Denn wer künftig als PDS-Politiker Regierungsverantwortung wahrnimmt, ob nun als Berliner Wirtschaftssenator oder anderswo, er oder sie, wird dabei nach Vorstellungen verfahren, wie sie Gysi erkennen ließ. Vom Interviewer süffisant befragt, wie weit er als Chef des Wirtschaftsressorts „beim Überwinden des Kapitalismus als eines Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisses“ schon gekommen sei, hatte Gysi erwidert, „das Erreichen berechtigter kapitalismuskritischer (merke: nicht etwa –überwindender!) Ziele gehört nicht zu meiner konkreten Aufgabe“. Als Wirtschafts-senator habe er die kapitaldominierte Gesellschaft als Realität hinzunehmen. Nur „sehr begrenzt“ könne er sozialistisch sein und lediglich „die soziale Frage in den Vordergrund stellen“. Eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit gehe „nur über Investitionen und die Belebung von Wirtschaftstätigkeit“.

Nun muß man sich weder erst bei Marx schlaue gemacht oder „moderne“ Betriebswirtschaftslehre studiert haben, um zu wis-

sen: Will man Investoren – also Kapitaleigner – zwecks wirtschaftlicher Belebung anlocken, dann muß man ihnen die bestmöglichen Verwertungsbedingungen für ihr Kapital bieten. Also Aussicht auf maximale Rendite. Das allerdings wußten schon Gysis diverse Amtsvorgänger. In Berlin wie in der gesamten Bundesrepublik haben die jeweils regierenden Koalitionen, in welcher Zusammensetzung auch immer, seit jeher als im kapitalistischen System wurzelnde, ihm politisch dienende Instrumente entsprechend gehandelt. Da bedarf es wahrhaftig nicht erst der Reformexperten aus der PDS-Führungsriege.

In besagtem Interview hatte Gysi den Wunsch geäußert, man möge erkennen, daß er (wie PDS-Reformpolitiker generell) kein Investorenschreck sei. Der war er ohnehin längst nicht mehr, wenn er überhaupt je als solcher gegolten haben sollte. Man wußte unterdessen, dass er und seinesgleichen nach eigenem Bekunden, „unter kapitalistischen Rahmenbedingungen Wirtschaftspolitik zu machen in der Lage sind“.

Während Gysi den Gewerkschaften schroff nahelegte, „für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu Kompromissen bereit (zu) sein“, schlug er weit mildere Töne an, wenn er sich um eine andere Klientel bewarb, von der er sich den wirtschaftspolitischen Schub versprach, dem sich die „Großen“ versagen. Auf eine Zwischenbemerkung des „Welt“-Interviewers, daß „die PDS zur Mittelstandspartei wird“, lautete die Antwort: „Die kleinen und mittleren Unternehmen sind die natürlichen Bündnispartner der PDS.“ Nur wisse die Partei das noch nicht.

Wie sollte sie auch. Vermutlich war es der Mitglieder Mehrheit noch nicht möglich, gedanklich jenen weiten Weg zurückzulegen, den nicht nur Gysi mittlerweile bewältigt hat. Denn zwischen der Position, die er einst als frischgebackener PDS-Vorsitzender schlagzeileträchtig mit „Unsere Partei will politische Heimat aller Werktätigen sein“ (ND 13. 12. 1989) beschrieb, und der späteren Fixierung auf Unternehmerpflege liegen Welten. Ein Informationsblatt der Berliner PDS definierte dieses wirtschaftspolitische Konzept als „Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Gysi favorisierte dort die Formel „Mehr Markt ermöglichen, wo er gebraucht wird – aber auch vor dem Markt schützen und das Soziale an der Marktwirtschaft wieder größer schreiben“. Das läuft im Kern auf dasselbe hinaus, woran Grass gelegen ist. Der Kapitalismus soll sozialverträglich, „menschlicher“ gemacht werden – auf daß er überlebe. Auf solche „Wunderheiler“ (und deren Anhang) trifft folglich zu, was einen ND-Kommentator nach dem Grass'schen Rettungsappell zu dem Fazit veranlaßte: „Diejenigen, die einst als Linke dieses System verändern wollten, sind nun seine festen Stützen.“

Im Falle Gysis ist die Stütze allerdings gerade weggebrochen. Ob auch die Nachfolge eine Luftnummer wird?

Wolfgang Clausner

Vom Nutzen der Selbstkritik

Im Parteilehrjahr beendete Genosse Wilhelm Busch die Lektion zum Thema „Selbstkritik“ mit diesen Worten:

**Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich;
So hab ich erstens den Gewinn,
daß ich so hübsch bescheiden bin;
zum zweiten denken sich die Leut',
der Mann ist lauter Redlichkeit;
auch schnapp ich drittens diesen Bissen**



Auch der Kanzler kann mit Gysi (ND, 1. August 2002)

**vorweg den andern Kritiküssen;
und viertens hoff ich außerdem
auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es denn zuletzt heraus,
daß ich ein ganz famoses Haus.**

Eingesandt von Peter Franz, Weimar

Wenn die führende Rolle der Partei verleugnet wird

Navigation ohne Kompaß?

Mit ihrem Entwurf der ersten Grundlagen eines programmatischen Dokuments beschreitet die DKP, der ich angehöre, einen für sie selbst bedrohlichen Weg. Sie will „den Wettstreit von ... Weltanschauungen ... fördern (!) und progressive Entwicklungsmöglichkeiten ... erstreiten“. Welch ein Gegensatz zu dem in der Geschichte der kommunistischen Bewegung bisher Proklamierten! Marx, Engels und Lenin haben nie einen „Wettstreit“ mit bürgerlichen Ideologien geführt, sondern sie konsequent und kompromißlos bekämpft. Doch jetzt soll ein solcher „Wettstreit“ auch noch „gefördert“ werden. Haben die Verfasser etwa eine neue Weltanschauung im Auge?

„Wünschenswert ist, Vorstellungen über den Sozialismus zu erarbeiten“. Das alles sieht so aus, als ob es überhaupt noch keinen wissenschaftlichen Sozialismus gäbe; dieser exakte Engels'sche Begriff kommt im ganzen Entwurf nicht ein einziges Mal vor. Statt „Wettstreit“ geht es um die Entlarvung reaktionärer Weltanschauungen und um die Bloßstellung imperialistischer Ideologien einschließlich ihrer Ableger, des Revisionismus und Opportunismus. Aber diese richtungweisende Erkenntnis aus der bisherigen Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegung wird völlig in den Wind geschlagen.

„Bei den Überlegungen über eine mögliche gesellschaftliche Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaft bleibt für die DKP ... die Frage nach den Macht- und Eigentumsverhältnissen wesentlich.“ Auch das ist zumindest ein Teilabschied vom wissenschaftlichen Sozialismus, der die historische Notwendigkeit des Sozialismus bewiesen hat und ihn nicht als „mögliche Alternative“ betrachtet. Warum steht nicht klipp und klar im Entwurf, daß es um die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, um die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel geht? Und warum wird nicht auf die diesbezüglichen Erfahrungen aus 40 Jahren DDR verwiesen?

Die Frage nach den Eigentumsverhältnissen hat Marx nicht nur gestellt, sondern auch wissenschaftlich beantwortet, und die Praxis hat die Theorie eindeutig bestätigt. Selbst die Konterrevolution bewies die Bedeutung des Eigentums für die Machtverhältnisse: Ihre Hauptaufgabe seit 1990 – den Kapitalismus zu restaurieren – konnte nur gelöst werden, indem sie das sozialistische Eigentum zerstörte und die alten Herrschaftsverhältnisse wiederherstellte.

Aufschlußreich ist auch die Darstellung der Rolle der Partei im Entwurf. Die Konsequenz ihrer passiven Position spiegelt sich z. B. darin wider, daß diejenigen in der Programmkommission, die für das Dokument gestimmt haben, Funktion und Verantwortung der Partei in der sozialistischen Revolution einfach ausließen. „Der Sozialismus fällt nicht vom Himmel“, liest man dort, „er wird das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse sein.“ Dieser unstrittige Gedanke läßt aber völlig offen, wie die Arbeiterklasse diesen Kampf führen wird.; soll sie das wie eine Armee ohne Führungsstab, ohne Kommandeure, ohne Disziplin tun? Soll dem Anarchismus Tür und Tor geöffnet werden?

Aus den gegenwärtigen, an allen Ecken und Enden der Welt aufflammenden Klassenkämpfen – häufig mit starken anarchistischen Tendenzen oder in religiöser Verbrämung – ziehen die Autoren des Entwurfs offensichtlich nicht den Schluß, daß es auch in Zukunft einer straff organisierten, politisch einheitlich handelnden, ideologisch von marxistisch-leninistischen Positionen ausgehenden revolutionären Vorhutpartei bedarf. Man denkt da wohl eher an einen Debattierklub. Deswegen ist die Behauptung, die DKP stehe „in der Tradition der kommunistischen Bewegung“, so wenig glaubhaft. Alle mir bekannten Programme der alten Sozialdemokratie unter Bebel und Liebknecht sowie der KPD haben stets die führende Rolle der Partei betont. Sämtliche Erfolge der Arbeiterbewegung waren weltweit an eine starke

Führungsposition der jeweiligen revolutionären Parteien gebunden. Das galt in Deutschland für die Klassenkämpfe vor dem Ersten Weltkrieg und auch später, zu Thälmanns Zeiten. Andererseits waren Niederlagen stets auch mit dem Fehlen einer intakten Partei verknüpft: 1918/19, als die KPD noch ideologisch und organisatorisch zu schwach war, um sich an die Spitze der Revolution stellen zu können; ab 1985, als die SED Schritt für Schritt trotz gegenteiliger Beteuerungen ihre Vorhutrolle aufgab und in den „Wettstreit der Ideologien“ eintrat, womit den „Reformern“ de facto das Feld überlassen wurde. In einer revolutionären Situation, wenn es auf das Handeln der Arbeiterklasse ankommt, kann die Partei nicht erst „prüfen, weiterentwickeln ...“ usw., da muß sie die Führung übernehmen. Das hat die PCP in der portugiesischen Revolution von 1974 bis 1976 eindrucksvoll bewiesen.

Und wie verhält es sich mit der Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus? „Ihre Aufgabe wird es sein, im Wettbewerb mit anderen (?) politischen Kräften um die besten politischen Ideen und Initiativen immer aufs Neue das Vertrauen des arbeitenden Volkes zu erringen“, heißt es im Entwurf. Also soll die Arbeiterklasse ganz offensichtlich die Macht „mit anderen politischen Kräften“ teilen.

Die kommunistische Partei wolle mit „politischen Ideen“ das Vertrauen der Massen gewinnen. Das ist der Stil einer bürgerlichen Partei. Die proletarische Partei aber muß den Aufbau der neuen Gesellschaft organisieren, mit Hilfe des Staates, mit den Aktivisten der Arbeiterklasse. Da genügt es nicht – obgleich das sehr wichtig ist –, „strategische Orientierungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus (zu) erarbeiten“ und alles Weitere dem Selbstlauf zu überlassen bzw. zu „versuchen, Mehrheiten zu gewinnen ...“ für „selbständiges Wirken der Massen“. Den Klassenkampf kann man nicht nur mit Diskussionen und Lösungsvorschlägen führen. Die Abwehr der Angriffe des hochorganisierten, erfahrenen und vor nichts zurückschreckenden Klassegegners erfordert die straffe Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei.

Alles in allem frage ich mich, ob der hier zur Debatte stehende Entwurf nicht eine zu große Scheu vor der proletarischen Revolution und kleinbürgerliche Angst vor der Übernahme der Avantgarderolle im Klassenkampf offenbart, die natürlich niemandem automatisch zufällt, sondern die in der Tat täglich neu errungen und verteidigt werden muß. Keimt hier der parlamentarische Weg über „Mehrheiten“ zum Sozialismus neu auf? Die sozialistische Revolution ist eine weltgeschichtliche Veränderung, die bei aller historischen Gesetzmäßigkeit nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben darf. Auch wenn die kommunistische Partei keinen Führungsanspruch a priori besitzt, darf sie die Arbeiterklasse nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ ausliefern. Denn nur sie verfügt mit dem wissenschaftlichen Sozialismus über einen verlässlichen Kompaß. Im Entwurf ist davon leider nicht viel zu spüren.

Norbert Pauligg

Regionalgruppe Berlin debattierte über den Nahost-Konflikt Große Aufmerksamkeit für Fritz Teppich

Der Name allein wirkte als Magnet. So war der große Klubraum im Zentrum Torstraße der Berliner Volkssolidarität überfüllt, als der jüdische deutsche Kommunist Fritz Teppich, einst Offizier der Volksarmee im spanischen Bürgerkrieg gegen Franco, Shoa-Überlebender und Spezialist für Fragen des Zionismus, seinen mit Spannung erwarteten Vortrag begann. Er bettete seine Sicht auf den Nahost-Konflikt in eine Fülle historischer Informationen, die er mit Akribie zusammengetragen hatte. Der Redner ließ keinen Zweifel an seiner Position. Deutlich ergriff er Partei gegen die zionistische Aggressions- und Okkupationspolitik Scharons und für das Recht der Palästinenser. Scharf verteilte er Bestrebungen, berechtigten Antizionismus in veru

teils wertigen Antisemitismus umzufälschen. Gerade die in Israel herrschenden Zionisten seien es, deren Politik heute antisemitischen Stimmungen und Handlungen Auftrieb gebe. Der derzeitigen Verwirrtheit unter den Linken, die Antifaschismus mit Parteinahme für Israel durcheinander brächten, müsse deutlich begegnet werden.

Die Zeit für die anschließende Diskussion, in der neben anderen Genossinnen und Genossen auch der Amerikaner Victor Grossman sprach, reichte nicht aus, um alle aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Ein interessanter Vortrag und eine gewinnbringende Debatte, die den Teilnehmern in Erinnerung bleiben werden. E. H.

Die kleine 0,10-Schekel-Münze zeigt Großisrael, Territorium des „verheißenen Landes“



Luigi Malabarba – eine Neuauflage von Bernstein

Die Bewegung ist alles ...

Ende Juni hat die DKP in Berlin eine internationale Konferenz durchgeführt. Sie war der Globalisierungsthematik gewidmet. Das vom Einlader vergebene Auftaktreferat hielt Senator Luigi Malabarba, der innerhalb der Partei der Kommunistischen Neugründung Italiens (PRC) auf prononciert rechten Positionen steht. Die UZ druckte einen ganzseitigen Auszug seines Eröffnungs-Statements und stellte ihn unter die mobilisierende Schlagzeile „Ein ehrgeiziges und notwendiges Ziel: Neue Arbeiterbewegung in Europa“.

In der etwa einstündigen Rede des italienischen Politikers – ein ausländischer Delegierter bezeichnete sie gegenüber dem RF als „glatte Provokation“ – kommen marxistische Termini wie Arbeiterklasse, Klassenkampf, Partei, Imperialismus usw. nicht vor. Statt dessen wird die „Bewegung“ – gemeint ist die zweifellos bedeutsame und unterstützenswerte, zugleich aber klassenheterogene und ideologieindifferente Widerstandsfrent gegen G7, Weltbank, Internationalen Währungsfonds usw. – zum Maß aller Dinge erhoben. „Die Entstehung der ‚Bewegung der Bewegungen‘ stellt ein positives Ereignis unserer Zeit dar, ist sie doch die erste Bewegung nach einer langen Phase der Niederlage, die auf die Möglichkeit hinweist, auch eine neue Arbeiterbewegung ... entstehen zu lassen“, verkündete Malabarba fast unmittelbar nach dem jüngsten Treffen von über 60 kommunistischen Parteien aus fünf Kontinenten in Athen. Die „Bewegung der Völker“, deren Vorboten die „zapatistische Erfahrung“ in Mexiko und die Frauenkonferenz in Peking 1995 gewesen seien, schüfe die Basis für eine Antwort „von links“ auf die kapitalistische Globalisierung. Sie (!) hätte dem gemeinsamen Gegner „ein Antlitz und einen Namen gegeben“ und brächte sich als „Integrationskraft aller (!) sozialen Subjektivität und Gedankenströmungen“ ein. Das sei um so notwendiger, als die Krise des realen Sozialismus „auch die kulturelle Verdrängung großer Teile des analytischen Instrumentariums des Marxismus ermöglicht“ habe.

Man höre und staune: Wer – außer Opportunisten, Revisionisten und anderen moder-

nen Bernsteinianern – will denn das analytische Instrumentarium des Marxismus, das völlig intakt ist, aus dem Verkehr gezogen sehen? Was den Klassenfeind betrifft, so hat er es nicht erst seit der „Krise“, sondern seit eh und je zu verdrängen gesucht! Das ist nichts Neues!

Die „Bewegung der Bewegungen“, die den „Willen zur Wiederaneignung der Entscheidungsprozesse“ ausdrücke, habe die „Überwindung der traditionellen Zweiteilung in Strategie und Taktik“ in den Mittelpunkt gestellt. Sie werfe das „radikale Problem einer Reform d e r (!) Politik“ auf, treibe der Gast aus Italien die Klassenindifferenz auf die Spitze. Die Bewegung ist alles ... „Sie übernimmt die Ansammlung von theoretischen Ausarbeitungen und praktischen Erfahrungen der letzten zwanzig (!) Jahre aus den Bereichen des Engagements der Bürger, der demokratisch strukturierten sozialen Erkenntnisse, der Vereinsarbeit und des freiwilligen Dienstes an der Sache“, schwadroniert Malabarba drauflos. Das Anwachsen der Bewegung sei „die zentrale Zielstellung“. Allerdings gebe es Tendenzen zur Spaltung und Zersetzung, welche sich auf den „Pluralismus der Subjektivität“ stützten, die die Zusammensetzung des „No-Global-Volkes“ ausmache. Dann – man bedenke, daß solcher Unsinn in der dem Veranstalter gewiß vorher bekannt gewesenen Auftaktrede einer kommunistischen Beratung gesagt werden konnte –

kommt der Senator zur maastrichtgerechten „europäischen Dimension“ seiner Vorstellungen. Dabei handle es sich um „die neue Dimension des politischen Handelns in der modernen Welt und in der Epoche der Globalisierung (!)“. Kein nationaler, eigener, eindeutig lokalisierbarer Klassengegner steht dem Proletariat der einzelnen Länder mehr gegenüber, alles wird zur kontinentalen oder globalen „neuen Dimension“ verklärt.

Wie wir gleich sehen werden, ist Malabarba geradezu der Prototyp eines Eurozentristen. China, Kuba, Lateinamerika existieren für ihn überhaupt nicht. Der „europäische Raum“ sei der „Raum mit der größten Übereinstimmung“ und folglich der „beste Boden für die Erschaffung (!) einer neuen Arbeiterbewegung“. Die Kommunisten sollten esfortan „tunlichst vermeiden, (ihre) internationalen Beziehungen auf ideologische Hauptfragen zu gründen“. Ziel sei vielmehr die „Schaffung (!) eines neuen europäischen politischen Subjekts“. Malabarba schwebt „weder eine organisatorische Fusion der vorhandenen Kräfte noch eine Verdichtung auf ideologischer Grundlage“ vor. Es gehe einzig und allein um die Stärkung und Ausdehnung der „pazifistischen, umweltorientierten Antiglobalisierungsbewegung“.

Der Bernsteinianer, den sich die DKP da eingeladen hatte und der dann auch noch in der UZ groß herausgestellt wurde, bezeichnete „das Entstehen eines einheitlichen und pluralen Subjekts einer alternativen Linken in Europa“ als „historische Notwendigkeit“. Von den kommunistischen Parteien ist hier keine Rede mehr. Das „soziale Europa“ (?) könne nur im Lichte eines Neubeginns wachsen. Im Anpeitschen und „Schaffen“ politischer Kräfte und Bewegungen perfekt, verlangt der Hauptredner der internationalen DKP-Konferenz wörtlich: „Wir müssen das politische Tempo beschleunigen, um den Abstand zwischen diesem Anliegen und dessen konkreter Umsetzung zu überwinden.“

Subjektivismus, Voluntarismus, Verzicht auf jedes Klassen- oder Vorhutbewußtsein, rechtsopportunistisches Aufgehen in einer indifferenten Bewegung, die irgendwann irgendwie bei irgendeinem Sozialismus“ herauskommen soll – das ist in der Tat die totale Verdrängung des analytischen Instrumentariums des Marxismus, sollte es dem rechten Flügelmann der PRC je zur Verfügung gestanden haben.

Die Tatsache indes, daß den Genossen der DKP und den Lesern der UZ derartig unbrauchbare aus dem ideologischen Atelier eines Reformisten kommentarlos zugemutet werden, stimmt nachdenklich. Ist hier – wie so oft – nur Unwissenheit im Spiel? Oder: Wer will wem in der Debatte vor dem Parteitag was unterjubeln?

Klaus Steiniger

In eigener Sache

181 neue RotFüchse

Auf die RF-Annoncen in ND und jW haben wir bis zum 1. August 184 Bestellungen erhalten. Nach Versendung von Probeexemplaren teilten uns lediglich drei „Schnupperer“ mit, der RF entspreche nicht ihren Erwartungen. Bleiben also 181 neue „RotFüchse“, die wir herzlich in unserer Gemeinschaft willkommen heißen. ■



„Demokratische Erinnerungskultur“ soll das Vergessen fördern

Ein Dorn im Auge

Der Zeitgeist nagt an Gegenwart und Geschichte. Wenn öffentliches Grölen der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ nach einem Urteil des Leipziger Landgerichts im Jahre 2002 nicht mehr als Nazi-Propaganda anzusehen ist, dann dürften sich ja nun auch jene Leute befriedigt an die Brust klopfen, die die konterrevolutionären Ausschreitungen gegen die Staatsgewalt der DDR und deren Verteidiger während des Bauarbeiterstreiks vom 17. Juni 1953 schon seit geraumer Zeit vom Verdacht faschistischer Urheberchaft befreit sehen wollen. Doch Vorsicht, wer auf der weichen Welle juristischer Verfügungen gegen den Neonazismus in der Gegenwart zu schwimmen versucht, um so den sich aus dem Protest gegen Normerhöhungen vor 49 Jahren heraus entwickelnden antisozialistischen Putschversuch lediglich als soziales Aufbegehren zu definieren, der läuft Gefahr, sein Geschichtsverständnis dem Urteil der Leipziger Richter zu opfern. Die Sache von Sozialisten dürfte das jedenfalls nicht sein. Vor allem bei der älteren Generation rufen die gerichtlich genehmigten Aufmärsche der Neonazis mit ihren Schlachtrufen die Erinnerung an verwandte Auftritte unter zweifelhaften Anführern von damals mit ähnlich skandierten Texten wach. Es schmerzt zu spüren, wie die deutsche Geschichte über fünf Jahrzehnte nach dem faschistischen Raubkrieg noch immer von diesem schmutzig-braunen Background nachhaltig belastet wird. Ausufernder Antikommunismus und wie nie zuvor in Mode gekommener Opportunismus sind es offensichtlich, die Richter und Politiker, darunter leider auch Sozialisten, bei der Beurteilung bestimmter Ereignisse in Vergangenheit und Gegenwart dazu verleiten, sich dem verdächtig imaginären Zeitgeist des Vergessens zu unterwerfen. Waren es denn, um im Bild zu bleiben, in den besagten Juni-Tagen 53 tatsächlich die gegen Normerhöhungen protestierenden Bauarbeiter, die das Columbushaus in Berlin anzündeten und den Stellvertreter des DDR-Ministerpräsidenten Otto Nuschke, ein tapfer zu seinem Staat stehendes CDU-Mitglied, in Ostberlin aus dem Auto zerrten und nach Berlin West entführten? Waren es die Leute vom Bau mit ihren Forderungen, die in Halle Gefängnisse stürmten und verurteilte Nazi-Kriegsverbrecher freiließen? War es etwa ihre Stimme über

den RIAS, die den aus Westberlin einsickernden antikommunistischen Kolonnen den Weg zum Sturm auf Ministerien, Haftanstalten und Parteibüros wies? Waren sie es, die im Originalton dazu aufriefen, „das autoritäre Regime in der Zone durch organisierte Aktionen zu stürzen?“ Wahrheitssuche ist es und kein verinnerlichtes Feindbild unverbesserlicher Linker, an Fakten zu erinnern, die nachweisen, daß die politische Instrumentalisierung der Juni-Tage des Jahres 1953 vor allem auch von jenen antisozialistischen Kräften betrieben wurde, denen die DDR als erster nichtkapitalistischer Staat auf deutschem Boden von Anfang an ein Dorn im Auge war. Nicht nur sozialer Protest brachte damals Menschen auf die Straße, sondern auch die Bereitschaft zur Verteidigung ihrer Hoffnungen und Visionen auf ein neues Deutschland, das sich von der verhängnisvollen Entwicklung im Westen, wo die Stützen und Handlanger des Nazi-Regimes schon wieder einflußreiche Positionen innehatten, unterscheiden sollte. Warum spricht eigentlich niemand von den Millionen DDR-Bürgern, die am 17. Juni 1953 auf der Seite ihres Staates standen? So ist es nur verständlich, wenn der Aufruf von Politikern und Persönlichkeiten, die Geschehnisse jener Tage vor Ort zu erforschen, zu diskutieren und auf Straßen wie Plätzen mit Namen und Hausnummern zu verankern, besonders im Osten zu Widerspruch und Irritationen führte. Zeitgeist und Erinnerung kommen – wenn das überhaupt möglich ist – nicht überein, solange nicht auch in der alten Bundesrepublik die Geschichte kritisch und offen analysiert wird.

Es ist die auch von führenden demokratischen Sozialisten unterstützte einseitig-bürgerliche Stigmatisierung der Geschichte des Sozialismus, besonders in der DDR, die über die Basis ihrer Partei längst hinausgehend Mißtrauen und tiefen Unmut auslöst. Man lese nur die „Denkvorgabe“ des Sprechers der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, in der es heißt: „Die Erhebung jener Juni-Tage als soziale und ihrem tiefsten Wesen nach antistalinistische Protestbewegung zu würdigen, ist ein tiefes Anliegen demokratischer Erinnerungskultur. (!)“ Mal abgesehen von dem Begriff „Erhebung“, der nur noch des Beiworts „nationale“ bedurft hätte, um de-

Blick zurück wird zuerst von der ganz eigenen Verfaßtheit der Individuen, ihren Erfahrungen, Er- und Bekenntnissen, ihrer Bildung, Lebensweisheit, Überzeugung und Weltanschauung, nicht zuletzt von ihrer sozialen Zuordnung in der Gesellschaft geprägt. Diese Kategorien in die Zwänge von bürgerlicher Demokratie und Kultur zu drängen ist Schützenhilfe für all jene Kräfte, die die Delegitimierung der DDR als politische Devise ausgegeben haben und läßt zutiefst suspekt erscheinen, was damit einhergeht. Umtriebiger werden „Kronzeugen“ für Legenden bemüht, die die „Fehlkonstruktion“ DDR, oft auch am Beispiel ihrer eigenen Teilhabe daran, möglichst intellektuell und freilich schuldlos in der Sache, zu belegen in der Lage sind.

So sollen angesichts des zerbröckelnden Bildes von heilsbringender Unfehlbarkeit des real existierenden Kapitalismus Erinnerungen an einen zwar fehlgeschlagenen, aber dennoch lohnenswerten sozialistischen Vorstoß manipuliert und vergessen gemacht werden. Ob das aber gelingt, ist fraglich. Die Politik der Milliarden Kosten verursachenden Teilnahme der Deutschen an amerikanischen Kriegen, die auf einem Höchststand stagnierende Arbeitslosigkeit, die geplanten neuen Angriffe auf die soziale Lage der Betroffenen, die Teuerungen auf allen Gebieten des Lebens, die keinen Wirtschaftszweig auslassende Pleitewelle, Bestechungs- und Korruptionsskandale ohne Ende werden wohl eher Gedanken daran wachrufen, was heute zwar nicht gewollt, aber doch gewesen ist.

Die Zeit vergeht, aber die Erinnerung bleibt. Auch daran, daß man sie im Jahr 2002 nicht zum ersten Mal zu manipulieren versuchte.

Hans-Dieter Krüger



Macht schwächt das Gedächtnis. Und: Der Angelangte vergißt viel. BRECHT

Grafik: K.-H. Effenberger

Notiert Euch bitte den Termin schon jetzt!

Am 8. Februar 2003 findet in Berlin (Lokal wird noch bekanntgegeben) die

2. Zentrale Leserkonferenz des „RotFuchs“

mit Freunden und Genossen aus ganz Deutschland statt. Am Nachmittag desselben Tages treten die Mitglieder des Fördervereins zu ihrer 2. Vollversammlung zusammen. Bei beiden Veranstaltungen wird es nicht nur spannende Informationen geben, sondern auch die Möglichkeit, viele Kampfgefährten wiederzusehen. An ein eindrucksvolles Kulturprogramm ist gedacht. ■

Zwischen zwei „RotFüchsen“,

am 16. Juli 2002,
wurde Generalmajor a. D.

Dr. Gerhard Niebling

70 Jahre alt.

Alles Gute, lieber Atze!

mokratischen Historikern die Sprache zu verschlagen, ist es doch wahrlich fragwürdig, warum sich heute Sozialisten ihrer Vergangenheit total verweigern und selbst den Antifaschismus in der DDR anzweifeln.

Die eigene Geschichte hat uns längst gelehrt, daß persönliche Erinnerungen auf Dauer nicht zu reglementieren sind. Der

Vom Unrechtsstaat zum Rechtsstaat - oder umgekehrt?

Gründe für Verdrossenheit

Mit dem Staat ist heutzutage offensichtlich „kein Staat mehr zu machen“. Die Bezeichnungen für die kleineren politischen Einheiten, allen voran die Ortschaft, die Kommune, den Kreis sind umgangssprachlich noch positiv besetzt. Unser jeweiliges Bundesland, das Staatswesen Bundesrepublik Deutschland hingegen oder die noch größeren Einheiten wie Europäische Union, NATO, Transatlantische Gemeinschaft usw. bedeuten den meisten Menschen nichts, ja sind vielen gar ein Ekel geworden. Ich bekenne freimütig, daß ich solche Gefühle zu teilen oder wenigstens zu verstehen in der Lage bin. Gewiß hängt das mit der Tendenz zur Bürokratisierung aller Lebensvorgänge zusammen, die um so stärker zu sein scheint, je größer die staatlichen Einheiten sind.

Das war „früher“ anders. Wann und wo früher? In einem kleinen Ländchen mit 108 333 Quadratkilometern Grundfläche. Es war in Bezirke eingeteilt, diese wiederum in Kreise, welche sich aus Städten und Gemeinden zusammensetzten. Das Ländchen hatte für seine Größe ein recht umfangreiches Heer, das die äußere Sicherheit dieses Volkes gewährleistete, aber keinen Fußbreit seiner Grenzen je überschritt, um etwa Nachbarvölkern oder Staaten in weiter Ferne seine Lebensvorstellungen aufzunötigen. Diese Volksarmee kostete leider viel Geld und band Kräfte, die an anderer Stelle Wichtiges hätten tun können. Ihr stand eine mindestens dreimal so starke militärische Übermacht an einer der Grenzen dieses Staates gegenüber. Das Ländchen hatte eine Polizei, die nicht nur dem Namen nach dem Volk verpflichtet war. Das drückte sich z. B. darin aus, daß ihre Verkehrswächter recht gründliche und regelmäßige Kontrollen auf Straßen und Autobahnen durchführten und dabei weniger großzügig, sondern öfter sogar übergenu vorgingen, um Menschenleben zu schützen. Die standen nämlich an oberster Stelle der Werteskala des Ländchens. Da durften keine weißen Trennlinien überfahren werden, da wurde die minutiöse Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen gefordert, ja es gab sogar regelmäßige Verkehrsteilnehmerschulungen, zu denen die Fahrerlaubnis-Inhaber gewissermaßen genötigt wurden. Ein Polizeistaat also!

Natürlich wurde darüber genörgelt, daß man auf Straßen und Autobahnen viel zu langsam vorankam, obwohl es gar nicht so viele Autos gab. Dafür konnte man aber mit relativ wenig Geld per Bahn in viele Orte kommen, sogar in entlegene Täler und Regionen, wo heute nur noch verrostete Schienen und meterhohes Unkraut an diese Zeit erinnern. Sogar in jedem Stadtbezirksabschnitt und in jeder größeren Gemeinde gab es einen uniformierten Schutzposten dieser Polizei. Er war den meisten Leuten bekannt, man konnte ihm Unregelmäßigkeiten anzeigen, und auch er selber sah immer einmal nach der Ordnung – zu Fuß, per Fahrrad oder Moped. Der „ABVer“ war der typische Vertreter des Polizeistaates. In diesem Staat war es stinknormal, daß die 80jährige Rentnerin nachts um 12 an der Bushaltestelle ihres Ortes abgesetzt wurde, wenn der unterhaltsame Ausflug der Volkssolidarität an die Saalealsperre – ganz ohne Verkaufseinlage – zu Ende gegangen war.

Freilich, es gab auch unbeliebte Diener dieses Staates; etwa jene, die sogar Schnittmusterbogen von Tante Erna aus dem Westpaket herausnahmen. Oder auch solche, die einem auf dem VPKA sagten: Ihren Reiseantrag in die BRD können wir leider nicht genehmigen! Da-

bei wäre man doch garantiert zurückgekommen.

Wer in diesem Ländchen etwas zu bauen vorhatte, mußte einige Papiere ausfüllen und noch dreimal oder fünfmal hinlaufen, bis er seine Genehmigung bekam. Diese Formulare waren nach Quadratzentimetern bemessen. Wer im heutigen Staat Anträge stellt, kann die Papierflächen in Quadratmetern angeben. Reichte früher ein einfacher Schnellhefter, braucht man heute mindestens einen Leitz-Ordner für seine Behördenanliegen. Hat man die Genehmigung, die nicht ganz billig ist, bekommen, muß man sich evtl. damit vertraut machen, daß ein bisher nicht befragtes Amt weitere Forderungen erhebt, oder daß ein Mitbürger per Anwalt seine Ansprüche dagegen aufmacht. Sollte dieser Mitbürger ein größeres Unternehmen oder gar ein mächtiger Konzern sein, könnte es sehr teuer oder langwierig oder gar unmöglich werden, sein Recht durchzusetzen. Wir haben heute eben keinen Polizeistaat, also „Unrechtsstaat“, sondern einen Rechtsstaat, heißt es dann von denen, die heute Macht über uns ausüben.

Das kann man glauben (wenn man unbedingt so blöd sein will), man kann es aber auch lassen und statt dessen eine ganz einfache Überlegung anstellen: Eine Polizei, die mich permanent daran hindert, andere über den Haufen zu fahren; eine Polizei, die dafür sorgt, daß die Oma nachts durch eine wenig beleuchtete Straße laufen kann, ohne auch nur den Gedanken an einen Überfall zu verschwenden; eine staatliche Verwaltung, die von Rostock bis Plauen nach denselben Grundsätzen arbeitet und wo mein Abitur oder mein Berufsabschluß überall das Gleiche wert ist, und wo mir Abitur oder Berufsabschluß auf jeden Fall mein Studium oder meine Arbeitsstelle bringen, all das ist zwar mit lästigem Formalitätenkram verbunden, aber einen Drecksstaat muß man ein solches Gemeinwesen nicht nennen. Einen Staat in dieser Form – abzüglich einiger übertriebener Sondermaßnahmen bei der inneren Sicherheit – kann und sollte man als Garanten von Freiheit bezeichnen. Der „Polizeistaat“ DDR hat dafür gesorgt, daß ich die Freiheit der Ausbildung, der Arbeit, der Kultur genießen konnte. Der „Unrechtsstaat“ DDR hat jedem eine leicht bezahlbare Wohnung vermittelt. Schön machen oder reparieren mußte man sie sich freilich oft selber. Aber auch das hat noch Sinn gehabt und Befriedigung verschafft. Der „Unrechtsstaat“ DDR hat somit die Grundbedingung für die Freiheit aller geschaffen – abzüglich einiger unsinniger Verbote im Bereich der Kultur und der Geisteswissenschaften.

Kürzlich kam ich durch den Familienbesuch bei Trauernenden (ich bin jetzt als Grabredner tätig) ins Gespräch mit den hinterbliebenen Söhnen eines hochbetagte verstorbenen Vaters, der bis zum 75. Lebensjahr in seiner LPG (Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft) gearbeitet hat, zuletzt als Pförtner, bis auch das nicht mehr ging und er von sich aus „kündigte“. Der eine Sohn war 48 Jahre alt, gelernter Schlosser, seit zwei Jahren arbeitslos und ohne jegliche Aussicht auf eine Neuvermittlung. Für ihn ist das Leben mit 48 schon vorbei. Der andere, drei Jahre jünger, ist seit einem halben Jahr arbeitsunfähig, weil er sich durch seine bisherige Tätigkeit einen Wirbel- und Gelenkschaden eingefangen hat. Ob er nach erhoffter Genesung wieder sein Geld verdienen kann, bleibt offen. Er ist jetzt gerade 45. Zwei einfache Menschenleben – wertlos und

perspektivlos im „Rechtsstaat“. Ihr Vater aber, der jetzt im Sarg liegt, wurde mit 74 noch gebraucht, hat in seinem Garten (Pachtgebühr unerheblich) zu seiner Freude Kaninchen und Hühner gehalten und sich mit dem dadurch erzielten privaten Gewinn „einen Fetten gemacht“, wenn er mit der Volkssolidarität in den Thüringer Wald ausgeflogen ist. Er hat einfach nichts davon bemerkt, daß er im „Unrechtsstaat“ zu Hause war.

Als ich mich von den Söhnen verabschiedete und den Älteren fragte, wie es nun mit ihnen weitergehen werde, sagt er grimmig zu mir: „Wissen Sie was? Erst hatten wir einen Polizeistaat. Jetzt haben wir einen Verbrecherstaat!“ Aha, habe ich hinterher gedacht, als ich wieder im Auto saß, so positiv kann man also einen Polizeistaat auch einordnen. Im Blick auf bestimmte Freiheiten kann er lästig sein – und mir fielen auch sofort Dinge ein, die ich als lästig in der DDR empfand: die Einholung einer Druckgenehmigung für eine Geburtsanzeige, die Nötigung der Kapelle, 60 % Osttitel zu spielen beim Tanzabend im Klubhaus usw. ... Aber im Blick auf die verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tatbestände im gegenwärtigen Staatswesen klingt Polizeistaat wie „ordentlicher Staat“, wie Gemeinwesen, in dem die grundlegenden Dinge verlässlich geregelt sind, in dem ich nicht Angst habe vor morgen, oder was noch schlimmer ist, die Leere spüre, die in der Frage steckt: Was soll das alles? Wozu noch früh aufstehen?

Denn das liegt klar auf der Hand: Ein Gesellschaftssystem, das niemandem mehr garantiert, daß er sich selber ernähren, kleiden, bilden und erholen kann – vom Wohnen ganz abgesehen –, ist verbrecherisch. Dieser Staat „hält sich“ eine Reservarmee von 4 Millionen (nach begründeten Schätzungen sogar 6 Millionen) Arbeitslosen nicht nur als Steinbruch für Human-Ressourcen, sondern vor allem als Druckmittel auf die noch Arbeitenden, um diese durch Stress und Mobbing noch ausbeutbarer zu machen, bis sie weggeworfen werden können. Er läßt zahllose Schulabgänger gar nicht erst die Chance einer Lehre ergreifen. Von denen, die sie hatten, bekommen viele danach trotzdem keine Arbeit. Oder sie müssen irgendetwas machen, für das sie nicht ausgebildet wurden. Mein Sohn, ein Magister für Politikwissenschaften mit Fremdsprachenkenntnissen, fährt z. B. für eine Postkonkurrenz gegen ein kleines Salär Briefe in einer Großstadt aus.

Oh, wie wünsche ich mir den Polizeistaat der oben beschriebenen Art zurück, damit wir ihn uns noch menschengemäßer machen können! Doch ich weiß ja, wir sind hier nicht bei „Wünsch Dir was ...“ Wir sind im Kapitalsystem angekommen, das verschiedene Formen von Kapitalverbrechen an der Mehrheit der Menschen zuläßt, ermöglicht und organisiert: Armut, Hunger, Kriege. Deshalb ist es ein Verbrecherstaat, nicht, weil die Regierenden besonders übel veranlagt wären. Hier muß fast jeder, der daran mitwirkt, zwangsläufig kriminell werden, weil er der Durchsetzung der maximalen Profitrate zu dienen hat. Daher kann es für Sozialisten, Christen und Humanisten nicht darum gehen, den heutigen Staat einen „Drecksstaat“ zu nennen, sondern darum, das Verbrecherische des Kapitalismus an der Menschheit aufzuklären und Anhänger dieser Erkenntnis zu gewinnen, damit wir eines Tages wieder ein Staatswesen haben, in dem die Grundlagen des Menschseins gesichert sind. Einen vernünftigen „Polizeistaat“. Man kann ihn auch einen sozialistischen Staat nennen.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Zur Bewertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939

Keine andere Wahl

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag von 23. August 1939 gilt – aus der Sicht mancher Leute – als ein kontroverses Thema. Seit mehr als 60 Jahren dient die Tatsache seines Abschlusses zur Verleumdung der Sowjetunion. Nach der Großen Kapitalistischen Konterrevolution von 1989/90 nahm die Verbreitung diesbezüglicher Lügen und Halbwahrheiten drastisch zu. Manche Autoren – darunter auch solche in Nähe zur Historischen Kommission der PDS – sprechen sogar davon, damals habe man gegen sozialistisches Völkerrecht verstoßen. Die UdSSR sei Polen in den Rücken gefallen und habe „Einflußsphären“ ausgehandelt. Der Vertrag selbst widerspräche den Prinzipien Leninscher Außenpolitik. Das ganze gipfelt in der Behauptung, dieser „Pakt“ habe Hitler erst den Krieg ermöglicht und ihm den Rücken im Osten freigehalten. Von Stalin sei er einem Bündnis mit den Westmächten vorgezogen worden, um Polen und ganz Osteuropa mit den Nazis aufzuteilen. Deshalb habe der sowjetische Parteiführer ein „Zusammengehen mit Hitler“ gesucht usw.

Keine dieser Behauptungen hält einer soliden historischen Analyse stand. Bis heute ist der Imperialismus verblüfft, daß es der SU im Sommer 1939 gelang, eine tödliche Bedrohung ihrer Existenz mit diesem unerwarteten Schritt vorerst abzuwenden und eine zusätzliche Atempause zu gewinnen. Der vom späteren USA-Präsidenten Truman ausgedrückte Wunsch, die Nazis auf die UdSSR zu hetzen und so das Ausbluten beider Seiten zu erreichen, wurde von einer geschickten sowjetischen Politik durchkreuzt. Auch Rußlands heutige offizielle Historiographie sieht das übrigens so. Zunächst einmal ist das Völkerrecht, das kein innerstaatliches sozialistisches Recht sein kann, vom jeweiligen internationalen Kräfteverhältnis abhängig. Der systematische Abbau und die Aushöhlung des demokratischen Völkerrechts der UNO nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas zeigt das sehr deutlich. Zweitens gehören Einflußsphären von Großmächten und deren Abgrenzung zur weltpolitischen Realität. Wenn es um den Schutz des sozialistischen Staates und die Erhaltung des Friedens ging, war Lenin stets für Lösungen im Sinne einer maximalen Sicherung der sowjetisch-russischen Revolution. Der Nichtangriffsvertrag von 1939 beinhaltete zwar Konsultationen und Zusammenarbeit auf einigen beide Seiten interessierenden Gebieten, war jedoch kein politisches oder gar militärisches Bündnis. Ein Zusammenwirken zur Zerschlagung der polnischen Armee wurde nie vereinbart. Daher kam es auch – was weitgehend unbekannt ist – am 19. September 1939 östlich von Lwow zu militärischen Auseinandersetzungen zwi-

schen Verbänden der Roten Armee und der Wehrmacht.

Verträge mit den größten Feinden der UdSSR abzuschließen, war Bestandteil Leninscher Außenpolitik, wenn es der Sowjetmacht nutzte. (siehe Brest-Litowsk 1918) Hitler war nach München und der kampflosen Zerschlagung der CSR darauf versessen, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Der höchsten Wehrmachtsgeneralität teilte er am 23. Mai 1939 mit, den Krieg beginnen zu wollen, selbst wenn die UdSSR Teil eines antideutschen Bündnisses wäre. Auch eine schon damals bestehende Anti-Hitler-Koalition hätte die Aggression nicht verhindern können. Der Vertrag hatte demnach keinen bestimmenden Einfluß auf die Entscheidung Hitlers. Dennoch war es die deutsche Seite, die seit geraumer Zeit Moskau einen Nichtangriffsvertrag angeboten hatte. Ein derartiges Angebot abzulehnen, ohne starke Bündnispartner zu besitzen, hätte die SU in eine selbstverschuldete Isolation geführt. Stalin mußte das verhindern. Die Sowjetunion konnte sich nicht im Alleingang mit der stärksten imperialistischen Militärmacht Europas messen. Zugleich hielt sie sich alle Optionen offen. Daher verhandelte sie, als die Westmächte gegenüber Polen Garantieerklärungen abgaben, von April bis August mit französischen und britischen Vertretern. Diese beabsichtigten jedoch, die UdSSR ohne eigene bindende Verpflichtungen mit den Nazis kämpfen zu lassen. Da zu jener Zeit Japan die sowjetischen Grenzen bedrohte, befand sich die SU in einer sehr schwierigen Situation. Den ganzen August über kämpfte die Rote Armee am Chalchin-Gol gegen die Japaner. Für die UdSSR bestand die reale Gefahr eines Zwei-Fronten-Krieges. Es mußte schnell gehandelt werden. Nachdem durch westliche Schuld kein Militärabkommen zustande kam, sah sich die Sowjetregierung gezwungen, das deutsche Angebot anzunehmen. Es war nicht die beste, doch die einzig mögliche Option in dieser konkreten Lage. Schon bald konnte sich die Sowjetunion von der Richtigkeit ihrer Entscheidung überzeugen. Während des sowjetisch-finnischen Krieges planten Großbritannien und Frankreich die Entsendung von Truppen und die Bombardierung Bakus, um Finnland zu unterstützen.

Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag gehörte ein geheimes Zusatzabkommen. Damit sicherte sich die UdSSR bei eventueller Zerschlagung des polnischen Staates westukrainische und westbelorussische Gebiete, die ihr von Polen 1920 geraubt worden waren. Angesichts der zu erwartenden Niederlage Warschau war die SU geradezu verpflichtet, Belorussen und Ukrainer nicht an die Faschisten auszuliefern. Diese territorialen Festlegungen wurden einen Monat später noch einmal entsprechend der veränderten Lage präzisiert. Zu jener Zeit machten die Westmächte und auch die polnische Exilregierung viel Aufhebens darum. Heute stellen weder der Westen noch Polen jene Westgrenzen Belorußlands und der Ukraine infrage. Damit wurde die sowjetische Maßnahme im Nachhinein indirekt sanktioniert.

Polen wurde nicht von den Faschisten und den Sowjettruppen gemeinsam zerschlagen, sondern nur von den Nazis. Als die Rote Armee in Ostpolen einrückte, war das polnische Heer zu keinen Offensivhandlungen mehr fähig, seine Reste befanden sich auf der Flucht, Warschau stand vor der Kapitulation und die polnische Regierung war dabei, sich nach Rumänien abzusetzen.

Es war aber nicht vorrangig diese Tatsache, die die sowjetische Seite trotz früherer deutscher Aufforderungen dazu bewogen hatte, ihre Truppen erst am 17. September in Bewegung zu setzen. Im Mai 1939 war von Polen ein geheimes Militärabkommen mit Frankreich abgeschlossen worden. Darin verpflichtete sich Paris, zwei Wochen nach einem deutschen Angriff auf Polen mit allen seinen Streitkräften Offensivhandlungen gegen Deutschland zu beginnen. Dadurch hätte sich auch für die Sowjetunion eine neue Lage ergeben. Doch außer französischen und englischen Kriegserklärungen an Deutschland in den ersten Septembertagen rührte sich im Westen nichts. Nun mußte die sowjetische Führung handeln, um die Bevölkerung Westbelorußlands und der Westukraine unter ihren Schutz zu nehmen, wie es auch in der offiziellen Begründung für diese Aktion hieß. In der Nacht vor dem Einmarsch der Roten Armee wurde der polnische Botschafter darüber unterrichtet und der 1932 zwischen beiden Ländern abgeschlossene Nichtangriffsvertrag einseitig aufgekündigt. Als die UdSSR sechs Jahre später auf Wunsch der Westmächte den sowjetisch-japanischen Nichtangriffsvertrag von 1941 aufkündigte, um Tokio den Krieg zu erklären, regten sich keinerlei Proteste in der Welt.

Die Sowjetunion hat niemanden verraten. Das weiße Polen war für Moskau politisch-ideologisch Feindesland; Antisowjetismus und Antikommunismus galten hier als Staatsdoktrin. Die polnische Bourgeoisie fürchtete zu Recht, daß die von ihr unterdrückten Belorussen, Ukrainer und zum Teil linksgerichteten polnischen Juden eines Tages die Rote Armee als Befreier begrüßen würden. Genau das geschah im September 1939.

Der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages sorgte in Europa und der Welt für Irritationen bei Freund und Feind, die bis heute anhalten. Viele Linke wandten sich nun von der UdSSR ab, und selbst unter Kommunisten gab es hierzu heftige Diskussionen. Es wurde häufig nicht erkannt, daß Moskau dem Sowjetland fast zwei Jahre Frieden gesichert und die eigenen Schutzpositionen gegen den drohenden Angriff der Hitleristen verbessert hatte. Große Teile des polnischen Volkes fühlten sich durch den Vertrag in ihrer antisowjetischen Grundhaltung bestätigt. Antikommunisten aller Couleur benutzen ihn bis heute als Munition. Doch das war der Preis dafür, daß die UdSSR 1939 einen Krieg mit für sich zweifelhaftem Ausgang abgewendet und dem ersten sozialistischen Land der Welt noch wertvolle Zeit für dessen Aufbau und Verteidigung verschafft hatte.

Bernhard Majorow

Den Stolz auf sein erfülltes Leben als DDR-Bürger konnte ihm erst der von ihm herbeigesehnte Tod nehmen. Wir trauern um unseren Genossen Leutnant a. D. der NVA, Patentassessor, Dipl.-Ing., Ing.

Wolfgang Hertel

* 21. 10. 1935

Deutsche Kommunistische Partei, Ost-Thüringen

Vom Widerstand gegen den heraufziehenden Nazi-Faschismus

Ulbricht contra Goebbels

Man hat uns zur „friedlichen Auseinandersetzung“ in die große Versammlung der Nazis im Friedrichshain eingeladen. Es stand doch in Goebbels' Zeitung, im „Angriff“: „Jeder anständige Kommunist, der mit uns diskutieren will, ist willkommen.“ Und wir wollen diskutieren.

Um 8 Uhr abends sollte die Versammlung beginnen. Das Friedrichshainer Proletariat war schon um 6 Uhr da. Wir sind dort die stärkste Partei, die Sozialdemokraten verloren ihre Mehrheit, die Faschisten machen krampfhaft Anstrengungen, Fuß zu fassen. Die Polizei war aber schon um 5 Uhr in voller Bürgerkriegsausrüstung erschienen. Zu Fuß und zu Roß, in großen und kleinen Autos, mit Pistolen, Karabinern, Scheinwerfern und Maschinengewehren. Die Massen drängen heran. Sie stoßen auf Hunderte bewaffneter Polizisten: „Zurück! Niemand darf hinein!“ „Es soll aber eine öffentliche Versammlung stattfinden!“ „Hier wird niemand durchgelassen.“ Hinter den Polizisten stehen Nazis, die werden gefragt: „Sind Sie von der Sturmabteilung?“ Und wer sich als Faschist legitimieren kann, der darf hinein.

Plötzlich, um halb acht, öffnet sich der Polizeikordon. Vielleicht für zwei kurze Minuten. Das genügt aber den Arbeitern, um zu Hunderten durchzubrechen. Wir werden von einem Polizeispalier zusammengequetscht, müssen an unzähligen Polizisten vorbei, werden eine Treppe hinaufgedrängt und bis zum Eingang des Saales geschoben. Dort, in einer Vorhalle, untersucht man uns auf Waffen. Auch die Frauen. Alles, was nach Arbeiter aussieht. Inzwischen wird unten auf der Straße noch zwei-, dreimal der Kordon zerrissen, und drei oder vier solcher Wogen können nachdrängen. Der Saal ist aber schon zur Hälfte mit den Sturmtruppen der Nazis, die mit Polizeihilfe hereingebracht wurden, besetzt. Links und rechts vom Podium, in den vier Ecken des Saales und in der Mitte nehmen sie nach „strategischen Plänen“ Platz.

Es sind mindestens 5 000 Menschen im Saal. Unruhe, Aufregung, Explosionsstimmung. Die Nazis sehen, daß wohl die Hälfte der Zuhörerschaft nicht zu ihnen gehört. Sie schicken als Redner einen „Arbeiterfachmann“ vor. Er beginnt mit den klingendsten Phrasen über die „deutsche Revolution“. Sofort erschallt die Frage: „Revolution gegen wen? Sprich klar: gegen den Kapitalismus, ja oder nein?“ Der Redner spricht weiter vom bolschewistischen Gift, das vom Osten herströmt, um die ger-

manische Kraft zu unterwühlen ... „Und der Aufbau in der Sowjetunion, der Fünfjahrplan? Was ist Deine Meinung darüber?“ Der Reichstagsabgeordnete der Faschisten, daran gewöhnt, die plattesten Allgemeinheiten zu verkünden, sieht sich gezwungen, auf die Frage über die Sowjetunion einzugehen. Er tut es so: „Nun gut, Volksgenossen! Zugegeben: In Rußland wird wirklich der Sozialismus aufgebaut. Zugegeben: Rußland ist bereits das Arbeiterparadies ...“ „Quatsch nicht so dämlich! Wer behauptet das?“ „Dann frage ich Euch: Warum schnürten nicht alle deutschen Kommunisten ihre Ranzen, um ins Paradies auszuwandern?“ Die Sturmabteilung klatscht Beifall, die Arbeiter schütteln die Köpfe über diese „prinzipielle Beweisführung“. Der Redner äußert sich jetzt zum Klassenkampf, den er ebenfalls nicht anerkennen will: „Die Roten wollen Lohnerhöhung vom Kapitalisten. Das wollen wir auch, aber die Roten sagen ihm: Gebt uns mehr Geld, damit wir uns besser gegen euch bewaffnen können, denn wir wollen euch stürzen. Ist das nicht dumm? Wer wird seinem Feind zu einem Revolver verhelfen, damit er ihn erschießt?“ Das ist auch den anwesenden Nazis zu dumm, sie werden still. Es kommt aber noch dümmer: „Der Marxismus will, daß alle gleich werden. Der fleißige Arbeiter soll ebensoviel verdienen wie der faule. Ich frage die Fleißigen: Seid Ihr damit einverstanden?“ Statt einer Antwort auf seine „Frage“ bekommt er die Gegenfrage: „Mensch! Woher nimmst Du diesen Marxismus?“

Der zweite Nazi-Redner macht es sich noch leichter. Die „Marxisten“ sind alle nur Juden, beginnt er. Sie haben Bankkonten bei den jüdischen Bankiers. Wird es aber brenzlig, dann verschwinden diese Juden mit ihrem zusammengerafften Geld und der deutsche Arbeiter soll die Gefahr allein auslöffeln ...“ Die Arbeiter lachen einfach über diese „Argumente“.

Zum Glück des Redners kommt ein Regietrick: Goebbels „marschiert“, von Sturmtruppen umgeben, in den Saal herein. Ein Stimmengewirr entsteht. „Heil!“ rufen die Faschisten. „Deutschland, erwache!“ „Rot Front!“ widerhallt der Saal. „Hitler, verrecke!“ Einige Minuten hat es den Anschein, als ob es losginge. Die Faschisten werden ungeduldig und grob. „Genossen! Laßt Euch nicht provozieren!“ rufen die Arbeiter. Es tritt Ruhe ein, weil ein Sozialdemokrat sich zu Wort gemeldet hat. Er ist nicht von seiner Partei hergeschickt, hat vielleicht die besten Absichten, aber was er sagt, ist ein schwaches Gestammel.

Der Vorsitzende kündigt an: „Der Redner der KPD, Abgeordneter Ulbricht“ „Rot Front!“ von überall her. Ruhig und sachlich zerpfückt Genosse Ulbricht das leere Geschwätz seiner Vorredner. Klar und einfach stellt er den Nazis Fragen, sodaß es kein Entrinnen gibt. Er enthüllt die Rolle der Faschisten bei den jüngsten Streiks, die Millionen-Subventionen, die sie

dem „jüdischen Kapital“ bewilligten, Hitlers Donnerreden gegen den „inneren Feind“, mit dem er gerade die revolutionäre Arbeiterschaft meint.

Der ganze Saal steht unter dem Einfluß der Worte des Genossen Ulbricht. „Peinlich“, höre ich einen Sturmbrigadeführer zum anderen sagen. „Das Ganze war eigentlich überflüssig.“ Schrille Pfiffe und Bravo-Rufe unterbrechen Genossen Ulbricht oft. Er redet aber ruhig zu Ende. „Nicht das Dritte Reich, ein sozialistisches Deutschland ist das Ziel!“ Stürmische Begeisterung bei der einen Hälfte der Zuhörerschaft; der Klang der Internationale steigt zu den Leuchtern empor. „Goebbels soll antworten!“ ruft die andere Hälfte. Und Goebbels beginnt schon ... Der kleine Komödiant steht da und fängt mit künstlich gedämpfter Stimme an: „Vor der heutigen Versammlung bekam ich Drohbriefe von Kommunisten, ich soll einen Verbandskasten mitnehmen, schreiben sie ... Ich hab aber keinen Verbandskasten, sondern meinen Gehirnkasten mitgebracht ...“ „Arbeitermörder!“ dröhnt es ihm tausendstimmig entgegen. „Ich?“, kreischt Goebbels auf, „ich soll der Arbeitermörder sein? Wer gab denn die Losung ‚Schlagt die Faschisten!‘ aus?“

Unten im Saal aber schlagen seine Leute bereits los, da sie sehen, daß die Rede ihres Führers in einen Spießbrutenlauf auszuarten droht. Alles geschieht nach wohlverabredetem Plan: In der Mitte des Saales bilden die Sturmtruppen einen Kreis und beginnen von dort her die Stühle und abgebrochenen Tischbeine nach allen Seiten hin in die Zuhörerschaft zu werfen. Unbeschreiblicher Tumult entsteht. Im Nu sieht man blutüberströmte Köpfe, zusammenbrechende Frauen ringsherum. Aus den vier Ecken des Saales stürzen sich die Faschisten mit ihren Totschlägern auf die Arbeiter, die sich zur Wehr setzen. Man hört nur Schreie und die dumpfen Schläge, die niedersausen.

Selbstverständlich kommt die Polizei den Nazis zu Hilfe. Sie drängt sich in den Saal und beginnt die Arbeiter mit viehischer Brutalität hinauszuschlagen. Den Ausgängen zu, wo die Gummiknüppel von links und rechts dazwischendreschen, die Treppen herunter, und auf der Straße werden sie noch weiter mit Hieben und Fußtritten, mit Revolverlauf und Gewehrkolben bearbeitet. Überall blutige Gesichter. Fünf Schwerverwundete schmeißt man in den Rettungswagen. Man nimmt Verhaftungen vor. Dann: Attacke der Berittenen. Die Scheinwerfer spielen. In ihrem blendenden Licht erfolgt die Treibjagd auf die Arbeiter. Aus dem dunklen Friedrichshain aber, in den die Scheinwerfer nicht hineinleuchten können und in den sich die aufgeputschte Polizei nicht hineintraut, singt und klingt es weiter: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht ...“

Jetzt erst kommen Goebbels und seine Getreuen heraus. Die Straße ist frei für die Faschisten. Die Sozialdemokratische Polizei hat sie freigemacht. ■

(Aus: Andor Gábor. *Gespenster im Sonnenlicht*. Mitteldeutscher Verlag 1979)

Eingesandt von Eberhard Kornagel, Leipzig)



Eine Replik zu Majorows Artikel über Gorbatschow

Von Anfang an Verräter!

Im Juni-„RotFuchs“ hat ein Beitrag bei mir Widerspruch und große Verwunderung hervorgerufen. Es handelt sich um Majorows „Vom Versager zum Verräter – Warum sich Gorbatschow an den Imperialismus verkaufte“. Ich habe von einem früheren Material Majorow noch in bester Erinnerung, weil er sich fest auf Tatsachen stützte. Sein jetziger Artikel ist dagegen eine bloße subjektive Meinungsäußerung, die sich nicht nur nicht auf Fakten gründet, sondern Tatsachen, die ihm eigentlich bekannt sein müßten, einfach unberücksichtigt läßt.

Gorbatschow hatte bekanntlich in einem Vortrag an einer Universität in Ankara im Herbst 1999 erklärt, das Ziel seines Lebens sei die Vernichtung des Kommunismus gewesen. Gerade um dieses Ziel zu erreichen, habe er seine Stellung in der Partei und im Lande genutzt (s. UZ vom 8. 9. 2000). Auf diese Erklärung bezieht sich Majorow, wenn er schreibt: „Gorbatschow erklärt, von Anfang an den Sturz der Sowjetmacht im Auge gehabt zu haben.“

Erfreulich ist daran, daß Majorow nicht, wie meistens üblich, Zweifel an der Echtheit dieses Eingeständnisses Gorbatschows äußert. Aber er zweifelt dennoch; allerdings nicht daran, daß Gorbatschow das tatsächlich geäußert hat, sondern daran, daß er damit die Wahrheit gesagt hat. Majorows subjektive Auslegung ist: „Diese Aura hat er sich zugelegt, um aus seinem eklatanten Versagen, seiner Scharlatanerie als Parteiführer und Staatsoberhaupt politisches und materielles Kapital zu schlagen.“ Denn: „Doch vor dem Übergang zum direkten Verrat stand aus meiner Sicht das Scheitern eines ebenso ehrgeizigen wie unfähigen sowjetischen Staatsmannes.“ Majorows aus subjektiver Sicht aufgestellte Grundthese ist also, wie es die Überschrift besagt: Die eigentliche Ursache für Gorbatschows Verrat ist, daß er aus Unfähigkeit zum Versager wurde. Die Belege, die Majorow für diese Deutung anführt, sind erstens nicht überzeugend, zweitens widerspricht er ihnen selbst.

Majorow nimmt offenbar die Äußerungen Gorbatschows zu Beginn seiner Parteiführerschaft, in denen er sich – zur Täuschung der Partei und des Volkes und zur Festigung seiner Position – als treuer Schüler Lenins ausgab, für bare Münze. So schreibt er: „Als er 1985 an die Spitze der KPdSU gelangte, gab sich der rasch aufgestiegene Karrierist – vielleicht nicht nur aus Tarnungsgründen – noch ganz anders.“ Und an anderer Stelle: „Dem Senkrechtstarter ... fehlte eine realistische Konzeption.“ Der erste Mann in der KPdSU ... ignorierte hartnäckig die Existenz antikommunistischer, klassengegnerischer und nationalistischer Kräfte. Er sah in ihrem Widerstand nur Auswirkungen einer ‚verfehlten Politik‘ seiner Vorgänger. Solche Leute seien im Grund ihres Herzens kritische und mißverständene sowjetische Patrioten, die nun endlich ihre Stimme erheben könnten. Aus diesem Grunde (!) wurde die Pressezensur beseitigt, die KGB-Abteilung für antisowjetische Tätigkeit aufgelöst, das Verbot gewisser Publikationen aufgehoben und Antikommunisten die Rückkehr in politische

Zentren ermöglicht ... Gefangener seiner Eitelkeit und maßlosen Selbstüberschätzung, begab er sich in die offene Verstrickung des Imperialismus.“

Das ist tatsächlich eine entlastende Verharmlosung der sehr bewußten und genau berechneten Zerstörungsarbeit dieses Mannes, der keineswegs konzeptionslos war, sondern das von ihm seit langem übernommene Dulles- und Brzezinski-Konzept Schritt für Schritt und Punkt für Punkt realisierte, und das keineswegs allein, sondern in engster Kooperation und Abstimmung mit seinem Außenminister Schewardnadse und lange Zeit auch mit seinem späteren Entthroner Jelzin. Er hat keineswegs die „klassengegnerischen, nationalistischen Kräfte“ ignoriert, sondern sie ganz bewußt entfesselt und zur Untergrabung der Sowjetmacht eingesetzt.

Mitten in den Darlegungen der Verharmlosung Gorbatschows als eines unfähigen, eiteln und ehrgeizigen, aber noch keineswegs verräterischen Mannes eingesprengt findet sich aber bei Majorow plötzlich die Feststellung: „Brandt durchschaute ihn als erster, als er sinngemäß sagte, im Kreml sitzt de facto ein Antikommunist.“ Zu dieser Äußerung Brandts ist präzisierend zu ergänzen: Als Brandt im Mai 1985, also gerade am Beginn der Parteiführerschaft, nicht etwa erst nach dem angeblichen „Versagen“ Gorbatschows am Ende seiner Laufbahn!, von diesem eingeladen worden war, gab Brandt, nach seiner Rückkehr über seinen Eindruck von Gorbatschow befragt, zur Antwort: „Ich habe im meinem Leben schon viel gesehen, aber noch nie einen Antikommunisten an der Spitze im Kreml.“ (zitiert in „L'Humanité vom 10. 10. 92)

Majorow aber will uns heute, im Jahre 2002, davon überzeugen, daß Gorbatschow damals noch kein Antikommunist, sondern nur ein unfähiger Scharlatan gewesen sei? In meiner Schrift „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“ habe ich mich im Abschnitt VI unter der Überschrift „Absage an die Oktoberrevolution im Gewand eines Bekenntnisses zu ihr“ mit Gorbatschows

Prawda-Artikel vom 26. November 1989 „Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung“ befaßt und sie als „Das Manifest des Revisionismus“ gekennzeichnet. In diesem Artikel brachte Gorbatschow in zwar verhüllter, aber dennoch erkennbarer Form zum Ausdruck, daß für ihn die bürgerlich-demokratische Republik die erstrebenswerte Ordnung war. Sein Bekenntnis sollte nicht in Vergessenheit geraten: „Je weiter wir zum Wesen unserer eigenen Geschichte vordringen, um so offenkundiger wird heute, daß die Oktoberrevolution kein Fehler war, denn die reale Alternative zu ihr war durchaus keine bürgerlich-demokratische Republik ..., sondern ein anarchistischer Putsch und eine blutige Militärdiktatur“, schrieb er.

Es besteht deshalb überhaupt kein Grund dafür, Gorbatschows Bekenntnisse, die Sowjetmacht vorsätzlich und bewußt zerstört zu haben, in Zweifel zu ziehen und sie als bloße „Ruhmredigkeit“ aus dem Wunsche, „politisches und materielles Kapital zu schlagen“, zu deuten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gorbatschow log, solange er der Partei und dem Volk einredete, es ginge ihm darum, den Sozialismus zum Siege zu führen. Er brauchte auch nicht mehr zu lügen und konnte die Wahrheit sagen, als er sein Ziel, die Zerstörung der Sowjetmacht, erreicht hatte. Er sagte die Wahrheit, als er am 12. Dezember 1991, am Tage der Auflösung der Sowjetunion durch Kündigung des Unionsvertrages von 1922, erklärte: „Die Hauptsache meines Lebens ist in Erfüllung gegangen. Ich tat alles, was ich konnte.“ (ND 13. 12. 91) Und er log auch nicht, als er in dem berichtigten Interview mit dem SPIEGEL vom 18. 1. 93 sagte: „Gorbatschow mußte das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man doch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. Man mußte Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachtet war, daß sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte.“

Dr. sc. Kurt Gossweiler



Die Offenbarung de" Johanne" PAUL II.

Collage: Stefan Schultz

Der Pontifex Maximus, den Zbigniew Brzezinski „empfahl“

Ära und Aura eines Papstes

Berichten amerikanischer Journalisten zufolge soll Präsident Carters Chefsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, selbst polnischer Abkunft, USA-Kirchenführern seinerzeit den Gedanken nahegebracht haben, der polnische Kardinal Karol Wojtyła wäre ein höchst geeigneter Pontifex Maximus. Tatsache ist indes, daß Brzezinski dann neben Vizepräsident Edmund Muskie als einer von zwei offiziellen Vertretern Washingtons an der Inthronisation von Johannes Paul II. teilnahm. Eine äußerst ungewöhnliche Personalentscheidung.

Mit Wojtyłas Wahl wurde zweifellos eine neue Trumpfkarte ins globale politische Spiel des Vatikans geworfen. Nach dem Weltverständnis dieses Papstes resultierten alle Probleme der Menschheit aus ihrer geringer werdenden Religiosität. Deshalb setzte er sich zu Beginn seines Pontifikats vor allem zum Ziel, die gesellschaftlich dominierende Position des Katholizismus in den „katholischen Ländern“ auszubauen oder wiederzuerlangen, neue Gläubige zu gewinnen, ein Bündnis der christlichen Religionsgemeinschaften unter Führung Roms zu schmieden und die katholische Diaspora auf Kosten der einheimischen Religionen – darunter auch christlicher – überall zu stärken. Dem „weltlichen“ Sozialismus stand und steht er feindselig gegenüber. Von Toleranz und Dialog, wie sie Johannes XXIII. und Paul VI. angestrebt hatten, konnte nicht mehr die Rede sein. Nun war wieder Härte angesagt. Es versteht sich, daß sich der besondere Haß des Papstes gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und die Länder richtete, in denen der atheistische Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie geworden war.

Hierbei nahm seine Heimat eine Sonderstellung ein. Weitgehend im polnischen Messianismus des 19. Jahrhunderts befangen, schwebte dem früheren Krakówer Kardinal vor, gerade hier der Kirche zu früherer Größe und Macht zu verhelfen. Das Leben in Polen sollte wieder zunehmend klerikalisiert werden. Das implizierte von vornherein Konflikte mit dem sozialistischen Staat und war in letzter Konsequenz auf den Sturz der Volksmacht gerichtet. Von Polen aus – so konzipierten es einschlägige Zentralen und so sah es auch der Papst selbst – sollte die Konterrevolution ihren Siegeszug nach Osteuropa antreten.

Heute wird nicht nur von den Rechten, sondern auch von namhaften polnischen Linken behauptet, der Papst habe einen entscheidenden Beitrag zur Liquidierung der sozialistischen Staatlichkeit in Polen geleistet. Johannes Paul II. ist davon überzeugt, daß der Sozialismus durch seine Politik gestürzt worden sei. Das ist jedoch eine illusionäre Übertreibung, die von der historischen Wahrheit abweicht. In keinem sozialistischen Land hätte die katholische oder eine andere Kirche allein über die Kommunisten siegen können, nicht einmal in Polen, obwohl sie sich das heute auf ihre Fahnen schreibt, zumal ja der von Rom ausgehende konterrevolutionäre Stimulus sehr stark war. Doch weder der Papst noch der kleinbürgerliche Reaktionär Walesa rangen die sozialistische Staatsmacht nieder. Entscheidend war – neben dem Einfluß der USA in Polen – auch hier die Tatsache, daß Warschau von den Gorbatschow-Leuten „aufgegeben“ wurde, wobei man die entsprechenden inneren Prozesse keineswegs unterschätzen darf. Übrigens war

die Rolle des Papstes zwiespältig. Auf der einen Seite machte Johannes Paul II. polnische Antikommunisten hoffähig, auf der anderen riet er ihnen in kritischen Augenblicken aus taktischen Gründen zur Mäßigung, womit er seine ideologischen Anhänger bisweilen in Zweifel stürzte. Millionen polnischer Katholiken, die sich bei seinen Besuchen versammelten, um ihren Papst zu hören, empfanden seine Worte zumeist nicht als politische, sondern als religiöse Botschaft. Zu antisozialistischen Ausschreitungen ließen sie sich anschließend nicht hinreißen. Untersuchungen belegen, daß die doppelsinnigen Anspielungen der Papst-Reden von den meisten Zuhörern kaum verstanden wurden. Allerdings führte die bloße Existenz eines polnischen Papstes zu einer enormen Aufwertung der katholischen Kirche und sicherte ihr damit einen festen Platz in der Innenpolitik des Landes.

Nach der Konterrevolution wuchsen ihre Bäume dennoch nicht in den Himmel, da die meisten Polen sich nun vom Klerus bevormundet fühlten. Ein fast alle politischen Lager erfassender Antiklerikalismus auch vieler Gläubiger überraschte die Priesterschaft und zwang sie, vorsichtiger zu taktieren als unter den Kommunisten. Der vom Papst 1990 bejubelte Sieg über den „gottlosen Staat“ wich schmerzhafter Ernüchterung. Die verteilten atheistischen Linken konnten bei „freien Wahlen“ zweimal an die Regierung gelangen, wenn auch ihre weit nach rechts gedriftete Partei mit der früheren PVAP nicht mehr vergleichbar war. So ist Polen heute von einer „katholischen Gesellschaft“ weiter entfernt als in den ersten Jahren des Pontifikats von Johannes Paul II.

Davon überzeugt, den „Kommunismus“ in Polen zerschlagen zu haben, hielt sich der Papst für prädestiniert, nun auch die sozialistische Ordnung Kubas ins Wanken zu bringen. Die Erfolglosigkeit dieses Unternehmens war allerdings eklatant. Sein früheres Auftreten im sandinistischen Nicaragua hätte ihm ein Signal sein müssen. Dort war er von den Gläubigen auf offener Bühne ausgepöfft worden, als er in völliger Verknennung der Situation die Politik der Regierenden angriff. 82-jährig und gesundheitlich am Ende, muß der trotz allem noch immer reiselustige Papst heute feststellen, die Stärke der antiklerikalen, atheistischen und anderen Konfessionen verpflichteten Kräfte in der Welt unterschätzt zu haben. Doch sein Missionierungseifer kennt keine

Grenzen. So unternimmt er weiterhin Anstrengungen, andere christliche Kirchen unter die geistige Oberherrschaft des Vatikans zu bringen. Aber die führenden Vertreter vor allem der russischen und der griechischen Ostkirche durchschauten die Absichten Roms. Mit der gleichen Unverfrorenheit, mit der er früher – immerhin als Staatsgast – die atheistische Ideologie der führenden Partei Polens angegriffen hatte, wollte er nun in Rußland der orthodoxen Kirche die Anhänger ausspannen. In der Ukraine wurde nach der Konterrevolution die im 16. Jahrhundert vom Vatikan ins Leben gerufene griechisch-katholische Kirche reaktiviert, die einst geschaffen worden war, um den Orthodoxen das Wasser abzugraben. Rußland verweigerte daraufhin dem Papst die Einreise. Auch seine Besuche in Griechenland und Bulgarien wurden vor allem als Provokation empfunden. Für seine Anliegen konnte Johannes Paul II. hier kaum öffentliches Interesse erwecken, sieht man von der Heiligsprechung einiger antikommunistischer Priester ab.

Mit seinen Visiten in früheren Sowjetrepubliken Mittelasiens verfolgte der Papst ebenfalls das Ziel, die katholische Diaspora auf Kosten anderer Kirchen und Konfessionen zu stärken. Vor allem sollen neue Katholiken aus bisherigen Moslems, Orthodoxen, Protestanten und Mitgliedern von Minderheitskirchen rekrutiert werden. Überdies spekuliert der römische Oberhirte darauf, Atheisten und andere bisher nichtreligiöse eingestellte Bürger, die im Gefolge des Untergangs der Sowjetmacht und der rapiden Verarmung von Millionen Menschen entwurzelt sind, für die Papstkirche zu gewinnen. Dabei rechnete er zu Beginn mit einem so nicht eingetretenen „Boom“ für den Katholizismus, den er erwartete, da die sozialistische Macht der Kirche gewisse Grenzen gesetzt hatte, die nun weggefallen waren.

Ära und Aura Johannes Paul II. gehen zu Ende. Bei Amtsantritt des Polen Karol Wojtyła war der Frieden noch bewaffnet und der Sozialismus in Europa eine Realität. Inzwischen haben sich die Verhältnisse kraß verändert. Auch wenn er selbst nicht den entscheidenden Hieb zu führen vermochte, hat der polnische Papst allemal dazu beigetragen, die Ausbeuterklasse wieder ans Ruder zu bringen. Denn der heute gebrechliche, ja Mitleid erregende Johannes Paul II. ließ an einem nie zweifeln: seiner Bestimmung, ein Papst der Konterrevolution sein zu wollen.

Stefan Warynski

Solidarisch mit Polens Kommunisten ZKP „Proletariat“ vor Verbot?

Die Legalität des 1990 – nach der Auflösung der PVAP – gegründeten Bundes Polnischer Kommunisten (ZKP) „Proletariat“ ist in akuter Gefahr. Ein vom Registriergericht bereits ausgesprochenes Verbot könnte durch das Verfassungsgericht bestätigt werden. Nach der 1997 durch Volksentscheid zustande gekommenen neuen Verfassung (nur gut die Hälfte der Stimmen entfiel bei einer Wahlbeteiligung von 30 % auf sie) sind Parteien und Organisationen in Polen verboten, „in deren Programmen und Statuten totalitäre Methoden und Praktiken des Nazismus, Faschismus und Kommunismus begrüßt werden“. Für den formalen Entzug der Legalität ist das Verfassungsgericht zuständig.

Im Jahre 1998 wurde in Polen ein neues Parteiengesetz verabschiedet. Es forderte eine Neuregistrierung, um die Zahl der kleineren Parteien zu reduzieren. 1000 Unterstützerunterschriften wurden verlangt. Der ZKP „Proletariat“ erfüllte die gestellten Bedingungen. Bis Ende 1998 sollten die Statuten entsprechend den „neuen Maßstäben“ geändert werden. Die Leitung des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“ schenkte dem Problem leider zu wenig Aufmerksamkeit. Als die Frist zur Änderung abgelaufen war, fällt das Registriergericht 1999 in erster Instanz sein Verbotsurteil. Der V. Parteitag (2000) änderte dann zwar das Statut, aber es war bereits zu spät. Die Führung des ZKP „Proletariat“ beschloß mit Mehrheit, vom Namen und von den Zielen einer kommunistischen Partei nicht abzurücken. Man entschied sich zugleich für die Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung der Kommunistischen Partei Polens.

Das „RotFuchs“-Kollektiv steht solidarisch an der Seite der polnischen Genossen.

Der Weg eines Arbeiters aus der DDR (5 und Schluß)

Aus meiner Sicht

Republikweit größtes Ereignis war im Frühjahr 1990 die „erste freie Wahl“ zur Volkskammer am 18. März. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man die Kräfte, die positive Veränderungen in einer sozialistischen DDR anstrebten, völlig in den Hintergrund gedrängt. Ferngesteuerte „Wir-sind-ein-Volk“-Verfechter gaben nun überall den Ton an. Am 31. August unterzeichnete der Kruppling Krause im Namen der Marionettenregierung die Kapitulationsurkunde. Damit wurde der Weg frei für die Annektion des nunmehr Ostdeutschland gewordenen Territoriums der DDR durch das BRD-Kapital. So waren auch die Stunden des „Plaugardechos“ und seines Redakteurs gezählt. Die letzte Ausgabe unserer Zeitung dokumentierte noch die Übergabe des damals bedeutendsten Investitionsobjektes des Betriebes, das nun billig in westdeutsche Hände geriet. Ich ging, auch billig, an die Tochterfirma eines westdeutschen Wachsunternehmen über. Zuvor konnte ich mich in der Plauener Gardine GmbH drei Monate lang dazu „qualifizieren“.

Der importierte Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Herr Prof. Kurt Biedenkopf (CDU), beklagte in einer seiner ersten öffentlichen Reden, daß in der DDR die Eliten beseitigt worden seien. Dank seiner und der BRD Hilfe verfügten die fünf „neuen Bundesländer“ von nun an über eine Vielzahl von „fähigen“ und „kompetenten“ Führungskräften für Wirtschaft und Politik, die die von Bundeskanzler Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ gestalten helfen sollten. Überzeugendstes Beispiel ist wohl die ehemalige Chefin der Treuhandanstalt, Frau Birgit Breuel (CDU). Sie hat es fertiggebracht, mit ihrer Truppe einen von ihrem Vorgänger Rohwedder veranschlagten Wert der DDR-Volkswirtschaft von über 600 Milliarden Mark in ein Minus von mehr als 200 Milliarden Mark zu veruntreuen. Rohwedder ist trotz Personenschutzes in seiner Wohnung erschossen worden. Warum wohl?

Andere Eliten haben von Rostock bis Plauen und von Eisenhüttenstadt bis Bischofswerde das Ihre zum „Aufschwung“ getan. Das DDR-Volk wurde mit Aufbauhilfen wie dem „Baulöwen“ Jürgen Schneider beglückt. Fördergelder der Europäischen Union, die für den Osten bestimmt waren, landeten zweckentfremdet – auf Umwegen – im goldenen Westen.

Eine enorme Bereicherung erfuhren die ehemaligen DDR-Bürger auf kulturellem Gebiet. Die Liquidierung ihrer beiden Fernsehsender, Schließungen und Fusionen von Theatern wurden durch eine Vielzahl von Serien wie „Unter uns“ und „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ mehr als ausgeglichen. Die Resonanz solcher künstlerischen Höhepunkte ist ein beredtes Zeugnis von der durchschnittlichen psychischen und geistigen Verfaßtheit der bundesdeutschen Gesellschaft, aber auch ein Beweis dafür, daß ein Teil der früheren DDR-Bevölkerung auf diesem Gebiet schnell gleichgezogen hat. Isabel Florido, eine Darstellerin aus „Unter uns“, begründete in der MDR-Sendung „Hier ab vier“ am 11. April 2000 den Mangel an Lebensnähe solcher Serien: „Wenn man

zuviel normales Leben spielt, springen die Zuschauer ab.“ Rhea Harder aus „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ bestätigte die Lebensfremdheit auch dieser Serie: „Wenn man das in Wirklichkeit erleben würde, wäre man schon in der Klapsmühle.“

Wie aber ging es mit mir weiter? Ich mußte, ob ich wollte oder nicht, das Angebot der Wachsutzfirma annehmen, die nach Auflösung des Betriebsschutzes der Plauener Gardine GmbH von der Unternehmensleitung damit beauftragt worden war, dessen Arbeit fortzusetzen. Was sollte ich mit meinen 52 Jahren anderes machen? Auf journalistischem Gebiet konnte und wollte ich mich aus Gewissens- und Gesinnungsgründen nicht weiter betätigen, andere Arbeit war nirgendwo in Sicht. So griff ich nach dem Strohalm, den man mir damals entgegenhielt. Damit konnte ich mich über Wasser halten, allerdings auch nur deshalb, weil ich täglich 12 Stunden Dienst schrubberte. Etwa 10 Tage von morgens bis abends und 10 Tage von abends bis morgens im Monat. Auch an Wochenenden und Feiertagen. 230 Monatsarbeitsstunden und mehr waren keine Seltenheit. Zumeist war ich als Pförtner tätig, aber auch als Bewacher von Baustellen. Auch auswärts. Das ging so bis zu meiner Entlassung zu Beginn des Jahres 1996. Sie war „objektiv“ bedingt durch die Schließung mehrerer Produktionsstätten, die auch zur Dezimierung des Personalbestandes auf etwa ein Achtel des Ursprünglichen führte.

Mit der Arbeitslosigkeit änderte sich drastisch mein Lebensrhythmus. Nun hatte ich alle Zeit für mich. Ich wäre auch gern ins Theater gegangen. Aber mit 950 DM Arbeitslosengeld konnte man nicht einmal kleine Sprünge machen. Dadurch, daß ich Wohngeld bekam, vermochte ich meine 24stündige tägliche Freizeit etwas interessanter zu gestalten. Das hat mir das Leben im von Bundeskanzler Kohl als kollektiver Freizeitpark charakterisierten Staat etwas erträglicher gemacht. Kohls berühmteberühmte Äußerung erinnerte an einen Vorfall, der sich im 18. Jahrhundert zutrug. Marie Antoinette, die Frau Ludwig XVI., antwortete auf die Kunde, daß das Volk kein Brot habe, es solle doch Kuchen essen. Wie zynisch Übersättigte sein können! Der Start in die Arbeitslosigkeit erfolgte unter denkbar ungünstigen Bedingungen. In jenem Jahr dauerte der Winter bis in den April hinein. Kaum eine Chance für mich „alten Mann“, eine Arbeit zu bekommen. Es waren schlimme Wochen. Mir fiel die Decke auf den Kopf. Dann hat mich „meine“ Wachsutzfirma zeitweise wieder beschäftigt – auf 120-Mark-Basis.

1997 vermittelte mir das Arbeitsamt eine AMB-Stelle bei der Archäologie als Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit. Die ersten Wochen verbrachte ich mit dem Studium alterskundlicher und stadtgeschichtlicher Literatur. Ich war einer der bestbezahlten „Studenten“. Diese Einführung diente als Vorbereitung auf meine spätere Aufgabe – den Besuchern einer Ausstellung im Vogtlandmuseum Plauen Zeugnisse mittelalterlichen Lebens und Bauens in der Altstadt sowie interessante Funde zu erläutern und zu zeigen. Parallel dazu hatte ich Schautafeln mit Fotos und anderen Dokumenten der archäologischen Arbeit zu gestalten, die an Grabungsstätten angebracht wurden.

Als meine Amtszeit abgelaufen war, wollten mich meine Vorgesetzten in Plauen auf 120-Mark-Basis als Begleiter von Schulklassen, Lehrerkollegien und anderen Besuchergruppen einstellen. Da ich aber vom Landesamt für Archäologie hätte bestätigt werden müssen, ist aus der Sache nichts geworden. Ich habe bei der Bewerbung sehheitsgemäß auch meine Tätigkeit als SED-Journalist mitangegeben und bin deshalb als zu DDR-staatsnah eingestuft worden. Als ich meine Arbeit über ABM versah, war ich für die BRD-staatsnahen Dresdener Chefarchäologen tragbar. Dieser grotesken Episode folgte abermals mehr als ein Jahr Arbeitslosigkeit. Dann ging ich in Rente.

Eigentlich müßte ich mich zu den Siegern der „DDR“ (Deutschen Demokratischen Revolution) von 1989/90 zählen. Ich erhalte schon Altersbezüge – fünf Jahre eher, als es in der DDR (Deutschen Demokratischen Republik) dazu gekommen wäre. Allerdings hätte ich viel lieber bis zum 65. in meinem „Beruf“ arbeiten und die Arbeitslosigkeit nicht kennenlernen wollen. Auch die der anderen Betroffenen nicht. Viele der Akteure von 89/90 haben ebenfalls verloren: einige ihre Arbeit, andere die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Nur wenige werden tarifgerecht bzw. wie die gleichgearteten Werkträgigen in der Alt-BRD bezahlt.

Unmittelbar zur „Wiedervereinigung“ war in den meisten Stammtischgesprächen von der DDR nichts Positives übriggeblieben. Es hatte ja so nicht weitergehen können, lautete der Tenor. Nun ist es anders weitergegangen. Für viele aber nicht vorwärts. Man erinnert sich heute der stabilen niedrigen Mieten, der Verkehrstarife, der Eintrittspreise, der Kindergartenbeiträge, der Sicherheit auf den Straßen und an den Schulen der Republik – der Deutschen Demokratischen. Die „Wir-sind-ein-Volk“-Ruffer sind kleinlaut geworden. Sie wollen auch nicht mehr daran erinnert werden, daß sie die neuen Zustände mit herbeigeführt haben. Nur einige wenige sitzen immer noch auf dem hohen Pferd. Sie wollen und können sich selbst nicht eingestehen, daß auch sie zu den Verlierern der Geschichte gehören. Auf sie wird man bei der BRDDR (Bundesrepublikanischen Deutschen Demokratischen Revolution) sicher verzichten müssen, obwohl sie über Kampferfahrungen verfügen. Allerdings: Bis dahin sind diese Spezies sicher längst ausgestorben. **Siegfried Joch**

Herzliche Genesungswünsche

Genossin Lena Andrä

die sich langjährig um den „RotFuchs“ sehr verdient gemacht hat, ist erkrankt, befindet sich aber auf dem Wege der Besserung.

Die Redaktion wünscht ihr maximale Genesung.

Gedanken eines langzeiterwerbslosen Genossen aus dem Ruhrpott

„Sozialer Frieden“ oder Klassenkampf?

Alle Welt spricht von der „Hartz-Kommission“ und der damit verbundenen „Neuordnung des Arbeitsmarktes“. Die hervorragende „Monitor“-Sendung vom 4. Juli 2002 – als einziges bürgerliches Medium dokumentierte sie die Verlogenheit der Debatte –, war mir Anlaß, für mein Vereinsorgan „RotFuchs“ einige Überlegungen eines Betroffenen aufzuschreiben.

Das Leben eines Erwerbslosen, insbesondere das eines Langzeiterwerbslosen, ist reduziert, in großen Teilen fremdbestimmt und oftmals resignationsträchtig, für einen politischen Menschen jedoch zugleich ein sehr lehrreiches Feld. So lernt man als erstes, daß das in diesem System doch so heilige „Bankgeheimnis“ für Erwerbslose rigoros abgeschafft ist. Man lernt, daß Ärzte gemäß einer Absprache zwischen den Krankenkassen und der Bundesanstalt für Arbeit (BA) Erwerbsunfähigkeitsbescheinigungen nur noch dann ausstellen dürfen, wenn der oder die Betroffene ins Krankenhaus überwiesen werden muß. Man lernt, daß das Leben mit dem Brosamen Arbeitslosenhilfe kaum finanzierbar – da am Rande der offiziellen Armutsgrenze liegend – ist und man manchmal nur mit Hilfe von Genossen über den Monat kommt.

Viele Langzeiterwerbslose leiden unter multiplen, oft chronischen Erkrankungen. Man erfährt, daß es Ärzte gibt (wie mir persönlich passiert), die einen „ausmustern“, also dem Kranken mitteilen, daß eine weitere medizinische Betreuung aus Kostengründen beendet wird. Hippokratischer Eid? Ach wo. Die Debatte um eine „Zweiklassenmedizin“ ist obsolet. Sie existiert längst!

Ein Mehrfacherkrankter lernt, daß eine Anerkennung von mindestens 50%iger Erwerbsminderung (was konkrete Auswirkungen auf sein Verhältnis zur BA hätte) „den Verlust von mindestens einem Oberschenkel oder eines kompletten Arms“ (Tatsache, habe ich schriftlich!) voraussetzen würde.

All das und viele, viele Schikanen mehr sind nicht dazu angetan, die menschliche Würde der Betroffenen zu sichern. Im Gegenteil. In genau diesen Gründen gibt es eine gnadenlose Verelendung und soziale Spannungen en masse.

Als ob die Lage von rund 5 Millionen Betroffenen und ihrer Familien noch nicht schlimm genug wäre, wird seit einigen Wochen nun von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zum Generalangriff geblasen.

Es ist bereits in der UZ u. a. Zeitungen viel Richtiges zur „Hartz-Kommission“ geschrieben worden. Ungeheuerlich allein die Tatsache, daß dort nicht etwa Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker versammelt sind, sondern vor allem, vom namensgebenden Personalchef des VW-Vorstandes angefangen, eine Bande von Sozialschmarotzern und das Großkapital vertretenden Managern!

Mein Haß auf die Charaktermasken von SPD/CDU/FDP usw. wächst tatsächlich ins Grenzenlose, wenn ich sehe, daß dieser Generalangriff auf alle Erwerbslosen (und damit letztlich natürlich auch auf die Sozialstandards aller noch in Lohn und Brot

Stehenden) aus deren Sicht in allererster Linie darum geht, einen „Wahlkampfshlager“ zu haben. Es geht ihnen also allein um den Erhalt ihrer eigenen, hochdotierten Posten als Willensvollstrecker des Kapitals. Tatsächlich findet hier eine Umkehrung der von ihnen verkündeten Regularien statt: Nicht die Bundesregierung bestimmt die Politik mittels Einrichtung einer Kommission, sondern die in dieser Kommission versammelten Kapitalvertreter geben der amtierenden Regierung (und einer wie immer gearteten zukünftigen) die Linie vor. Dies hat der derzeitige SPD-Kanzler Schröder auch vollständig begriffen: In seiner Rede vor dem Bundestag am 4. Juli 2002 wies er ausdrücklich darauf hin, daß die „notwendige Neuordnung des Arbeitsmarktes ohne politische Brüche in der Gesellschaft (!) nur durch die amtierende Koalition“ umsetzbar sei.

Pikant ist in diesem Zusammenhang, daß am Abend desselben Tages die PDS-Vorsitzende G. Zimmer in der ZDF-Sendung „Berlin Mitte“ auf eine entsprechende Frage der Moderatorin zwar die bisher bekannten Vorstellungen der „Hartz-Kommission“ weitgehend ablehnte, zugleich aber die Rolle ihrer Partei als Bewahrerin des „sozialen Friedens als einem der höchsten Güter der Gesellschaft“ definierte.

Der „soziale Frieden“ ist allerdings das Schlimmste, was dem Millionenherr der Erwerbslosen, das keine Lobby hat und

durch systematische Vereinzelung extrem schwer zu mobilisieren ist, passieren kann. Die Propagierung des „sozialen Friedens“ ist zugleich ein Schlag ins Gesicht aller Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Wochen und Monaten im Streik standen oder noch stehen, um sich und ihre Familien sozial abzusichern!

Eine Partei, die sich solchen auf die Kapitalinteressen abgestellten Zielen verpflichtet sieht, gibt es schon. Ihr Chef heißt Schröder.

Am 5. 7. 02 übertrug der TV-Sender „Phoenix“ eine Pressekonferenz des SPD-Kanzlers mit dem neuen DGB-Chef Sommer. Kurzfassung: Die DGB-Führung ist schon umgekippt, stimmt dem Generalangriff weitgehend zu und will nur noch ein paar Schönheitskorrekturen zur eigenen Gesichtswahrung erreichen.

Für mich, der ich seit rund 30 Jahren aus Überzeugung Mitglied der Gewerkschaft bin, ist das ein weiterer Schlag ins Gesicht. Doch zugleich auch eine Bestätigung meiner tiefsten Gewißheit: Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun. Für die aktuelle Situation heißt das aus meiner Sicht: Schluß mit jeglichen Illusionen über SPD und PDS wie über die derzeitigen Gewerkschaftsführungen: Klassenkampf ist angesagt. „Politische Brüche in der Gesellschaft“? (Schröder) Aber gern! „Sozialer Frieden“? (Zimmer) Niemals!

Heinz-W. Hammer, Essen

Was mir auf der Fahrt zum Arbeitsamt einfiel

In der Straßenbahn

Mein Auto mußte ich verkaufen. Mit der Bahn fahre ich zum Arbeitsamt. Wann habe ich mich zum letzten Mal in der Straßenbahn durch die Gegend schaukeln lassen? Vor 20 Jahren? Genau kann ich mich nicht entsinnen.

Die Fahrten als Schüler fallen mir ein. „Elektrische“ sagten wir zu Hause. Ich höre wieder das Kurvenquietschen der alten Talbahn. Etwas Gemütliches hatte sich die Nachfolgerin der Pferdebahn bewahrt. Man kannte die Leute. Die Schaffnerin ruckte an einer Lederschnur, um Signal zu geben. Der Fahrer bimmelte mit dem Fuß. Keine Hektik, kaum Automatik. Es gab sogar offene Sommerwagen ohne Seitenwände, nur mit Absperrketten. Den Passanten draußen rief man einen Gruß zu. Die Bänke waren aus Holz. Bunte Plakate gab es kaum.

Über Nacht klebten plötzlich schwarze Schatten an den Fenstern: „Pst! Feind hört mit!“ Deutlich sehe ich die Silhouette des Spions vor mir. Das Schemen erweckte selbst in mir unbekümmertem Jungen damals ein unbehagliches Gefühl, ja – es flößte Furcht ein.

Tiefer rutsche ich ins Sinnieren.

1941. Ein gebeugter Mann mit einem knöchellangem Mantel steigt ein. Bartstoppeln. Ein Judenstern am Aufschlag. Er nimmt Platz wie einer, der Rheuma hat. Der Schaffner, einäugig an die Heimatfront entlassen,

schüttelt mißbilligend den Kopf. „He, du! Sitzen verboten! Plattform!“ „Entschuldigung“, murmelt der Alte und schlurft nach hinten, stellt sich neben mich. Ich rücke sofort zur Seite; ein deutscher Pimpf weiß, daß Juden stinken. Außerdem habe ich Wut, weil ich nun nicht mehr heimlich den Sandstreuer betätigen kann.

Der Arbeiter mit dem Henkelmann an der Hand, von dem ich mit gymnasialer Voreingenommenheit immer Abstand halte, auch weil er so verhärtet und immer verbittert aussieht, flüstert etwas aus dem Mundwinkel heraus. Jetzt summt er leise: „Freiheit, die ich meine ...“

Da wächst der Jude, macht keinen Buckel mehr, stößt mit dem Hut fast gegen die Notbremse. Er klappt das Revers um: „GESTAPO! MITKOMMEN!“ Ich sah den Arbeiter nie wieder.

Nachdenklich lehne ich den Kopf zurück und atme tief durch. Soll ich zufrieden oder gar glücklich sein? Ich habe nur die Stellung verloren. Bin plötzlich nicht mehr verfassungstreu, weil ich lautstark Freiheit fordere. Freiheit für das Grundgesetz!

Der Arbeiter in der Straßenbahn riskierte mit seinem Flüstern den Kopf. NOCH darf ICH rufen!

Diese Skizze schrieb der Arbeiterschriftsteller Hans-Dieter Hesse aus Recklinghausen im Juli 1975.

Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft

Lehren aus der Kommune

Ulrich Huar hat in seinem „Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus“ (RF April 2002) am Beispiel der Pariser Kommune wesentliche Komponenten der marxistischen Staatstheorie in Auseinandersetzung mit Entstellungen und Verfälschungen vorgestellt: Diktatur des Proletariats, demokratischer Zentralismus und Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates. (Vgl. auch: Zur Phrase vom „Volksstaat“ – RF/Juni 2002) Völlig einverstanden.

In einem weiteren diesbezüglichen Diskurs „Staat von neuem Typus“ (RF Mai 2002) führt Huar ein anderes Merkmal der Marxschen Auswertung ein, das auch nach der Niederlage des realen Sozialismus Fingerzeige für ein künftiges sozialistisches Staatswesen gibt. Marx erkannte: „Die Kommune – das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht ..., das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst ... (MEW 17/543). Damit wurde ein welthistorischer Wendepunkt in den Beziehungen zwischen dem Staat und der Gesellschaft markiert, der später in der Leninschen Positionierung kulminierte. Und dies zeugt vom wirklichen Marxismus-Leninismus. Ohne hier auf die Staatsfrage im realen Sozialismus detailliert eingehen zu können, einige generelle Überlegungen.

In Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution betrachtet Lenin den sozialistischen Staat im allgemeinen und den im Werden begriffenen Sowjetstaat im besonderen als einen „Übergangsstaat“, als keinen Staat im eigentlichen Sinne mehr. Die Revolutionäre müssen die „bürokratisch-militärische Staatsmaschine“ zerschlagen „und an ihre Stelle die ‚Kommune‘, den neuen ‚Halbstaat‘, setzen“. (Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1960, S. 70) Diese Auffassung beruft sich auf Engels, daß der erste Arbeiterstaat der Weltgeschichte, die Pariser Kommune, „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“. (MEW 34/128) Sie ist ausführlich in Staat und Revolution dargelegt. (LW 25/393-507) Danach sind der sozialistische Staat und die Ausbeuterstaaten qualitativ verschieden. Insbesondere den kapitalistischen Staat bestimmt Lenin so: „Im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch die Minderheit. (...) Beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber das ist bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Ausbeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Maschine zur Unterdrückung, ein Staat ist noch notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangsstaat,

kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist (...) vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer besonderen Maschine zur Unterdrückung zu schwinden beginnt.“ (LW 25/477)

In dieser Sicht ist der sozialistische Staat seit seinem Bestehen ein Sonderfall des Staates als historische Kategorie; er ist die „Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nicht-Staat)“. (ebenda S. 445) „Der bürgerliche Staat ‚stirbt‘ nach Engels nicht ‚ab‘, sondern er wird in der Revolution vom Proletariat ‚aufgehoben‘. Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.“ (ebenda S. 409) Der sozialistische Staat ist insofern „Halbstaat“.

Ein methodologisches Axiom des Marxismus-Leninismus ist: Es gilt immer, den dialektischen Zusammenhang zwischen den erkannten Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens und dem objektiven Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen historischen Augenblick zu beachten. Das gilt auch für die Idee vom „Halbstaat“. Vor der Oktoberrevolution ließ sich Lenin hinsichtlich der Frage der besonderen Repressionsgewalt und ihrer Ersetzung durch die Bevölkerung unmittelbar von den Erfahrungen der Pariser Kommune leiten. Er definierte den Staat der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus dahingehend, daß nicht besondere Organe die Angelegenheiten des Staates führen werden, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft; und zwar durch Verschmelzung von Polizei, Armee und Verwaltung mit dem bewaffneten Volk zu einer Einheit, die die militärischen und staatlichen Funktionen in sich vereinigt, durch unmittelbare Demokratie mittels direkter Volksgesetzgebung usw. Der Aufhebung der Repressionsgewalt durch die gesamte staatlich organisierte Bevölkerung maß Lenin in Staat und Revolution wesentliche Bedeutung bei. (ebenda S. 432, 419, 477) Er verband damit im Sinne von Marx und Engels die Hoffnung, daß der „proletarische Staat sofort nach seinem Sieg beginnen wird, abzusterben“. (419)

Es zeigte sich jedoch, dass es unter den Bedingungen von Intervention und Bürgerkrieg und der einsetzenden kapitalistischen Umkreisung nicht möglich war, den sozialistischen Staat nach dem Beispiel der Pariser Kommune ohne stehendes Heer, ohne ein System spezieller Organe zum Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung aufzubauen. Deshalb konnte die Frage des Absterbens des sozialistischen Staates in organisatorischer Hinsicht noch nicht stehen, obwohl bereits Entwicklungskeime seines Absterbens im sozial-politischen Bereich mit dem Moment seiner Entstehung wirksam wurden.

Bereits vor Errichtung des Sowjetstaates erkennt Lenin, daß die siegreiche Arbeiterklasse zunächst nicht ohne einen besonderen Apparat des Zwanges und der Verwaltung auskommen kann. (LW 24/71) Er konkretisiert dies in Staat und Revo-

lution zunächst aus Sicht einer historisch kurzen Zeit. Mit dem Aufbau des sozialistischen Staates konzentriert er sich auf die Formierung eines besonderen sozialistischen Staatsapparates. Das noch nicht mögliche organisatorische Absterben des sozialistischen Staates wird mit einer größeren, allgemeineren Frage – der nach der Rolle dieses Staates beim Aufbau des Sozialismus – verbunden. Diese Korrektur der Erfahrungen der Pariser Kommune war keine Aufgabe der Lehre vom „Halbstaat“. Solche Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne wie die Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates und die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit der Bevölkerung sowie der Übergangscharakter dieses Staates zur staatenlosen Organisation der Gesellschaft werden aufrechterhalten. Und was wesentlich ist: In dieser Konzeption ist zugleich der Gedanke enthalten, daß sich dieser Staat durch seine Evolution der Gesellschaft immer mehr nähert. Ein solcher Vergesellschaftungsprozeß sollte in historischer Perspektive zu einer völligen Verschmelzung von Staat und Gesellschaft als kommunistische Selbstverwaltung führen.

Da die Sowjetunion in der ersten Phase ihrer Existenz ein Schwellenland blieb, konnte der Sowjetstaat als Diktatur des Proletariats über lange Zeit nur die Diktatur der Partei (Erziehungsdiktatur) sein, um den Formationswechsel zu vollziehen. Unter den Bedingungen der ökonomischen und politischen Unreife war damit die Entstehung eines bürokratischen Staatsapparates angelegt. Spätere Herrschaftsstrukturen und –methoden führten zur Verkrustung und Verarmung der marxistischen Staatstheorie sowie zur Deformation und Negierung des „Halbstaates“ in Theorie und Praxis. Es ist deshalb kein Zufall, daß dieser Begriff nicht nur ein Schattendasein führte, sondern sogar abgelehnt wurde. Dadurch war auch der Weg verbaut, tiefere Einsichten in die Dialektik von Festigung und Absterben eines sozialistischen Staatswesens zu erlangen – ganz abgesehen vom (tatsächlichen, möglichen und notwendigen) Maß sozialistischer Demokratiegestaltung als Hauptweg einer immer stärkeren Annäherung des Staates an die Gesellschaft. Nichtsdestotrotz: Zu den positiven Erfahrungen in der DDR gehört auch das Bestreben, zur Vergesellschaftung des Staates Ansätze nichtspezifischer staatlicher Art – z. B. in Form gesellschaftlicher Gerichte (Schieds- und Konfliktkommissionen) – effektiv erprobt zu haben. Dieser positive Erfahrungsschatz wird sicherlich in eine sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft eingehen.

Ein künftiges sozialistisches Staatswesen wird also bereits mit dem Moment seiner Entstehung durch seine Annäherung an die Gesellschaft, durch seine Vergesellschaftung im sozial-politischen Bereich abzusterben beginnen, und zwar durch die Gestaltung einer solchen sozialistischen Demokratie als neuer Demokratietyp, der als Demokratie für das Volk zugleich dessen Herrschaft durch den sozialistischen Staat realisiert.

Prof. Dr. sc. Ingo Wagner, Leipzig

Nachträglich herzlichen Glückwunsch zur Diamantenen Hochzeit
den Genossen **Elisabeth und Heinz Deymann** aus Nordhorn! Seit Jahren begleiten sie den „RotFuchs“ als treue Leser. Unter ihrer aktiven Mitwirkung hat sich „DIE ROTE SPINDEL“ zu einer der bestgemachten Kleinzeitschriften der DKP entwickelt. ★★★★★★★★★★

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (46)

Verzicht auf bürgerliche Spezialisten?

Nur wenige Tage vor der Oktoberrevolution wandte sich Lenin erneut der Frage nach der Übernahme von Apparaten des alten bürgerlichen Staates zu. Es gebe neben dem Repressivapparat, dem „unterdrückenden“ Teil der Staatsmaschine, der natürlich zerbrochen werden müsse, im modernen Staat noch „einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet ... Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden“. (LW 26/89) Er sei den Kapitalisten zu entreißen und in den Dienst der Arbeiterklasse, „auf eine breitere, umfassendere Grundlage“ zu stellen. Man müsse sich „auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften“ stützen. Die proletarische Revolution könne ihr Ziel nur erreichen, wenn sie das tue. Besonders hob Lenin die Rolle der Großbanken hervor. „Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen.“ Sie seien „jener ‚Staatsapparat‘, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen Apparat kapitalistisch verunstaltet, ihn noch größer, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen. Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehnteln ein sozialistischer Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche Buchführung, eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft“. (LW 26/89 f.) Die Beschlagnahme des Eigentums der Kapitalisten sei nicht einmal der „Kernpunkt“ der Sache. Mit ihr allein sei es nicht getan, denn sie enthalte noch kein Element der Organisation, der Rechnungsführung, der Kontrolle. Lenin ging noch einen Schritt weiter: „Die Konfiskation können wir leicht durch die Erhebung einer gerechten Steuer ersetzen ... wichtig ist nur, daß es unmög-



lich gemacht wird, sich der Rechnungslegung auf irgendeine Weise zu entziehen.“ (ebenda S. 91) Um reformistischen Entstellungen vorzubeugen: Dieser Satz, den Lenin unmittelbar vor der Revolution geschrieben hat, ist nicht als ein Verzicht auf Enteignung der Kapitalisten zu verstehen. Der Führer der Bolschewiki legte zu diesem Zeitpunkt den Schwerpunkt auf die Schaffung eines wirtschaftsleitenden Apparats, auf Organisation und Kontrolle der Volkswirtschaft. Dies war angesichts der Tatsache, daß Krieg und Mißwirtschaft ein Chaos des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses verursacht hatten, von ausschlaggebender Bedeutung. Die Zwangssyndikalisierung zu Verbänden unter Kontrolle des Staates habe der Kapitalismus vorbereitet, der Junkerstaat in Deutschland verwirklicht. Dies würden in Rußland die Sowjets, die Diktatur des Proletariats vollaufen, „verwirklichen können und ... uns einen sowohl universellen als auch ganz neuen und unbürokratischen ‚Staatsapparat‘ bringen ...“ (ebenda) Die Erfahrungen der ersten Jahre der Sowjetmacht sollten zeigen, daß es mit dessen Aufbau und der Organisierung eines „unbürokratischen Staatsapparates“ nicht ganz so einfach war. Trotz unbestreitbarer Erfolge konnten Erscheinungen des Bürokratismus in den sozialistischen Staaten Europas bis zum Schluß nicht überwunden werden. Im Vergleich mit dem heutigen Staatswesen in der BRD allerdings waren die sozialistischen Apparate extrem demokratisch. Solche bürokratischen Auswüchse, wie sie DDR-Bürger inzwischen erleben, haben sie vor 1989 nicht gekannt.

auch politisch, unter der Voraussetzung der Kontrolle und Aufsicht der Sowjets.“ (LW 26/90)

Zentralismus und Planung, für die sich Lenin mehrfach aussprach, erforderten Fachkräfte, Spezialisten. Unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen werde das Proletariat Volkswirtschaftler, Statistiker, Techniker an die Ausarbeitung und Prüfung eines Planes setzen, um durch Zentralisation Arbeit zu sparen (die Arbeitsproduktivität zu heben, wie Lenin später formulierte). „Dafür werden wir diese Spezialisten gut bezahlen, aber ihnen nichts zu essen geben, wenn sie nicht gewissenhaft im Interesse der Werktätigen arbeiten.“ (LW 26/102) Anfang 1918, kurz nach dem Sieg der Oktoberrevolution, betonte Lenin, daß ohne die Anleitung durch Spezialisten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik und der Praxis der Übergang zum Sozialismus unmöglich ist. Aber die Masse dieser Fachleute sei unvermeidlich bürgerlich. Den Ausweg aus dieser widersprüchlichen Lage sah Lenin in dem „alten bürgerlichen Mittel“, nämlich „einer sehr hohen Bezahlung der ‚Dienste‘ der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten“. Solch eine Maßnahme sei natürlich ein Kompromiß, „eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ...“, aber unvermeidlich. (LW 27/239)

Der Führer des jungen Sowjetstaates verkannte nicht, daß ein solcher Kompromiß auch gefährlich war. „Unbestreitbar ist die demoralisierende Wirkung hoher Gehälter sowohl auf die Sowjetmacht (um so mehr, als bei der Schnelligkeit des Umsturzes unvermeidlich eine gewisse Anzahl von Abenteurern und Gaunern sich dieser Macht anschloß, die zusammen mit unfähigen oder gewissenlosen Menschen unter den verschiedenen Kommissaren nichts dagegen hätten, unter die ‚Sterne‘ ... der Staatskassenplünderer zu geraten) als auch auf die Arbeitermassen.“ (ebenda 240 f.)

Mögen diese Probleme im einzelnen nach einer künftigen Revolution anders gelagert sein – um die Frage der wissenschaftlichen Intelligenz, die Gewinnung der sozial als auch zahlenmäßig nicht unbedeutenden Schicht von Technikern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, Ökonomen, Computerfachleuten usw. kommt keine revolutionäre Partei herum. Ein Blick in die heutige kapitalistische Gesellschaft, in der die Korruption schon eine Art von „Gesetzmäßigkeit“ zu sein scheint, genügt, um zu wissen, daß es nach einer siegreichen Revolution genügend karrieristische Gauner geben wird, die sich der neuen sozialistischen Staatsmacht – gut bezahlt, versteht sich – anschließen werden, um bei den ersten Rückschlägen die Parteibücher in die Müllcontainer zu werfen. Gerade deshalb muß eine der Lehren aus der Niederlage von 1989/90 lauten, das Fachwissen solcher Kräfte zu nutzen, die Partei selbst aber von Karrieristen maximal freizuhalten. **Ulrich Huar**

LESEEMPFEHLUNG:
Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? (LW 26/88-94), Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. (LW 27/238-243)



Im Zusammenhang mit Übernahme und Umwandlung der wirtschaftsleitenden Apparate des alten Staates stand zugleich die Frage nach der Rolle der Angestellten. Mit einigen tausend Parteimitgliedern, die in ihrer Mehrheit keinerlei Leitungserfahrung besaßen, ließen sich die alten Apparate nicht übernehmen und in sozialistische umwandeln. Lenin unterschied zwischen hohen, den Kapitalisten nahestehenden Beamten und den Angestellten der Banken. Diese hatten ohnehin die Arbeit zu leisten und verfügten über Verwaltungserfahrungen. Sie konnte und mußte man gewinnen; nur mit ihrer Hilfe war es möglich, eine sozialistische Verwaltung aufzubauen. „Die ‚Verstaatlichung‘ der Masse der Bank-, Syndikats-, Handels- usw. Angestellten ist völlig durchführbar sowohl technisch (dank der vom Kapitalismus und Finanzkapitalismus für uns geleisteten Vorarbeit) als

Die Taiwan-Frage und das Ein-China-Prinzip

Ein inneres Problem

Nach der Wiedereingliederung von Hongkong und Macao in den Staatsverband der VR China ist Taiwan das einzige noch abgetrennte Territorium. Die größte chinesische Insel mißt 36 000 km² und hat 22,2 Millionen Einwohner (2000). Es handelt sich hier um ein kompliziertes Problem, einen Schnittpunkt innerer und äußerer Konflikte. Es besteht aus dem rein innerchinesischen Aspekt der Weiterexistenz von Teilen der mit der erfolgreichen chinesischen Revolution gestürzten volksfeindlichen Kräfte in einem kleinen Gebiet Chinas und ist gleichzeitig die wichtigste und empfindlichste Frage in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Die USA betrachten Taiwan als einen Punkt, über den sie ihre Versuche, Druck auf China auszuüben, am ehesten realisieren können. Für die Länder im asiatisch-pazifischen Raum steht die Situation in der Taiwan-Straße nicht zuletzt deshalb in engem Zusammenhang mit der Stabilität in der gesamten Region.

Taiwan gehört von alters her zu China. Die Besiedlung vom Festland begann im 3. Jahrhundert. Im 17. Jahrhundert errichtete die Qing-Dynastie ihre Verwaltungsstruktur auf der Insel. Zuvor hatten die Kolonialmächte Portugal, Spanien und Holland Teile von ihr besetzt. Sie wurden Ende des 17. Jahrhunderts von chinesischen Truppen vertrieben. 1886 erhielt Taiwan den Status einer Provinz des chinesischen Kaiserreiches. Nach der Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1894/95 wurde China im Vertrag von Shimonoseki gezwungen, Taiwan an Japan abzutreten. Die Kriegserklärung Chinas an Japan, die der umfassenden Aggression Japans gegen China 1937 folgte, enthielt auch die Kündigung aller Verträge zwischen China und Japan, einschließlich des Vertrages von Shimonoseki. Das Vertragswerk, das Ende des II. Weltkrieges entstand, beinhaltete auch die Rückgabe Taiwans an China.

Die heute existierende Taiwan-Frage entstand nach 1945. Die Tschiang Kai Schek-Truppen entfachten, allseitig unterstützt von den USA, einen Bürgerkrieg, in dem sie schließlich unterlagen. In einem Schreiben von Außenminister Acheson an Präsident Truman von 1949 heißt es: „Es ist eine unglückliche, aber unentrinnbare Tatsache, daß sich das verhängnisvolle Resultat des Bürgerkrieges in China der Kontrolle der USA-Regierung entzogen hat. ... Nichts, was unser Land unterlassen hat, hat dazu beigetragen. Es war das Produkt interner chinesischer Kräfte, die unser Land zu beeinflussen suchte, ohne es jedoch zu können.“

Nach dem Sturz der Guomindang-Regierung von Nanjing floh Tschiang Kai Schek mit einem Teil seiner Truppen und seiner Regierung nach Taiwan. Er setzte sich dort fest und firmierte weiter unter dem Namen „Republik China“, die jedoch staats- und völkerrechtlich nach der Gründung der Volksrepublik China am 1. 10. 1949 nicht mehr existierte. Die USA betrieben eine Politik der Isolierung der VR China und der Unterstützung des Tschiang Kai Schek-Regimes. Nach dem Ausbruch des Koreakrieges erklärte USA-Präsident Truman am 27. 6.

1950: „Ich habe der 7. Flotte befohlen, jeglichen Angriff auf Taiwan zu verhindern.“ Die 7. Flotte wurde in der Taiwan-Straße, Luftstreitkräfte wurden auf Taiwan stationiert. 1954 schlossen die USA mit den Behörden von Taiwan einen „Vertrag über gemeinsame Verteidigung“. Damit wurde die chinesische Provinz Taiwan unter den „Schutz“ der USA gestellt. Ein Akt eklatanter Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Obwohl bereits ab 1955 Gespräche zwischen den USA und der VR China auf Botschafterebene stattfanden, begannen die USA erst Ende der 60er Jahre, angesichts der Entwicklung der VR China und der Veränderung der internationalen Lage, ihre China-Politik anzupassen. Im Oktober 1971 beschloß die UNO, die legitimen Rechte der VR China herzustellen und die Behörden Taiwans aus der UNO zu entfernen.

In langwierigen Verhandlungen wurden zwischen den USA und der VR China drei Kommuniqués vereinbart, die die Grundprinzipien der bilateralen Beziehungen fixieren und deren Einhaltung von China ständig eingefordert werden muß.

1. Das Shanghaier Kommuniqué von 1972. Dort heißt es: „Die USA sind zu der Einsicht gekommen, daß alle Chinesen beiderseits der Taiwan-Straße der Auffassung sind, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Bestandteil Chinas ist“.
2. Im gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA von 1978 heißt es: „Die Vereinigten Staaten von Amerika erkennen die Regierung der Volksrepublik China als die einzig legitime Regierung Chinas an.“ Die USA stimmten zu, die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan abzuberechen, den „Vertrag über gemeinsame Verteidigung“ mit den Behörden Taiwans zu annullieren und die Truppen aus Taiwan abzuziehen.
3. Das „Kommuniqué vom 17. August“ (1982) beschäftigte sich mit den Rüstungslieferungen der USA an Taiwan. Es heißt dort: die USA „sind bereit, ihren Waffenverkauf an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einiger Zeit eine endgültige Einstellung herbeizuführen“.

Die VR China betrachtet die Lösung der Taiwan-Frage als innere Frage. Die grundlegende Richtlinie besteht darin: Friedliche Wiedervereinigung, ein Land, zwei Systeme (wie im Falle Hongkong erfolgreich praktiziert). Diese Orientierung wurde bereits 1979 durch den Nationalen Volkskongreß der VR China verkündet und basierte auf der Tatsache, daß auch die Behörden von Taiwan zu jener Zeit die Position vertraten, es gibt nur ein China, Taiwan ist Bestandteil Chinas. Bei der Umsetzung der friedlichen Lösung hat China stets deutlich gemacht, daß es keine Verpflichtung eingeht, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Diese wäre aber nicht gegen die Landsleute auf Taiwan gerichtet, sondern gegen Versuche, eine „Unabhängigkeit“ Taiwans zu betreiben sowie gegen eine Intervention

fremder Mächte gegen die Einigung Chinas. Der Versuch, Taiwan von China abzutrennen würde die Grundlage für die friedliche Vereinigung zerstören.

Es haben sich zahlreiche Kanäle für Kontakte zwischen beiden Seiten entwickelt, insbesondere die „Gesellschaft für Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße“ (Festland) und die „Stiftung zum Austausch über die Taiwan-Straße“ (Taiwan). Diese Organisationen haben auf der Grundlage des Ein-China-Prinzips eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, z. B. über den Schutz von legitimen Rechten und Interessen der Landsleute beider Seiten. Im Rahmen der Politik „ein Land – zwei Systeme“ kann nach der Vereinigung das derzeitige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Taiwans für lange Zeit weiterbestehen. Taiwan wird eine Sonderverwaltungszone mit eigener Administration und Gesetzgebung. Sie wird ihre parteilichen, administrativen, militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten selbst regeln sowie bestimmte Befugnisse in auswärtigen Angelegenheiten haben.

Die direkten Kontakte zwischen den Bewohnern Taiwans und dem Festland haben sich in den letzten zehn Jahren spürbar intensiviert. Jährlich besuchen ca. 3 Millionen Einwohner Taiwans das Festland. Das Handelsvolumen erreichte 30 Mrd. US-Dollar im Jahr. Geschäftsleute aus Taiwan investierten auf dem Festland 140 Mrd. Dollar. Telefonverbindungen gibt es, See- und Luftverbindungen fehlen aber, das verursacht große zusätzliche Kosten für die Reisenden aus Taiwan. Aber die Behörden Taiwans halten an ihrer Politik der „Drei Nein“ (kein direkter Handel, Postverkehr, Luft- und Seeverkehr) fest.

Anfang der 90er Jahre begannen die Führer der Taiwan-Behörden von dem Ein-China-Prinzip abzurücken. Der damalige „Präsident“ Lee Teng-hui redete einer „Unabhängigkeit“ Taiwans das Wort. In einem Buch, das 1999 erschien, forderte er sogar die Teilung Chinas in 7 Zonen, die jeweils „volle Souveränität“ haben sollten. Damit wird seine politische Zielstellung und die seiner Hintermänner (1995 hatte er „privat“ die USA besucht) schon sehr deutlich. Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 erlitt die Guomindang eine Niederlage und die Democratic Progressive Party stellt seitdem mit Chen Shui-bian den „Präsidenten“. Diese Administration führt die Politik der Lostrennung fort. Nach dem Amtsantritt von Bush haben die USA wichtige Prinzipien der empfindlichen 3 Kommuniqués beschädigt. Bush nannte China und Taiwan zwei Länder (auch wenn das von US-Offiziellen als „Versprecher“ bezeichnet wurde), die Regelungen für Waffenlieferungen und Aufenthalte von Vertretern der Behörden Taiwans wurden gelockert. All das führte zu scharfen Reaktionen der VR China. Die komplizierteste Frage ist wohl die Absicht der USA, Taiwan in das geplante Raketenabwehrsystem einzubeziehen. Der Kampf um das „Ein-China-Prinzip“ befindet sich in einer komplizierten Phase, doch die Bush-Administration muß abschätzen, welche Belastungen sie sich selbst zumuten kann.

Rolf Berthold

Russische Wissenschaftler für Vereinigte Linke Front

Aktionseinheit

Die zwischenparteiliche Gruppe von Wissenschaftlern-Marxisten „Befreiung der Arbeit“ hat eine Erklärung beschlossen, in der unter Berücksichtigung der gesellschaftlich-politischen Situation in Rußland, der Offensive des herrschenden Regimes auf die Lage und die Rechte der Werktätigen, auf die kommunistische und volks-patriotische Opposition vorgeschlagen wird, die Vereinigte Linke Front zu schaffen. Einer der Hauptfaktoren, die die Offensive der rechten und rechtszentristischen Kräfte fördern, ist die Schwäche und Ineffektivität des Handelns der kommunistischen und volks-patriotischen Opposition. In ihr wird die ideologisch-theoretische und organisatorische Getrenntheit bewahrt. Sie wächst sogar an. In der linken Opposition ist eine Unbeständigkeit der Taktik festzustellen, wobei man sich vorzugsweise auf die Nutzung parlamentarischer Formen des politischen Kampfes orientiert. Die begrenzten Möglichkeiten dieser Formen anerkennend, halten wir die aktive Teilnahme der Opposition an den 2003 und 2004 bevorstehenden Duma- und Präsidentschaftswahlen für notwendig. Bei Wahrung der Tendenzen, die sich herausgebildet haben, werden sie unter Bedingungen durchgeführt, die für die linke Opposition äußerst ungünstig sind. Zum Hauptziel ihrer Teilnahme an der Wahlkampagne müssen die Wiederherstellung des Vertrauens der Mehrheit der Bevölkerung Rußlands zu den linkspatriotischen Kräften, die Aktivierung und Organisierung der Massenprotestbewegung, die Stärkung der Einheit der linken Opposition und ihre organische Verbindung mit den breiten Massen der Werktätigen werden.

Grundlage der neuen Strategie im bevorstehenden Kampf bilden zwei Hauptmomente. Das erste davon ist die Schaffung eines breiten Wahlblocks, der das Spektrum der linken, sozialistisch orientierten volks-patriotischen Kräfte maximal vereinigt. Dieser Block könnte die Bezeichnung Linke Front erhalten. Der Linken Front könnten angehören: KP der Russischen Föderation, Russische Kommunistische Arbeiterpartei-RKP, RKP-KPdSU, KPS, „Trudowaja Rossija“, Kompartei Linkes Rußland, die Bewegung „Rossija“, die „Alternativen“, die sozialdemokratischen Parteien linker Orientierung, die Bewegung zur Unterstützung der Armee, die Bewegung für den Schutz der Wissenschaft, andere gesellschaftliche Organisationen, die zur Volks-Patriotischen Union Rußlands (VPUR) gehören usw. Viele Parteien haben sich bereits für die Schaffung eines solchen Blockes ausgesprochen. Die Beschlüsse des letzten

Plenums des ZK der KPRF sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Einheit der linken Kräfte erhöht wesentlich das Niveau ihrer Unterstützung durch das Volk Rußlands.

Wir rufen die Führer und Teilnehmer aller Parteien und Bewegungen linker Orientierung auf, in vollem Maße die Notwendigkeit der Konsolidierung der linken Kräfte zu erkennen und die Initiative zu einer solchen Konsolidierung zu bekunden, ein Maximum an Takt und Feingefühl in bezug auf kleine Parteien und Bewegungen zu zeigen. Zur konsolidierenden Grundlage der Linken Front müssen die Gemeinsamkeit der strategischen Ziele und der Auffassung von den nächsten Aufgaben werden. Es geht um die Wiedergeburt Rußlands als starker sozialistischer Macht, die fähig ist, ein würdiges Leben, die allseitige physische, intellektuelle, kulturelle und geistig-moralische Entwicklung jedes Bürgers zu garantieren. Nächstes Ziel der Linken Front ist die Entfernung der Oligarchen von der Macht, auch der Großbourgeoisie und der kriminellen Kompradorenbourgeoisie. Sie schafft die Grundlage für einen weiteren Umschwung im sozialökonomischen und politischen Kurs des Landes auf dem Weg der sozialistischen Wiedergeburt. Notwendig ist es, den Akzent auf die sozialistische Orientierung der Linken Front zu legen. Nur sie macht den qualitativen Unterschied zu anderen politischen Kräften eindeutig aus.

Die politische Massenkampagne als zweite qualitativ neue Richtung in der Strategie der linken Kräfte muß auf eine nicht große Zahl von Schlüsselforderungen – eine Art Minimalprogramm – konzentriert werden. Ihre Realisierung würde es gestatten, die erstrangigen sozialen Probleme des gegenwärtigen Rußlands zu lösen: die Armut zu beseitigen, das Niveau der Mindestlöhne und -renten auf das reale Überlebensminimum zu heben, eine normale Entwicklung der russischen Wissenschaft und Kultur zu garantieren und die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu stärken. Die Durchsetzung dieser Forderungen ist nur im Falle des Sieges der linken Kräfte möglich.

Die Konzentration auf praktisches Handeln schließt keineswegs die Notwendigkeit von Diskussionen zu Fragen der Theorie und Taktik des politischen Kampfes aus. Sie sollten unbedingt im Geiste der Kameradschaft und des Strebens vor sich gehen, alternative Standpunkte zu verstehen.

Wir wenden uns an die Führer aller Parteien und Bewegungen kommunistischer und sozialistischer Orientierung, an alle volks-patriotischen Kräfte mit dem Vorschlag, eine Beratung („Runder Tisch“) über die Formierung der Linken Front durchzuführen. Wir schlagen vor, daß die Organisierung einer solchen Beratung die KPRF auf sich nehmen könnte.

Die Erklärung ist von den Teilnehmern der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ unterzeichnet: W. Akimow, W. Burdjugow, T. Gudima, I. Gundarow, F. Klozwog, R. Kossolapow, S. Nowikow, A. Prigarin, A. Schendrik, V. Schmakow

Aus: „Prawda“ (2.-3. Juli 2002)
Übersetzung: Eberhard Bock

Neue „Iskra“ erschienen

In Moskau wird eine neue Publikation unter dem traditionsreichen Namen „Iskra“ herausgegeben. Es handelt sich um das Analytische Informations-Bulletin der Volks-Patriotischen Union Rußlands (VPUR). In der VPUR – einer breiten Front unterschiedlicher Kräfte – sind die Patrioten vereinigt, die sich für die Überwindung der derzeitigen Misere und die Wiedergeburt Rußlands als mächtiger sozialistischer Staat einsetzen. **R. F.**



„Herrschaften, die Zahl der Arbeitslosen in Rußland hat sich in diesem Jahr schon um 700 000 verringert.“
Aus „Sowjetskaja Rossija“: Putin auf dem Friedhof

Von Begin zu Sharon – Israels Kriege gegen die Palästinenser

Zionistische Aggressoren

„In Hitlers Fußstapfen“ – unter diesem Titel brachte das ND vor genau 20 Jahren, am 16. August 1982, einen TASS-Kommentar von Boris Schabajew: „In diesem Land ist kein Platz für beide Völker. Die einzige Lösung ist ein Palästina ohne Araber“, zitierte der sowjetische Journalist eine Grundlinie der Politik des seinerzeitigen israelischen Regierungschefs Menachem Begin. Wenn dieser von der Eroberung der fruchtbaren Niederungen Libanons und Syriens, den wasserreichen Gebieten an Euphrat und Tigris, Irans Erdöl und dergleichen rede, gebe es eine bedrohliche Nähe zur „Lebensraum-Theorie“, die den faschistischen Raubkrieg begleitet habe, meinte Schabajew. Im August 1982 war die von Ariel Sharon, dem General und Verteidigungsminister Begins, geführte Armee Israels bis Beirut vorgezogen und verheerte die Hauptstadt Libanons, vor allem aber die dortigen Lager palästinensischer Flüchtlinge. Tyr, Saida und andere libanesische Städte lagen bereits in Schutt und Asche, Tausende Zivilisten waren von israelischen Kugeln, Bomben und Raketen getötet, unzählige verwundet, Hunderte Freiheitskämpfer in das Wüsten-KZ Ansar verschleppt worden.

Ebenfalls Mitte August 1982 trug sich folgendes zu: Der israelische Molekularbiologe Shlomo Shmelzmann, als Kind von den Nazis aus dem Warschauer Ghetto in das KZ Buchenwald verschleppt, begann in Jerusalem einen Hungerstreik aus Protest gegen die Aggression in Libanon. „Während meiner Kindheit habe ich Angst, Hunger und Erniedrigung durch die Nazis erdulden müssen“, erklärte er. „Heute, als Bürger Israels, kann ich auf keinen Fall die systematische Zerstörung ganzer Städte, Dörfer und Flüchtlingslager gutheißen ... Ich höre Begin die Palästinenser ‚zweibeiniges Ungeziefer‘ nennen und erinnere mich an Ausdrücke wie ‚Untermenschen‘ ... Es gibt allzu viele Dinge, die Kindheitserlebnisse in mir wachrufen. Als ich, 10jährig, aus Buchenwald befreit wurde, konnten wir, meine Leidensgenossen und ich, uns nicht vorstellen, daß Juden solch schreckliches Leid, wie es heute geschieht, anderen antun könnten.“

Einen Monat später, am 15. September 1982, marschierte die zionistische Armee in Westbeirut ein und riegelte die großen Flüchtlingslager Sabra und Schatila ab. An den folgenden drei Tagen wurden dort zwischen drei- und viertausend Menschen grausam ermordet. Die Täter waren libanesische Agenten Israels, Angehörige von falangistischen Faschisten-Milizen und israelische Sondereinheiten. Sie alle unterstanden dem Kommando von Ariel Sharon.

Seither wird dieser Mann auch der Schlächter von Beirut genannt. Wenn er nun, 20 Jahre später, als Israels Ministerpräsident die neue Aggression gegen das palästinensische Volk ausgelöst hat und anführt, so versteht es sich geradezu von selbst, daß sich seine Sprache von der Begins so wenig unterscheidet wie es die Ziele und Methoden des Feldzugs tun: „Groß-Israel“, völlige Unterwerfung und Vertreibung der Palästinenser.

Gleiche Brüder, gleiche Kapfen. Im politischen Lager der israelischen Rechten, der zionistischen Chauvinisten hat sich nichts geändert. Entscheidendes tat sich dagegen im internationalen Kräfteverhältnis: Kommentare der TASS wie den Genannten, die sowjetische Nachrichtenagentur selbst und die UdSSR gibt es seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Kein sozialistisches Lager kann der palästinensischen Befreiungsbewegung wie 1982 materielle, moralische und politische Unterstützung geben.

Überdies hat sich die Konterrevolution auch ideologisch auf die internationale Solidarität in anderen Ländern und vor allem in der BRD ausgewirkt. Positionen, die vor 20 Jahren in Westdeutschland von breiten linken Bündnissen getragen wurden, sind im Trommelfeuer der imperialistischen Propaganda und der psychologischen Kriegführung zusammengebrochen.

Als Begin im Sommer 82 an „My dear Ron“ (Reagan) schrieb, er fühle sich nach der Besetzung Beiruts „als Oberkommandierender einer heldenhaften Armee, die das ‚neue Berlin‘ erstürmt, in dem sich Hitler und seine Handlanger verstecken“, wurde das nicht nur von Kommunisten und Antiimperialisten, sondern auch von Grünen und bürgerlichen Demokraten in der BRD als Beispiel eines unglaublichen Zynismus verurteilt. Heute dagegen wird in einem wirklichen ideologischen Amoklauf der Antifaschismus zur Rechtfertigung der zionistischen Besatzungspolitik und ihrer faschistoiden Methoden mißbraucht. Sicher, mancher von denen, die einst Aufrufe unterzeichneten, in denen Begin und Sharon mit Hitler verglichen wurden, sind nun in Amt und Würden. Andere haben schlicht Angst, als Antisemiten gebrandmarkt zu werden. Denn da sind auch noch jene, die nun für den Zionismus trommeln, israelische Fahnen schwenken, sogar Antifaschisten angreifen, die Palästinensertücher tragen. Einige von denen, die behaupten, Antizionismus sei Antisemitismus und deshalb Verteidiger der Palästinenser verunglimpfen, erklären obendrein von sich, die

„wahren Linken“ zu sein. Es gibt Anhaltspunkte genug, daß hinter einem Teil dieser Kräfte israelische und andere Dienste stehen.

Ein Hauptgrund dafür, daß auch junge Menschen mit Haß auf den Faschismus und ein altes wie neues Großdeutschland auf solche Rattenfänger hereinfallen, ist zweifellos die riesige politische und ideologische Verwirrung, die durch die Zerschlagung des Sozialismus in Europa möglich wurde. In diesem geistigen Trümmerfeld gelingt es dem Gegner, „eine Räubermoral zu züchten und das Gefühl für die einfachsten menschlichen Werte abzutöten“, wie der jüdische deutsche Kommunist, Widerstandskämpfer und spätere VP-General Herbert Grünstein das in bezug auf den Nazi-Faschismus sagte. Man kann es heute auch auf die Verherrlicher des zionistischen Raubkriegs beziehen.

So gilt es, 20 Jahre nach Sabra und Schatila, vier Monate nach Djenin und angesichts der neuen Offensive Israels zur Vernichtung des palästinensischen Widerstandes klar und entschieden Solidarität mit den Kämpfern gegen die Okkupation, mit den Opfern der Aggression und deren tapferen Verbündeten in Israel selbst zu üben. Das aber heißt hierzulande offenbar auch, jenen entschlossen entgegenzutreten, die als „Linke“ getarnt und mit dem Antisemitismusvorwurf stets im Munde, diese Solidarität verhindern wollen. Wir bekämpfen jede Art von Antisemitismus gegen Juden als Kehrseite des Zionismus. **Werner Hoppe**

Wie sich Bush seine Super-STASI zulegte

Flächendeckende Ausspähung

Der USA-Kongreß hat auf Vorschlag Präsident Bushs die Schaffung eines Super-Ministeriums für Heimatschutz und Staatssicherheit mit 170 000 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von 38 Mrd. Dollar beschlossen. Es soll neben dem weiterbestehenden traditionellen Geheimdienst CIA und der Bundesuntersuchungsbehörde FBI seine Tätigkeit aufnehmen. So entsteht der modernste und größte Überwachungsapparat der Welt. Es ist damit zu rechnen, daß die Augen und Ohren der amerikanischen Super-STASI bald schon in europäische Wohnstuben und Schlafzimmer reichen werden. Daß es sich nicht in erster Linie um „Terrorbekämpfung“, sondern um flächendeckende Ausspähung in globalem Maßstab handeln wird, begreifen hierzulande immer mehr Menschen.

Doch wo ist der Aufschrei der selbsternannten Moralapostel, der Anti-STASListen, die nach der konterrevolutionären Wende vom Herbst 1989 ihren Lebensinhalt darin sahen, offizielle und inoffizielle Mitarbeiter eines legalen Staatorsorgans der DDR zu denunzieren, auszugrenzen, beruflich wie materiell zu strangulieren? Warum protestieren solche professionellen Tugendwächter der Bourgeoisie wie Joachim Gauck und Marianne Birthler nicht gegen den „faux pas“ in den eigenen Reihen?

Neues Forum, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Demokratischer Aufbruch und Demokratie Jetzt traten damals mit westlicher Geheimdienstunterstützung an, um angeblich den Sozialismus demokratischer zu machen. Sie forderten zunächst einen „Dialog“ mit der DDR-Staatsmacht. Wie Großinquisitor Gauck im Sep-

tember 1997 im SPIEGEL offen zugab, ging es jedoch von Anfang an nur um deren Beseitigung. Hierzu konzentrierten sie ihre Angriffe auf das MfS. Die Zerschlagung der marxistisch-leninistischen Partei überließ man Reformisten und Renegaten. Um die schärfste Waffe der sozialistischen Staatsmacht unwirksam zu machen, versuchten die kleinbürgerlichen Konterrevolutionäre – ungarische Erfahrungen vom Herbst 1956 zugrundelegend – den „Volkszorn“ gegen die DDR-Sicherheitsorgane zu organisieren. Der Sturm auf das MfS-Hauptquartier in der Berliner Normannenstraße bildete den Auftakt zu einem Konzert des Anti-STASlismus. Rache an den Verteidigern des Sozialismus zu nehmen, um sich selbst nach oben zu katapultieren, war die Parole. Doch die „Bürgerrechtler“ vom Herbst 1989, die nur den trüben Bodensatz der DDR-Gesellschaft gebildet hatten, wurden von den eigentlichen Machern schnell observiert. Für sie hielt man repräsentative Posten bereit, die Macht im Osten aber übernahmen andere. Als „Bündnis 90“ firmiert, erhielten die Anti-STASListen bei den ersten fremdbestimmten Wahlen in der DDR nur 3 % der Stimmen. Inzwischen sind sie aus allen Landtagen Ostdeutschlands verschwunden. Der große Treffer blieb den Konterrevolutionären der „ersten Stunde“ verwehrt.

Jetzt hätten sie allerdings eine neue Chance zur Profilierung. Sie könnten sich an der amerikanischen Supershow in Sachen flächendeckende Überwachung abarbeiten. Doch wer wendet sich schon gegen die eigenen Erzeuger? **B. M.**

Erklärung des Israelischen Kommunistischen Forums

Wahre Nachfolgepartei der KP

Das Israelische Kommunistische Forum (ICF), eine Partei mit jüdisch-arabischer Mitgliedschaft, wurde 1999 gegründet. Das Forum betrachtet sich als die wahre Nachfolgepartei der KP Israels und ihrer hervorragenden Geschichte. Es hält das Banner des Marxismus-Leninismus hoch, welcher von der gegenwärtigen opportunistisch-revisionistischen Parteiführung der KPI aufgegeben worden ist. Das ICF kämpft für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten, für volle Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung in Israel, für die Verteidigung der Rechte der Werktätigen und für den Sozialismus – eine Gesellschaftsordnung, in welcher die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt sein wird und die Produktionsmittel vergesellschaftet werden.

Das ICF bekämpft als Teil der konsequenten Friedenskräfte Israels die israelische Regierungspolitik der Okkupation und Aggression gegen das Palästinenservolk und die arabische Welt, ist es doch die israelische Regierung, welche die jüngste Welle der kriegerischen Eskalation vom Zaune gebrochen hat. Der auf der Gipfelkonferenz in Beirut (April 2002) unterbreitete arabische Vorschlag lautete, Israel solle sich entsprechend dem Beschluß des UN-Sicherheitsrates zu den Linien vor dem 1967er

Krieg zurückziehen und die unveräußerlichen Rechte des Palästinenservolkes respektieren. Im Gegenzug dazu würden die Palästinenser sowie die gesamte arabische Welt friedliche und normale Beziehungen mit Israel aufnehmen. Das ICF legt die Verantwortung für die darauffolgende blutige Eskalation in den besetzten palästinensischen Gebieten voll und ganz auf die Schultern der Sharon-Regierung. Allein in diesen vergangenen Wochen sind etwa 1 000 Palästinenser und Dutzende Israelis, darunter Zivilisten und Kinder, ums Leben gekommen. Viele Tausende weitere wurden z. T. schwer verletzt. Allerdings sind terroristische Übergriffe frustrierter palästinensischer Extremisten auf zivile Ziele innerhalb Israels, die der israelischen Regierung objektiv in die Hände spielen, zu verurteilen. Das ICF fordert, daß eine neutrale internationale Kommission diese blutigen Ereignisse untersuchen solle.

Das ICF muß feststellen, daß auch die jüngste Aggression voll und ganz von der USA-Administration unter Bush politisch und materiell gedeckt und unterstützt wird. Das ICF ruft dazu auf:

- das von der israelischen Besatzerarmee verübte Morden und die Einsperrung der Palästinenser in umzingelte Enklaven in ihrer Heimat einzustellen und

sich als ersten Schritt unverzüglich zu den Stellungen von vor dem September 2000 zurückzuziehen,

- die auf palästinensischem Boden und auf den syrischen Golanhöhen im Widerspruch zum Völkerrecht errichteten Siedlungen unverzüglich zu räumen,
- dem Palästinenservolk die Erfüllung seines Rechts auf seinen eigenen unabhängigen Staat im Westjordangebiet einschließlich Ostjerusalems und des Gaza-Streifens zu gewährleisten, das palästinensische Flüchtlingsproblem entsprechend dem diesbezüglichen Beschluß des Sicherheitsrates zu lösen.

Das Forum ruft zur Stärkung der internationalen Solidarität mit dem bedrängten Palästinenservolk und seinem legitimen Kampf um die Durchsetzung seiner nationalen Rechte sowie mit den konsequenten Friedenskräften Israels auf, welche die verbrecherische kolonialistische Gewaltpolitik der israelischen Regierung bekämpfen. Das Forum fordert auch zur Solidarität mit dem weltweiten antiimperialistischen und gegen die Globalisierung gerichteten Kampf aller Kräfte auf, die sich der „Neuen Weltordnung“ widersetzen, welche der internationale Imperialismus mit den USA an der Spitze den Völkern der Erde aufzwingen will.

Ein Veteran vieler Klassenschlachten zu Gast

Hans Lebrecht im Gespräch

Der in Ulm gebürtige Journalist Hans Lebrecht (87), seit 1940 Mitglied der KP Palästinas, dann der KP Israels, lange Zeit deren Internationaler Sekretär und heute Mitglied des ZK des Israelischen Kommunistischen Forums, traf während seines Besuchs in Berlin mit Genossen der RF-Redaktion zusammen. Der Berliner DKP-Gruppe Nordost stellte er sich zu einem abgeschlossenen Gespräch zur Verfügung. In bewunderungswürdiger Frische schilderte er Eindrücke und Erkenntnisse aus seinem bewegten politischen Leben. Hier unser Bericht:

1938 sei er, nach einigen Jahren antifaschistischer Arbeit im Untergrund und steckbrieflich gesucht, nach Palästina emigriert. Dort habe er lange nach Anschluß an die illegale KP gesucht. „Wo aber findet man Kommunisten? Natürlich im Gefängnis.“ Dahinein sei er unter der Beschuldigung geraten, deutscher Spion zu sein. Die gegenwärtige Situation in Nahost könne man nur vor dem historischen Hintergrund verstehen. „Die Israelis waren ein Volk ohne Land, und schon seit den Anfängen der zionistischen Bewegung vor mehr als einhundert Jahren galt als deren erklärtes Ziel, fremdes Territorium zu besetzen und zum eigenen zu machen.“ Allerdings hätten sie dieses Land ohne Volk gewollt, d. h., die dortige Bevölkerung sollte vertrieben werden. Dieses Prinzip habe die zionistische Führung seit der Gründung des Staates Israel verfolgt. Hans Lebrecht erinnerte daran, daß in den USA mit der indianischen Urbevölkerung in glei-

cher Weise verfahren worden sei. Heute gebe es viele Palästinenserfamilien, die z. T. seit drei Generationen in Flüchtlingslagern leben müßten.

1948 habe der junge kommunistische Abgeordnete Meir Vilner, später Generalsekretär der KP Israels, in der Verfassunggebenden Versammlung nach den Grenzen des neuen Staates gefragt. „Sie sind dort, wo wir die Pflöcke unserer Zelte einschlagen“, sei die Antwort des damaligen Ministerpräsidenten Ben Gurion gewesen.

„Expansion und Kolonialismus waren von Beginn an die Leitlinien israelischer Außenpolitik“, auch wenn Tel Aviv dies seit jeher den Arabern in die Schuhe zu schieben versuche. Ende der 40er Jahre – „wer weiß das heute noch?“ – seien nämlich die Armeen von sieben arabischen Ländern gegen Israel marschiert. „Das ist zwar richtig, aber alle diese Armeen standen damals unter dem Kommando der britischen Kolonialmacht, die um den Bestand ihrer Mandats-hoheit in Palästina fürchtete.“

Israels innenpolitisches Regime sei eine bürgerliche Demokratie – „sonst wäre ich heute nicht hier“ –, der Staat unterscheide jedoch zwischen Rechten von Juden und „Nichtjuden“. So sei Landerwerb z. B. nur Juden gestattet.

Gegen die aggressive und expansionistische Politik Sharons formiere sich in Israel trotz des Vorherrschens nationalistischer Stimmungen immer mehr Widerstand. Es vergehe kein Tag ohne Aktionen der Friedenskräfte, die z. T. einen solchen Umfang

annähmen, daß sie von den Medien sogar international nicht mehr totgeschwiegen werden könnten. „Das ist neu seit diesem Jahr.“ Die Bildung des Israelischen Kommunistischen Forums habe diesen Prozeß befördert; es handle sich dabei um die Antwort der marxistischen Kräfte auf das Abgleiten der KP-Führung zu reformistischen Positionen. „Etwa zwei Drittel der jüdischen Genossen und ein Teil der arabischen haben sich dem Forum angeschlossen.“

Auch unter den Palästinensern gebe es einen gewissen Einfluß der Linken, der von mehreren Parteien ausgeübt werde. Selbst Arafat, ein kleinbürgerlicher Politiker, habe kürzlich wieder einen Kommunisten in sein umgebildetes Kabinett berufen – „ein guter Genosse, ich kenne ihn persönlich“. Leider sei die Unterstützung der arabischen Staaten für die PLO in der Vergangenheit ausgeblieben. „Deren Staatsoberhäupter haben noch nie einen Palästinenserstaat gemocht, weil sie befürchteten, daß dies ein revolutionärer Staat sein würde.“ Jetzt, in diesen Tagen, setze sich Ägypten erstmals für die Palästinenser ein, und in Kairo sei die Konferenz der arabischen Staaten einem Vorschlag Saudi-Arabiens gefolgt, der in diese Richtung ziele.

„Wir brauchen eine geeinte große revolutionäre Bewegung gegen die imperialistische Globalisierung. Und vergeblich nicht: Trotz des großen Geschreis lebt immer noch fast ein Viertel der Menschheit in sozialistischen Ländern.“ **Frank Mühlefeldt**

Die Portugiesische KP kommt zur Sache

Personelle Konsequenzen

Das Sekretariat des Zentralkomitees der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) und die Zentrale Kontrollkommission haben Maßnahmen zur Unterbindung der parteifeindlichen Tätigkeit der Führer einer rechten und prosozialdemokratischen Gruppierung innerhalb der PCP ergriffen. Darüber informierte die Abteilung Propaganda des ZK im Internet.

Nach schriftlicher Anhörung der Betroffenen, die in dieser Form auf ihre Einbestellung reagiert hatten, wurden die früheren Mitglieder der Politischen Kommission des ZK Edgar Correia und Carlos Luis Figueira aus der PCP ausgeschlossen. Das ehemalige Mitglied der Politischen Kommission Carlos Brito, bis vor einigen Jahren Direktor von „Avante!“ und zuvor Chef der Parlamentsfraktion der Partei, wurde für zehn Monate von jeder Tätigkeit in den Reihen der PCP suspendiert. Alle drei Betroffenen waren im letzten halben Jahr auf die Positionen eines prinzipienlosen Kampfes gegen die Partei übergegangen und hatten sich bewußt in den Mittelpunkt einer von den Medien des Klassenfeindes inszenierten antikommunistischen Kampagne gestellt.

Das Sekretariat des ZK der PCP wandte sich energisch gegen Behauptungen, die nach vorangegangenen Verwarnungen jetzt ergriffenen Disziplinarmaßnahmen richteten sich gegen „Gesinnungsdelikte“ und das „Recht der freien Meinungsäußerung“. Die personellen Konsequenzen seien notwendig gewesen, um einer Programm und Sta-

tut der marxistisch-leninistischen Partei attackierenden Tätigkeit innerhalb der PCP ein Ende zu setzen. Gegen verschiedene Mitglieder, die auf dem XVI. Parteitag im vergangenen Dezember und auf der Nationalkonferenz im Juni 2002 von den Standpunkten der Parteiführung abweichende Auffassungen vertreten hatten, seien indes keinerlei disziplinarische Schritte unternommen worden. Auf beiden Beratungen waren die Parteirechten eindeutig in die Minorität verwiesen worden. Mehr als 90 % der Delegierten der Nationalkonferenz hatten von ihnen unterbreitete Anträge abgelehnt.

Mit den nun gefaßten Beschlüssen ist der Forderung vieler Genossen der Parteibasis Rechnung getragen worden. Die Fronten sind eindeutig geklärt. Für die portugiesischen Kommunisten haben sich die Chancen verbessert, aus der innerparteilichen Konfliktsituation gestärkt hervorzugehen und auf den bewährten klassenkämpferischen Weg, für den nach wie vor der Name des langjährigen früheren Generalsekretärs Álvaro Cunhal steht, wieder besser voranzukommen.

R. F., gestützt auf Kommunikés der Abteilung Propaganda des ZK der PCP

BRD-Medienkonzerne kontrollieren 90 % der tschechischen Presse

Mentale Germanisierung

„Die Tatsache, daß sich heute der größte Teil des Anlagevermögens der Nation, einschließlich der Presse, im Eigentum – oder wie Radio, Fernsehen und Filmindustrie – unter dem Einfluß ausländischen, besonders amerikanischen und deutschen Kapitals befindet, ist Beweis für die wahren Ziele der Konterrevolution in den früher sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas“, stellte J. Novak in der Prager kommunistischen Monatszeitschrift „Dialog: Otázky Odpovědi“ (Dialog: Fragen und Antworten) fest. „Die meisten Banken und Versicherungen der Tschechischen Republik sowie rund 70 % ihrer Industrie- und Bauunternehmen befinden sich bereits in ausländischem Eigentum. Ihre Profite fließen in ausländische Banken. Es handelt sich also um einen Kapitalismus besonderer Art. Dank der zur Kollaboration bereiten aufeinanderfolgenden Regierungen aus Konservativen und Sozialdemokraten (Klaus/Zeman) sowie des Präsidenten Havel entwickelt sich die CR zu einer Kolonie des Weltimperialismus und der transnationalen Monopole.“

Dieser Prozeß geht mit einer Verwandlung der Medien in Propagandainstrumente nach Goebbelschem Vorbild einher. Besonderes Gewicht besitzt hierbei die Beherrschung von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunksendern und Fernsehkanälen, die entweder von den Imperialisten direkt kontrolliert oder mit entsprechendem „Material“ versorgt werden. Während ausländisches Kapital derzeit weltweit 20-30 % der Presse besitzt, beträgt der BRD-Anteil in Tschechien inzwischen 90 %. Das läuft de facto auf eine mentale Germanisierung der öffentlichen Meinung hinaus. Jeden Tag werden die Leser, Hörer und Zuschauer mit Hilfe von Lügen und Halbwahrheiten im Stile Springers und der FAZ, von ZDF, ARD, SAT1, RTL usw. manipuliert, erfolgt die antikommunistische Hirnwäsche und „Geschichtsaufarbeitung“.

Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Nur einige Beispiele seien hier genannt: Die BRD-Gruppe Passauer Neue Presse ist Eigner der in der CR operierenden Medienkonzerne PN Press, Vltava

und Labe-Press und besitzt die überregionalen Tageszeitungen „Zemské Noviny“ und „Česko Slovo“ sowie rund 40 Regional- und Bezirksblätter mit einer Auflage von täglich 300 000 Exemplaren.

Die in Düsseldorf angesiedelte Rheinisch-Bergische Druckerei kontrolliert die nationalen Tageszeitungen „Dnes“ und „Lidové Noviny“, die Regionalzeitungen „Moravské Noviny“ und „Rovnost“ sowie weitere Publikationen.

In der Hand des „Handelsblattes“ und der in deutschem Eigentum stehenden Gesellschaft „Economia“ befinden sich außer der führenden Wirtschafts-Tageszeitung „Hospodářské Noviny“ das tonangebende Finanzorgan „Ekonom“ sowie nahezu sämtliche Fachzeitschriften für Rechtsfragen, Management, Bauwesen, Handel, Bankgeschäfte, Landschaftsgestaltung, Fotografie usw.

Schließlich sei hier noch der Bauer Verlag erwähnt, der in der Tschechischen Republik als EuroPress firmiert. Er überschwemmt den Zeitungsmarkt mit seinen zehn Frauenmagazinen.

Übrigens: Auch die größte Zeitungsvertriebsgesellschaft PNS liegt fest in deutscher Hand. Ausländisches Kapital – vor allem aus der BRD und den USA – beherrscht also nicht nur die Wirtschaft des Landes, sondern auch das Denken und Verhalten von Millionen Tschechen, des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Die Bourgeoisie treibt so die geistig-moralische Konterrevolution durch die systematische Propagierung des westlichen Lebensstils zielstrebig weiter voran. Amerikanisierung und Germanisierung sind zur größten Gefahr für die tschechische Nation und ihre menschliche Zivilisation geworden.

Der Vertreter eines der marktbeherrschenden deutschen Verlage erklärte unlängst zur Verblüffung der anwesenden Journalisten auf einer Pressekonferenz in Prag: „Wir sind an Ihrer Meinung nicht interessiert. Hier zählt nur unsere Meinung, und Sie müssen sich damit abfinden. Schließlich sind wir Ihre Arbeitgeber.“

R. F., gestützt auf „Postmark Prague“

Gesinnungsterror gegen slowakische Kommunisten Maulkorbgesetz

Die slowakische Volksversammlung hat am 11. Juli 2002 ein Gesetz angenommen, welches u. a. davon spricht, dass derjenige mit Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 3 Jahren bestraft werden kann, der öffentlich Sympathie für den Kommunismus bekundet oder in der Öffentlichkeit „Zweifel an kommunistischen Verbrechen“ äußert. Das Maulkorbgesetz ist explizit gegen die KP der Slowakei und deren Mitglieder gerichtet. McCarthyismus in Europa! Eine Schande!

Wir übermitteln den slowakischen Genossen, die gegen den Gesinnungsterror protestieren, unsere solidarischen Grüße.

R. F.

Herzlichen Glückwunsch der verdienten Wissenschaftlerin und Praktikerin

Prof. Dr. med. Ingeborg Rapoport

die am **2. September 2002** ihren **90.** Geburtstag begeht. Die standhafte Sozialistin hat durch ihre wissenschaftliche Forschung und ihre Publikationen einen großen Beitrag zu den Erfolgen des DDR-Gesundheitswesens geleistet. Der „RotFuchs“ fühlt sich mit Inge Rapoport eng verbunden und wünscht ihr weiterhin Mut, Kraft und Gesundheit.

Das „Große Haus aus Stein“ unter neokolonialem Beschuß

Simbabwes dorniger Weg

1980 erlangte Afrikas letzte Siedlerkolonie die formelle Unabhängigkeit: Südrhodesien, benannt nach dem berühmtesten Kolonialherrn und Gründer des De Beers-Imperiums Cecil John Rhodes, wurde Simbabwe („Großes Haus aus Stein“).

Im Jahre 1889 hatten weiße Siedler von der britischen Krone das Recht zur Landnahme erhalten und die British South Africa Company (BSAC) – Mitaktionär: De Beers – Konzessionen vom Mutterland erworben. Mit anderen Worten: den Freibrief für die Plünderung der Bodenschätze. Bis 1914 geyerten 75 % des südrhodesischen Bodens in die Hände von 28 000 weißen Siedlern. Sie bildeten 3 % der Gesamtbevölkerung. Die schwarze Ureinwohnerschaft mußte sich in Reservaten auf 23 % der unfruchtbarsten Böden zusammenpferchen lassen. Mit ihrem Anwachsen in den 50er Jahren wurde ein Überleben dort schier unmöglich.

So entstand die Guerilla-Bewegung aus ZANU-PF (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front) unter Robert Mugabe und ZAPU (Zimbabwe African People's Union, vor allem unterstützt durch den ANC, die Sowjetunion, die DDR und andere Staaten) unter Joshua Nkomo, die in den 60er Jahren zu einer ersten Herausforderung des weißen Ian Smith-Regimes wurde. Polizeikräfte, Geheimdienst und Todesschwadronen („Selous Scouts“) führten – mit Großbritannien und dem südafrikanischen Apartheidstaat im Rücken – einen blutigen Ausrottungskrieg gegen sie.

Als sich dennoch ein Sieg der Befreiungskämpfer abzeichnete, unterbreitete die britische Regierung von Margaret Thatcher 1979 mit dem sogenannten Lancaster House Agreement ein Friedensangebot, um den revolutionären Prozeß abzufangen. Es sicherte der weißen Bevölkerungsminderheit automatisch 20 % der Sitze im Parlament. Die simbabwische Regierung musste sich verpflichten, 10 Jahre lang von jeder Enteignung weißer Plantagenbesitzer Abstand zu nehmen. Dafür versprachen Großbritannien und die USA „Hilfsgelder“ von 2 Mrd. Dollar, um den Kauf von Land zugunsten der schwarzen Bevölkerung zu subventionieren. Diese Zusage wurde nie eingehalten.

1980, im Jahr der Unabhängigkeit, nahmen sich der IWF und die Weltbank sofort des Landes an und sorgten für eine weitere Verschärfung des sozialen Gefälles. Man trieb Simbabwe systematisch in die Schuldenfalle, forderte für den Zinsendienst die Kürzung der öffentlichen Ausgaben („Spar-samkeitspolitik“) und forcierte ein Privatisierungsprogramm – alles mit dem Ziel, den afrikanischen Staat für Direktinvestitionen (Kapitalexport) attraktiv zu machen und den dauerhaften Zugriff auf die Rohstoffe (Kupfer, Tabak u. a.) zu erhalten.

1997 begann die Organisation der Kriegsveteranen, unterstützt von Mugabe, mit der Besetzung weißen Farmlandes. Zwei Jahre später strich der IWF alle weiteren Kredite für Simbabwe. Man rügte auch Harares militärische Unterstützung der neuen kongolesischen Regierung unter Laurent Kabila im Kampf gegen die von den USA, Frankreich und Belgien inszenierte Aggression Ugandas und Ruandas. Die Kampagne zur

Dämonisierung des „machthungrigen und korrupten Diktators“ Robert Mugabe begann. Im Juli 2000 beschloß ein Unterausschuß des USA-Senats, das „Gesetz über Simbabwes Demokratie und Wirtschaft“ einzubringen, das Teilsanktionen vorsah. Es wurde von beiden Häusern des USA-Kongresses bestätigt.

Trotz erheblicher Landzuteilungen befinden sich immer noch 70 % des besten Bodens in den Händen der weißen Minderheit (70 000), von der ganze 4 500 Plantagenbesitzer rund 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Simbabwes kontrollieren. Sie versuchen, eine weitere Umverteilung zu verhindern. Zu ihrer Sabotage kommen verheerende Dürrekatastrophen. Sie führten zu von der Reaktion ausgenutzten Versorgungsgespässen, vor allem bei Mais.

Nach westlicher Darstellung ist es indes Mugabe, der sein Volk ins wirtschaftliche Desaster führt. Ihm werden „politische Repressalien“, vor allem gegen die „freie Presse“, angelastet. Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom März 2002 erreichte die Anti-Mugabe-Kampagne ihren Siedepunkt, als der Präsident EU-Wahlbeobachter unter lautem Protestgeschrei des Landes verwies und Großbritannien Simbabwes Commonwealth-Suspendierung (mit Hilfe Nigerias und Südafrikas!) durchsetzte.

Parallel zur Verunglimpfung Mugabes favorisierten die USA und Großbritannien eine neue Oppositionspartei – die MDC (Movement for Democratic Change – Bewegung für einen demokratischen Wandel). Laut „Guardian“ vom 11. März 2001 setzt sich diese vom Ausland finanzierte „Kraft“ in erster Linie aus der von Weißen beherrschten „Commercial Farmers Union“ und der rassistischen Rhodesischen Front zusammen. Beide Organisationen stehen mit reichen Plantagenbesitzern, Banken, Versicherungen und internationalem Kapital in Verbindung. Sie bilden die wirtschaftliche „Elite“ des Landes. Die MDC geht mit Morden und Brandstiftungen vor. Vertreter der ZANU-PF wurden zerstückelt, ihre Häuser abgefackelt. Die britische Presse, die sonst ein Wolfsgeheul über Greuel in Simbabwe anstimmte, nahm da-

von keine Notiz. In der Führungsspitze des MDC befinden sich einige illustre Figuren der früheren rhodesischen Polizei und der Todesschwadronen. Selbst der britische „Sunday Telegraph“ vom 26. August 2001 gab zu, daß etliche weiße Farmer „keine unschuldigen Opfer des Mugabe-Regime“ seien. „Einige

sind offen rassistisch; andere sogar unverhüllt Faschisten mit Porträts von Mussolini über dem Kamin und Hunden, die nach Hitlers Generälen benannt sind.“

Die Schlüsselinstitutionen zur Fernsteuerung des MDC sind der in London angesiedelte Zimbabwe Democracy Trust (ZDT), zu dessen Schirmherren drei frühere Tory-Außenminister gehören, und die Westminster Foundation, die 95 % ihrer finanziellen Mittel von der britischen Regierung erhält. Der Londoner Einfluß läuft auch über die Unterstützung sogenannter Nichtregierungs-Organisationen (NGO) und der „freien Presse“. Mit Unterstützung von NGOs werden geheimdienstliche Aufgaben wahrgenommen, zu denen u. a. auch das Anheizen ethnischer Spannungen zwischen Shona und Ndebele – den beiden Hauptvolksgruppen Simbabwes – gehört.

Bei allen Hindernissen auf dem Weg in die Souveränität können sich die Errungenschaften des Staates im Süden Afrikas durchaus sehen lassen: Statt einer gibt es heute 14 Universitäten, die weiterführenden Schulen wuchsen von einer Handvoll auf mehrere hundert. Gegenwärtig existieren in Simbabwe 456 Gesundheitszentren, 612 Landkrankenhäuser, 25 Distrikthospitäler und ein zentrales Krankenhaus in jeder der acht Provinzen des Landes. Das bedeutet, daß für immerhin 85 % der Bevölkerung im Umkreis von 8 Kilometern eine Gesundheitseinrichtung zur Verfügung steht.

Eine andere wichtige Tatsache: Inzwischen haben 130 000 Familien vom Staat ein Stück Land erhalten.

Und auch das sollte vermerkt werden: Die Solidarität Simbabwes mit der vom Interventionskrieg ausgebluteten Demokratischen Republik Kongo ist ungebrochen. Da diese ebenfalls um eine souveräne Wirtschaftsentwicklung unter Einbeziehung der Bevölkerung in Stadt und Land bemüht ist, kann man sich vorstellen, wie sehr der Gedanke die Neokolonialisten beunruhigen mag, sie könnten zwei der strategisch bedeutendsten Länder im südlichen Afrika an das Volk verlieren.

Andrea Schön
(gestützt auf „LALKAR“, London.)



Grafik; SHAHAR

!Presente!

■ Am 22. August hätte **Alfred Wellm**, Erzähler, Kinder- und Jugendbuchschriststeller, auch Filmautor, seinen 75. Geburtstag feiern können (er ist am 17. Dezember letzten Jahres verstorben). Wellm, Sohn eines Fischers, besuchte eine Lehrerbildungsanstalt; 1945 zunächst Landarbeiter, ab 1946 Neulehrer, danach in verschiedenen Schulfunktionen tätig; 1959 Verdienter Lehrer des Volkes; seit 1963 war er freischaffender Schriftsteller.

Wellm hat in seinen warmherzigen, humorvollen Kinderbüchern, deren spannende Geschehnisse meist auf dem Lande angesiedelt sind, u. a. die sich im Gefolge der sozialistischen Umgestaltung herausbildenden neuen Beziehungen der Kinder zu den Erwachsenen dargestellt. Seine betont poetischen Bücher – vor allem die Erzählung „Kaule“ (1962; 1967 von Rainer Bär verfilmt) – überzeugen durch ihre zügige Handlung wie durch die unverwechselbar gezeichneten Helden und die realistische Gestaltung echter Konflikte. Mit dem seinerzeit viel diskutierten Roman „Pause für Wanzka oder Die Reise nach Descansar“ (1968; erst 1989 von Vera Loebner u. a. mit Kurt Böwe, Marianne Wünscher und Dieter Mann verfilmt) schrieb Wellm sein erstes Buch für Erwachsene: zur Erziehung der Erzieher; es ist die Geschichte eines oft eigenwilligen Lehrers, der nach jahrelangem Verwaltungsdienst wieder unterrichten möchte und in der Praxis auf Schwierigkeiten stößt, zu deren Verfestigung er in seiner früheren Funktion selbst beigetragen hat. Dem Autor ging es auch hier um die vom Kollektiv geförderte möglichst volle Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten und des inneren Reichtums der Menschen im Sozialismus.

Weitere Werke u. a.: Mutafo (1955); Die Kinder von Plieversdorf (1959); Das Mädchen Heika (1966); Das Pferdgemädchen (1974; 1979 von Egon Schlegel verfilmt); Pugowitz oder Die silberne Schlüsseluhr (1975; 1981 von Jürgen Brauer verfilmt); Karlchen Duckdich (1977); Morisco (1987)

■ **Nicola Sacco** und **Bart Vanzetti** waren zwei aus Italien eingewanderte amerikanische Arbeiter. Sie waren aktive Mitglieder der linken Gewerkschaftsbewegung und hatten Streiks und Demonstrationen organisiert. Wegen eines Mordes, mit dem sie nichts zu tun hatten, wurden sie im Jahre 1920 angeklagt und nach einem äußerst zweifelhaften Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Protest- und Solidaritätskampagnen im In- und Ausland hatten keinen Erfolg: Obwohl Hunderttausende gegen das ungerechte Urteil demonstrierten und die Freilassung forderten, wurden Sacco und Vanzetti vor 75 Jahren, am 23. August 1927, hingerichtet. Das Urteil und dessen

Vollstreckung wurden als Willkürakt bewertet, durch den „Extremisten“ und „Anarchisten“ ausgeschaltet und die Gewerkschaftsbewegung eingeschüchert werden sollte. Was man damals in den USA unter Anarchisten verstand, geht aus der eidlichen Aussage des Polizeibeamten Fred Walyand hervor: „Wenn ich sie Anarchisten nenne, so meine ich damit nicht unbedingt, daß sie für Terror waren ... Ich bin nur der Ansicht, sie glauben nicht an die geordnete Regierung und das Privateigentum.“ (!) 1970 wurde von Giuliano Montaldo der Film „Sacco und Vanzetti“ gedreht. Zur Filmmusik gehört das Lied „Here's to you Nicola and Bart“, gesungen von Joan Baez. Franz Josef Degenhardt hat es ins Deutsche übertragen und überzeugend interpretiert.

Sacco und Vanzetti

*Euer Kampf, Nicola und Bart,
brannte weit und wurde Fanal.
Brannte rot und wurde zum Schrei
„Gebt Sacco und Vanzetti frei!“*

*Und der Schrei lief rund um die Welt.
Und im Kampf hat jeder gefühlt
diese Kraft, die hinter euch steht,
die Kraft der Solidarität.*

*Diese Kraft, Nicola und Bart,
sie ist heut mächtig und stark,
und sie hat Millionen erfaßt,
wie blutig auch der Feind sie haßt.*

*Euer Kampf, Nicola und Bart,
und auch dein Kampf, Angela,
euer Kampf wird weitergehn,
weil hinter euch Millionen stehn.*

*Dieses Lied, Nicola und Bart,
ist für euch und Angela.
Hinter euch steht heute die Welt,
in der das Volk die Macht schon hält.*

In einem Appell der „Liga für Menschenrechte“ hieß es: „Man bedenke, seit über sechs Jahren sehen zwei Menschen ihrer Hinrichtung täglich von neuem entgegen. Wollen wir hier untätig und unschlüssig dabeistehen und zusehen, wie in Amerika die Methoden der finstersten Zarenzeit ihre Auferstehung finden? Gleichgültig, ob die amerikanische Justiz es wagen wird, das Urteil, vor dessen Vollstreckung sie jetzt Jahre zurückschauderte, nun auszuführen oder nicht; die Schande dieses Martyriums ist unilgbar, und ein jeder Tag vergrößert sie.“

Als trotz weltweiter, jahrelanger Proteste das Urteil am 22. August 1927 dennoch vollstreckt wurde, trauerten Millionen Arbeiter in aller Welt. Erich Mühsam schrieb: „Der Arbeiterklasse ziemt es, ihrer Kameraden Sacco und Vanzetti zu gedenken – und die Bourgeoisie das auch merken zu lassen!“

Literaturhinweise

Eugene Lyons: *Sacco und Vanzetti. Ihr Leben und Sterben. Mit Zeichnungen aus dem „Daily Worker“*. Universum-Bücherei, Berlin 1928, 240 S.

Howard Fast: *Sacco und Vanzetti. Eine Legende aus Neuengland*. Dietz-Verlag, Berlin 1955, 240 S.

Helmut Ortner: *Fremde Feinde. Der Fall Sacco & Vanzetti*. Steidl-Verlag, Göttingen 1996, 288 S.

Victor Grossman: *Sacco, Vanzetti, Mumia-Jamal*. In: *Ossietzky*, 24/2001, S. 840

■ In Belorußland wurden während der deutschen Besetzung über 9200 Dörfer vernichtet. In 628 Dörfern wurden fast alle Einwohner erschossen oder verbrannt. Einer der eindringlichsten, erschütterndsten Filme über die Unmenschlichkeit des Faschismus und die von der deutschen Wehrmacht in Belorußland begangenen Verbrechen ist „Komm und sieh“ (1986) von Elem Klimow. Wer sich auf die Zumutung der Bilder dieses Films (und der Zumutung der historischen Ereignisse, die sie spiegeln) eingelassen hat, wird sie nicht wieder vergessen können. Das Buch zum Film schrieb der belorussische Schriftsteller Ales Adamowitsch, der am 3. September seinen 75. Geburtstag begeht. Während des Großen Vaterländischen Krieges nahm Adamowitsch ab Juni 1942 als Halbwüchsiger an der illegalen Partisanenbewegung teil. Anfang März 1943 schloß er sich mit seiner gesamten Familie einer Partisanenabteilung an, die in den belorussischen Bezirken Bobruisk und Oktjabrski wirksam war. Er blieb bis Ende 1943 als Kämpfer in dieser Abteilung.

Mitte der fünfziger Jahre begann Adamowitschs literarische Arbeit. 1959 wurde der 1955 begonnene Roman „Der Krieg unter den Dächern“ (1967 von Viktor Turow verfilmt) abgeschlossen. Als Fortsetzung erschien der Roman „Die Söhne ziehen in den Kampf“, 1960-63 (ebenfalls von Turow verfilmt). Beide Bücher wurden dann zu der Dilogie „Partisanen“ zusammengefaßt. Die Dilogie gehört auch heute noch zu den Standardwerken über den Kampf des belorussischen Volkes gegen die Hitlerfaschisten. Die Geschehnisse in Belorußland während der faschistischen Okkupation stehen auch im Mittelpunkt des Buchs „Stätten des Schweigens“ (das Buch zum Film „Komm und sieh“, deutsch 1974 bei Aufbau, Berlin, und 1985 bei Pahl-Rugenstein, Köln).

Weitere Werke u. a.: „Ich kam aus dem brennenden Dorf“ (zusammen mit J. Bryl und W. Kolesnik, 1974, bisher nicht übersetzt); „Henkersknechte“, Aufbau, Berlin 1982; in Zusammenarbeit mit Daniil Granin „Das Blockadebuch“, Volk und Welt, Berlin 1984 u. 1987 (zwei Bände über das Überleben Leningrads und der Leningrader während der 900tägigen Blockade) **W. M.**

Leserbriefe an **RotFuchs**

Wie ich dem ND entnehmen konnte, wird eine Zeitung „RotFuchs“ als „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ herausgegeben. Seit mehr als 80 Jahren Parteimitglied, wende ich mich an Sie. Im Alter von 97 Jahren habe ich zwar nicht die Absicht, Dauerabonnent zu werden. Mein Interesse am Inhalt der Zeitung bewegt mich jedoch zu der Bitte, mir ein „Schnupperexemplar“ zur Verfügung zu stellen. 5 Euro lege ich als Spende bei.

Erwin Bunzel, Berlin

Habt Dank für den RF, besonders für diese Aussagen im Artikel „Zur PDS-Polemik!“

„Die marxistischen Kräfte müssen einen politisch-ideologischen Dauerbeschuß der PDS von links vermeiden, indem sie Lehren aus dem Stil der Auseinandersetzung der KPD mit der SPD in der Weimarer Republik ziehen ... Es ist an der Zeit, diese und andere Fragen bisheriger und künftiger PDS-Politik sachlich zu erörtern. Besonders angesichts der von rechts drohenden Gefahr muß die marxistische Kritik an ihr prinzipiell, differenziert und ausgewogen sein.“

In meiner Sippe gibt es vier Mitglieder, einen parteilosen Abgeordneten und insgesamt acht Wähler der PDS. Diese betrachten sich alle als marxistisch-leninistische Linke, die der berechtigten Kritik des RF an konkretem Fehlverhalten solcher PDS-„Spitzen“ wie Pau, Flierl, Gysi, Liebich, Claus, Bartsch, Holter ... zustimmen. Aber es gibt auch solche PDSler wie Täve, W. Gehrcke, D. Dehm, S. Wagenknecht u. a. Da stimmen wir dem Leserbrief von Gerhard Feldbauer zu. Und auf unterer Ebene machen wir gemeinsame außerparlamentarische Aktionen (z. B. Ostermarsch 2002, Weltfriedenstag, Montagskundgebungen, Mahnwachen, Ostdeutsche Friedenskonferenz u. a.). An ihnen beteiligen sich PDS, DKP, Friko, GBM, Potsdamer Runder Tisch für Gerechtigkeit, Teile von IG Metall, ver.di und GEW ...

Natürlich brauchen wir eine marxistisch-leninistische Partei mit Massenbasis. Das wird sich nach dem 22. September noch deutlicher zeigen. Und die Marx-Engels-Losung aus dem Kommunistischen Manifest „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ist aktueller als je zuvor.

Die jüngsten Beiträge von Norbert Pauligk, Peter Franz und Dieter Itzerott gefallen mir besonders gut. Am liebsten würden wir sie noch in unser Zeitzeugen-Buch „Die Vereinnahmung der DDR“ aufnehmen. Aber wir haben schon 40 Beiträge zum Verlag gegeben und unser Seiten-„Budget“ ist fast aufgebraucht.

Horst Jäkel, Potsdam

Das Uelzener Bündnis gegen rechts ist ein Zusammenschluß von Menschen zwischen 18 und 58, die aus verschiedenen sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Gruppen kommen. Es besteht seit April 2001. Damals organisierte es erfolgreich eine Kundgebung gegen Neonazis, die durch die Stadt Uelzen marschieren wollten. Unserem Aufruf folgten einige Tausend Menschen. Und der Aufmarsch konnte an diesem Tag erfolgreich verhindert werden. Seitdem hat es sich das Uelzener Bündnis zur Aufgabe gestellt, über die Ursachen, die Auswirkungen, die Hintergründe und die Formen des Rechtsradikalismus aufzuklären.

Am 23. Mai nahmen an einer Veranstaltung mit Jörg Fischer 140 Menschen teil, darunter sehr viele junge Leute, die durch Plakate, Flugblattaktionen und eine Radiosendung mobilisiert worden waren. (...)

Jörg Fischer, Verfasser von drei Büchern und aus den Medien bekannt, war schon sehr früh in der Neonaziszene aktiv. Mit 18 wurde er nach Italien in ein Ausbildungslager für rechte Kader geschickt. Später gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der DVU. Schließlich trat der den Jungen Nationaldemokraten bei, erhielt Schulungen und erlebte sogenannte Kameradschaftsabende. (...) Dann jedoch wandte er sich von den Neonazis ab.

Jörg verglich das Verhalten und die Sprache in der rechten Szene mit religiösen Sekten. Er verwies darauf, daß Begriffe wie „Überfremdung“, „das Boot ist voll“, „deutsche Leitkultur“ täglich durch die Medien geistern und zum Sprachgebrauch der herrschenden Politik gehören. Auch die weitverbreitete Meinung, Neonazis seien meist haar- und arbeitslose Jugendliche aus den neuen Bundesländern, trifft nicht die Realität. Die rechten Parteien und Organisationen, die nach 1945 weiterbestanden oder später wieder aufgebaut wurden, kommen aus den alten Bundesländern und sind dort heute noch ansässig.

Jörg Fischer ist jetzt als freier Journalist für ND, taz, junge Welt u. a. tätig. Er arbeitet z. Z. für die Uni Köln an einem Forschungsauftrag über Armut in Deutschland.

Die anschließende Diskussion und die Fragen, die an Jörg gestellt wurden, waren sehr vielschichtig. Zusammenfassend ist zu sagen, daß wir es heute mit einer aggressiven Staatsform zu tun haben. Diese Entwicklung ist ein gesamteuropäisches Phänomen.

Es war gut, daß sich Jörg Fischer an einem Wendepunkt seines Lebens für die richtige Seite entschieden hat.

Uelzener Bündnis gegen rechts

Mit einem Flugblatt „Schluß mit den Neonazi-aufmärschen in Leipzig!“ wendet sich die DKP Leipzig an alle Bürger, die Stadtverwaltung und die Gerichte, Nazi-Demos in der Messestadt nicht mehr zuzulassen. Doch fünf rechtsradikalen Aufmärschen, die bereits stattgefunden haben, sollen am 3. August, am 7. September und am 3. Oktober 2002 drei weitere schon angemeldete Nazi-Demonstrationen folgen. Die DKP Leipzig und die SDAJ rufen deshalb dazu auf, den 3. Oktober 2002 in Leipzig bundesweit zum Tag einheitlichen Handelns gegen die drohende faschistische Gefahr zu machen. **Karl-Heinz Reinhardt**

Vorsitzender der DKP Leipzig

Liebe Erika Beltz, vielleicht können Sie den linken Freunden in Gießen, die einen Vergleich der Scharonschen Politik mit der Hitlers scheuen, einmal folgendes Geschehen nahebringen: Der mutige deutsche Antifaschist Armin T. Wegner, der Hitler einen Protestbrief gegen dessen Judenverfolgung geschrieben hatte und deswegen Folter und KZ ertragen mußte, emigrierte 1934 nach Palästina – und war erschüttert über das Denken und Handeln dortiger Zionisten. In einem Brief an seine jüdische Frau schrieb er: „Ich habe nicht in Deutschland gegen die Rohheit und Herzlosigkeit blindwütiger Vaterlandshengste gekämpft, um sie hier in Palästina zu bewundern oder zu dulden. Das sind jüdische Braunhemden, und ich werde mich genauso gegen sie wenden, wie ich es daheim getan habe. Man muß die Juden gegen Juden schützen.“ (ND 15. 7. 2002, S. 12) Wegner wurde übrigens von Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.

Mir scheint, die nationalistische und rassistische Politik der israelischen Führung ist heute unter noch schlimmeren Verhältnissen als 1934 das Vorgehen von „Vaterlandshengsten in Braunhemden“, ohne daß die Hemden dort braun sind. Das Vaterland heißt „Erez Israel“ – ein Großisrael in den Grenzen Davidischer Machtträume.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Franz, Weimar

Zugegeben: Man kann schon geteilter Meinung sein, ob Klaus Steiniger im Leitartikel „Mitgegangen – mitgefangen – mitgehungen“ (Juni-RF) mit seiner Polemik hätte sparsamer umgehen sollen oder nicht. Am Inhalt hätte sich nichts geändert, und das ist auch gut so. Darüber und über die Kunst des Journalismus zu debattieren war aber kaum das Anliegen von Matthias Bublitz in seiner Leserschrift (RF 54).

Es geht um die Fragen – Krieg, Frieden und Sozialismus. Zu hochgestochen? Seit mehr als 80 Jahren ehren Massen progressiver Bürger das Andenken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ihm gilt die besondere Hochachtung dafür, daß er sich als einziger Abgeordneter des Reichstages der Bewilligung von Kriegskrediten verweigerte.

Im Jahr 2002 waren es immerhin schon drei, die mit einem Spruchband Bushs und Schröders Kriege an den Pranger stellten. Keinem Fraktionszwang, sondern nur ihrem Gewissen folgend, taten sie ihre Meinung kund und befanden sich damit in Übereinstimmung mit den Demonstranten auf der Straße. Wer gibt dann einem Fraktionsvorsitzenden das Recht, sich über ihre Gewissensentscheidung hinwegzusetzen und sie durch eine peinliche Entschuldigung vor dem Mann, der für Krieg und Elend verantwortlich ist, zu brüskieren?

Nachdem Matthias B. die diesbezüglichen Ausführungen im „RotFuchs“ als „billige Propaganda abqualifiziert hat, kommt er zum eigentlichen Anliegen: Die Pflicht des RF sei es, DDR-Geschichte kritisch darzustellen. Was er darunter versteht, macht er gleich deutlich: Über die DDR und ihre Organe herzufallen, ihre Bürger, die seit 12 Jahren Demütigungen ohne Zahl zu ertragen hatten, neuerlich zu kränken und sie für den Begriff „Unrechtsstaat“ paßfähig zu machen.

Wer gibt Matthias B. eigentlich das Recht, über das höchste Machtorgan der DDR und dessen Mitglieder in einem solchen Jargon zu schreiben?

Und nun haben diese „eine große, ja nicht wergutzumachende Schuld auf sich“ geladen! Wer, welche? Wann haben sie „Unterwürfigkeit“ und „Speichelleckerei“ bekundet, wenn es um die Fragen von Krieg und Frieden ging? Haben sie nicht vielmehr ihre Stimme einem Friedensschutzgesetz gegeben?

Matthias, ob Du es nun gewollt hast oder nicht – folgt man Deinen Worten, so bleibt nur der Schluß: Wer Schuld hat, hat Strafe verdient, wer Strafe verdient hat, dem bleibt Solidarität versagt. Ergo: Keinen Handschlag mehr für den Kampf gegen politische Strafverfolgung in der BRD.

Für mich ist dieser Teil Deiner Zuschrift unter der Gürtellinie. Das sind nicht Äußerungen eines nach Wahrheit suchenden jungen Menschen. Ich lese aus ihnen Haß. Schade!

Gerda Klabuhn, Berlin

Ich stimme Gisela Karau und Euch inhaltlich voll zu und begrüße es als Augenzeugin der Ereignisse vom 17. Juni 1953 vor dem Haus der Ministerien, daß Ihr in die Offensive geht. Unserer unabhängige Autorengemeinschaft hat bereits 1999 bei GNN Schkeuditz ein Buch herausgebracht, das Euch nützlich sein könn-

te. Zwei Hinweise: Erstens: Die Dorn hieß nicht Elsa, sondern Erna. Zweitens solltet Ihr Euch das Buch „Die Kommandeuse“ (Dietz Verlag 1993) anschauen. Bis zu seinem Erscheinen gab es offenbar keine klaren Beweise für ihre Rolle als KZ-Aufseherin, obwohl sie zweifelsfrei eine skrupellose Nazisse und eindeutig kriminell war. Nach 1945 hatte sie wahrscheinlich Geheimdienstkontakte.

Ich habe großes Verständnis für alle, die Erna Dorn quasi als ein Symbol für die Beteiligung miesester Elemente am „Volksaufstand“ ansehen, da ich ebenfalls lange Zeit fest davon überzeugt war. Aber man sollte sich trotzdem mit Forschungsergebnissen vertraut machen, um keine Angriffsflächen zu bieten. In den Augenzeugenberichten zu unserem o. g. Buch sind wir natürlich auch auf diese „Heldin“ gestoßen und haben folgende Fußnote formuliert: „Lt. einer Veröffentlichung des Dietz Verlages ist die wahre Identität der Erna Dorn bisher ungeklärt. Feststeht, daß sie am 22. 6. 1953 vom 1. Strafsenat des Bezirksgericht Halle zum Tode verurteilt und am 1. 10. 1953 in Dresden hingerichtet wurde. Sofern sie in den vorliegenden Zeitzeugenberichten erwähnt wird, geschieht das im Sinne damaliger subjektiver Erlebnisse und Informationen.“

Ich persönlich meine, wir brauchen das Beispiel Erna Dorn gar nicht, um zu beweisen, woher damals der Wind wehte.

Ursula Münch, Strausberg

Auf Seite 9 der Juni-Ausgabe befindet sich u. a. die Glosse „Europas Räuber Nr. 1 erhielt den Karlspreis“. Nun ist es ja eine – von interessierter Seite durchaus gern gehörte – weit verbreitete Meinung, es sei die neue Währung, der „Teuro“, die allenthalben die Preise in die Höhe getrieben habe; dahinter können sich die wirklichen Preistreiber hübsch verstecken.

Statt die für diese so nützliche falsche Optik mit Formulierungen wie „Der größte Pirat Europas – der Euro“ und „jeder spürt es täglich beim Einkauf, bei Dienstleistungen, bei Gebühren, daß ihm der Euro einen Teil seiner Kaufkraft weggefressen hat“, zu befestigen, hätte die Glosse erst ihren richtigen Pfiff erhalten, wenn sie die Verleihung des Karlspreises an den Euro als den Gipfel und das Meisterstück der Volksverdummung, der Ablenkung von den wirklichen Verursachern der Teuerungswelle entlarvt hätte.

Dr. sc. Kurt Gossweiler, Berlin

Durch die Juli-Ausgabe des RF wurde meiner Frau und mir klar, daß es schade ist, daß wir nicht in Berlin wohnen, um die wertvollen und guten Veranstaltungen, Vorträge und Zusammenkünfte unserer Genossen vom „RotFuchs“-Verein mitzuerleben.

Von Bedeutung ist für uns, daß in Halle/Saale jetzt eine Regionalgruppe gegründet worden ist. Leider wußten wir nichts davon, sonst wären wir dabei gewesen. Die Vorankündigung der 2. Zentralen Leserkonferenz und der Mitgliederversammlung im Februar 2003 ist notiert, unsere Teilnahme eingeplant. Eine Spende von 20 Euro haben wir heute überwiesen. Der RF muß leben und bei vielen heimisch werden.

**Hannelore und Werner Döring
Aschersleben**

Ich bin wieder sehr angetan von der Juli-Ausgabe dieser „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“. (...) Mit Herrn Metzger habe ich gerade telefoniert und von ihm die Zusage erhalten, mir ein Gesamtinhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben des „RotFuchs“ zuzusenden, damit ich eine Auswahl mich besonders interessierender Artikel treffen kann. Im Grunde genommen inter-

essiert mich im RF beinahe alles. Ich „missioniere“ auch im Freundes- und Bekanntenkreis (letzterer ist recht zahlreich) mit politischen Ansichten und Dokumentationen, wenn sie meiner Meinung entsprechen. Zum Glück erkenne ich zunehmenden Sinneswandel bei „Korrespondenten“, die zunächst meine „harte“ Sichtweise nicht teilen mochten. So aber erlahmt meine Motivation nicht.

Helmut Jäger, Berlin

Alle vier Jahre gibt es nicht nur Bundestagswahlen, sondern auch – für manche Zeitgenossen wichtiger – die Fußballweltmeisterschaft. Endlich war auch die PDS dabei. Wie unterschiedlich führende Funktionäre reagierten, offenbarte der PDS-Pressedienst vom 5. 7. 2002. Während der sportpolitische Sprecher Täve Schur lieber zur Einweihung einer Halle für den Kinder- und Jugendsport nach Königs Wusterhausen fuhr – sie trägt den Namen Paul Dinter –, war die Begeisterung von Roland Claus im WM-Stadion nicht zu bremsen. Im erwähnten PID der PDS schwärmte er: „Hut ab vor Völler, Dank an Kahn ...“ Und: „Unsere Elf war tapfer und angriffslustig ...“

Tapfer und angriffslustig? Ist so auch die Haltung von Roland Claus während der Bush-Rede im Bundestag zu werten? Das Gegenteil ist doch wohl der Fall! Die Aktion von Winfried Wolf, Ulla Jelpke und Heidi Lippmann hat meine volle Unterstützung und Solidarität. Die Entschuldigung von Roland Claus dafür beim größten Terroristen dieser Welt zeigt, wie weit man sinken kann. Ich schäme mich als Mitglied der PDS für einen solchen Kniefall, der leider bei den PDS-Obersten an der Tagesordnung ist.

Was uns nächstes Jahr im „Gedenken an den 17. Juni“ nicht nur von rechts außen, sondern – weit schlimmer – auch von der PDS-Führung erwartet, dafür haben wir bereits jetzt einen Vorgeschmack von Herrn Flieler erhalten.

Als KPF der PDS sollten wir noch offensiver diese Politik entlarven und das Bündnis „Linke Opposition in und bei der PDS“ stärken.

Der „RotFuchs“ ist uns auch in Sachsen eine sehr wertvolle Hilfe.

Andreas Krämer, Gersdorf

Ich beschuldige die Berliner PDS-Führung des eindeutigen Wahlbetrugs an den sozial Schwachen in der Stadt. Im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober 2001 hatte ich als (letztmaliger) PDS-Wähler die Gelegenheit, mit Carola Freundl, der damaligen Fraktionsvorsitzenden, sowie mit zwei wohnungspolitischen Mitarbeitern der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu sprechen. Alle drei haben mir auf meine Befürchtungen versichert, daß bei einer sich möglicherweise ergebenden Konstellation zur Bildung eines SPD/PDS-Senats die Schmerzgrenze für die PDS in den dann anstehenden Verhandlungen dort erreicht sei, wo es sich um irgendwelche Einschnitte oder weitere Kürzungen für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Kleinrentner und Geringverdienende handeln würde.

Entgegen diesen Zusicherungen sah es dann aber die Berliner PDS-Verhandlungsführung in Gestalt der Herren Gysi, Wolf und Liebig als offensichtlich mit einem „sozial gerechten Steuersystem“ vereinbar an, eine Grundsteuererhöhung, das heißt Mieterhöhung, ausnahmslos für alle, auch die sozial Schwachen, unter dem Motto zu beschließen: „Soziale Einschnitte sind zwar schmerzhaft, aber nötig.“ Die Gutbetuchten, unter denen sich Genossinnen und Genossen der PDS aus Vorstand und Parlament befinden, dürften da aufgrund ihrer ho-

hen Einkünfte wohl eher schmerzfrei bleiben. (...)

Der ständig anwachsende Protest nicht nur der Berliner Bevölkerung, sondern auch bei der PDS-Basis bestätigt Frau Zimmers Vermutung auf dem PDS-Wahlkongreß in Halle: „Der Wähler spürt sehr schnell, ob es der PDS um die Interessen der Menschen geht oder um die Jagd nach Prozenten, Ämtern und Mandaten!“

Lutz Seeger, Berlin

Herzlichen Dank für das prompt eingegangene Probeexemplar. Anscheinend sind die Anzeigen in ND und jW von recht vielen beachtet worden. Mein erster Eindruck war, daß der „RotFuchs“ nicht nur ziemlich graue Strähnen im Pelz hat, sondern fast Grau- oder Silberfuchs genannt werden kann. Die Autoren haben doch die Mitte des Lebens lange überschritten, was sich auch in den Inhalten und Themen niederschlägt. (...) Die kritische Sicht auf die PDS kann ich weitgehend teilen, die verklärte Sicht auf die DDR weniger. Das mag daran liegen, daß ich nicht in der DDR gelebt habe. Ich kann verstehen, daß Menschen, die einen großen Teil ihres Lebens mit dem Projekt Sozialismus in der DDR verbunden haben, nicht besonders gerne an Fehler erinnert werden. Aber wenn man es mit dem Sozialismus wieder einmal wagen will, muß man die Fehler schonungslos analysieren. Damit meine ich nicht die anpaßlerische Position der PDS-Führung, die nach und nach alles übernimmt, was von den antisozialistischen Kräften an der DDR kritisiert wurde.

Ich war im Vorstand des PDS-Landesverbandes Berlin und einige Jahre im Parteirat. Ich habe diese Entwicklung als Gefahr gesehen, aber gehofft, daß sich die Tendenz nicht durchsetzen werde. Das war ein Irrtum, und man sieht, wie viele nun der Partei den Rücken kehren. (...)

Die Fixiertheit auf das Mitwirken im Staatsapparat und am liebsten als Regierung ist ein Relikt der DDR und für Linke mit westlicher Sozialisation nicht nachvollziehbar. In der DDR gab es ja praktisch keine legale organisierte Opposition außerhalb der vom Staat geschaffenen oder tolerierten Strukturen. Infolgedessen sahen es die Mitglieder der PDS auch als völlig selbstverständlich an, sich um die Kontrolle der Macht des Staatsapparates zu kümmern. Das ging zunächst relativ leicht auf kommunaler Ebene, im Osten konnte auch auf Landesebene zum Teil schon mitregiert werden. Das große Ziel blieb das Mitregieren auf Bundesebene. (...) Es gibt auch in der Regierung keine Spielräume für eine „linke“, nicht einmal für eine soziale Politik. Es wird noch einige Zeit dauern, bis diese Erkenntnis bei der Basis ankommt. (...)

Roland Schnell, Berlin

Den Ausführungen Gerhard Feldbauers in seinem Beitrag „Wäre Stoiber ein deutscher Berlusconi?“ kann ich weithin zustimmen, obgleich ich den Unterschied zwischen Stoibers Einstellung und der Politik seiner C-Partei im Bourgeoisystem und der Sozialdemokratischen Partei, ihres derzeitigen Kanzlers und all der Typen drumherum als Verwalter „der gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoischicht“ nicht einmal leidlich ausgeprägt sehe. Was soll darum die Losung (im letzten Absatz des Feldbauer-Textes) „Stoppt Stoiber, den deutschen Berlusconi!“? Steht denn mit Schröder, einem Typen a la Bush, Blair und weiteren Kriegsverbrechern, auch nur die geringste Alternative am 22. September zur Wahl? Einzig sinnvoll – wenn überhaupt – ist doch allein ein Aufruf zu massenhaftem Wahlboykott.

Hansjörg Schupp, Appertshofen

Die publizistische Aktivität des Genossen Fritz Teppich als Leserbriefschreiber und sein (sehr interessanter und aufschlußreicher) Vortrag in unserer Regionalgruppe veranlassen mich zu folgenden Gedanken: Mit Zuschriften an Zeitungen und andere Medien kann jeder zu einem, wenn auch nur langsamen Umschwung in der Stimmung im Lande beitragen. Je mehr Proteste gegen die Kriegspolitik der Regierung – immerhin sind schon gut 10 000 deutsche Soldaten in einem Auslandseinsatz – um so größer ist der Druck zur Veränderung dieser Politik. Natürlich werden unsere Schreiben keine sofortige Wirkung haben, aber wenn wir nichts tun, ist es noch schlimmer. Es wäre gut, wenn jeder RF-Leser mindestens einmal im Monat mit einem Schreiben an die Presse seinen Protest ausdrücken würde.

Brigitte Tichauer, Berlin

Habe das „Schnupperexemplar“ dankend erhalten. Es gefällt mir. Ich bin ab sofort dabei. Spende für das 2. Halbjahr 2002 ist angewiesen.

Ich biete Euch Auszüge an, die einem Brief entnommen sind, den ich an die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer gerichtet habe. (...) Ich erwarte von der PDS, welche trotz persönlicher, nicht wieder gutzumachender Enttäuschungen in den Jahren 89/90 dank des Vorhandenseins der KPF immer noch auf meine Stimme zählen kann, daß sie eines deutlich macht, wenn es um die Fragen von Krieg und Frieden geht: Auch demonstratives Verhalten ist nicht nur richtig und sinnvoll, sondern sogar zwingend notwendig. Dafür muß man sich beim gegenwärtigen USA-Präsidenten nicht entschuldigen. Mein Dank und Respekt gilt den mutigen PDS-Mandatsträgern (...), die die Tribüne des Bundestages dafür genutzt haben, um aller Welt zu zeigen, daß PDS-Politik Friedenspolitik ohne Wenn und Aber ist! (...) Wenn in den zurückliegenden Jahrzehnten Fehler in den verschiedensten Strömungen der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung gemacht und Grundgesetze unserer Theorie verletzt wurden, wenn die sozialistischen Ideale Schaden genommen haben, darf das jedoch nicht dazu führen, daß eine sozialistische Partei heute den Weg und das Ziel (...) infrage stellt, geschweige denn, sich den sozialdemokratischen Führern anschließt. Diese halten an ihren „Grundsätzen“ fest, den Kapitalismus zu bewahren und ihn für die „Arbeitnehmer“ etwas erträglicher zu machen. Das kann nicht der Weg zur Lösung der Grundprobleme dieses Gesellschaftssystems sein. (...) **Hans-Joachim Maaßberg, Magdeburg**

(...) Schon lange habe ich den Eindruck, daß einige „RotFuchs“-Autoren es nicht erwarten können, bis auch die PDS ihren Antikriegscharakter aufgibt und sie dann im gewohnten Stil über sie herfallen können. Die Weltlage ist viel ernster, als sich das einige mit dem roten Tuch PDS im deutschen Krähwinkel Ost vorstellen können. (...) Anstatt laufend auf die antifaschistische PDS einzudreschen, werden wir künftig genügend Gelegenheit haben, die neuen deutschen Aufrüster unter Feuer zu nehmen und unter Hinweis auf Stalingrad die Gedanken des Friedens zu propagieren.

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Vor einiger Zeit konnte man in Hamburg an der Mauer eines Elbtunnel-Luftschachts die mit großen Lettern geschriebene Losung lesen: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie längst verboten.“ Diese Aussage trifft den Kern und deckt sich auch mit den Abhandlungen im RF zu bürgerlichen Wahlen. Das ist auch meine Meinung.

Die beiden Artikel lassen jedoch eine wesentliche Konsequenz außer acht. Was kann man bei der Wahl tun, um seinen Protest gegen dieses System und seine Parteien deutlich zu machen? Ich bin bisher nicht zur Wahl gegangen. Es gibt in meinem Umkreis keine Partei, die wählbar ist, nicht einmal die PDS. Ich habe schon überlegt, ob man den Wahlschein ungültig macht oder ein großes Nein auf den Zettel schreibt. Genossen der DKP konnten mir bisher keine Lösung anbieten. Sie wählen immer – und wenn es das sogenannte Kleinere Übel, die SPD, ist. Was tun?

Heinz Weber, Buchholz/Nordheide

Eine wichtige Aussage ist mir seit den 60er Jahren in Erinnerung geblieben. Unser einstiger Politinstrukteur bei der damaligen Deutschen Reichsbahn erklärte uns Westberlinern den wesentlichen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus so: Das Ziel des Kapitalismus sei – was immer auch uns Arbeitern erzählt werde – der Maximalprofit. Das Ziel des Sozialismus bestehe hingegen in der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.

Wer das einmal verstanden und in sich aufgenommen hat, der müßte eigentlich begriffen

haben, wozu es wirklich geht – auch wenn der Sozialismus nicht ohne Unstimmigkeiten war. Die des Kapitalismus (z. B. Arbeitslosigkeit, Miet- und Preiserhöhungen, Zuzahlung bei Medikamenten, hohe Kita-Kosten usw.) sind wesentlich größer. „Mauer“ und „Stasi“ sollten diese Errungenschaften schützen, was von vielen – auch infolge mangelhafter Aufklärung – nicht verstanden wurde.

Vielleicht wurde das Wesen des Sozialismus von den Kubanern besser erfaßt. Am 12. Juni 2002 las ich im ND eine kleine Notiz aus Havanna: „Kuba will Sozialismus für immer festschreiben“. Als Antwort auf „Reformforderungen“ von USA-Präsident Bush hat Kuba die sozialistische Gesellschaftsordnung durch einen Volksentscheid noch fester verankert. Eine Beratung der kubanischen Massenorganisationen beschloß, daß die Nationalversammlung bei ihrer nächsten Tagung das in der Verfassung verankern solle, stand in dem Bericht. Inzwischen ist das geschehen.

Hut ab vor den Kubanern und ihrer Regierung! Im Warschauer Vertrag hat es ähnliches nicht gegeben, sieht man von der Abstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR hier einmal ab.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



Unser Leser, der herausragende kommunistische Strafverteidiger

Dr. Friedrich Wolff

wurde am 30. Juli 80 Jahre alt.

Wenn auch nachträglich – solidarische Grüße und beste Wünsche!

STAY REBEL TOUR 2002

LISSABON
 BARCELONA
 PARIS

15-Tage-Fahrt zu den größten Festen der Linken in Europa im September 2002:
 Festa do Avante • Festa Catalun • Fête de l'Humanité

Reisedauer: 2. bis 16. September 2002
 Übernachtung auf Campingplätzen
 Preis: bei mind. 35 Mitreisenden 480,- €, bei mind. 40 Mitreisenden 450,- €



NEUES ITALIEN-BUCH

Dr. sc. Gerhard Feldbauer
 Journalist, Italien-Experte und Vorsitzender des RF-Fördervereins, hat ein neues Buch geschrieben

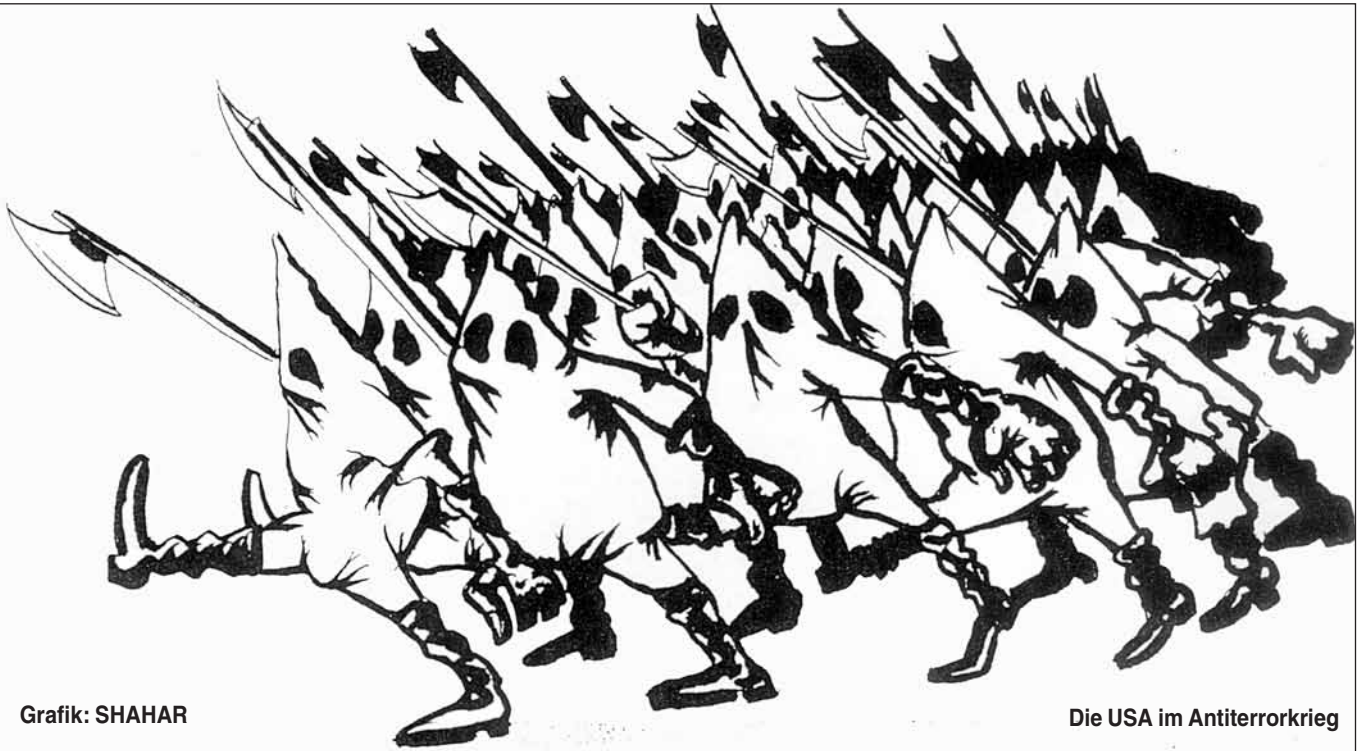
MARSCH AUF ROM
 Faschismus und Antifaschismus in Italien von Mussolini bis Berlusconi und Fini

PapyRossa Verlag, etwa 200 Seiten
 Preis: 13,50 € ISBN 3-89438-248-1

Nachträgliche Glückwünsche

Herzlich gratulieren wir mit geringer Verspätung der Genossin **Dr. Barbara Meyer**, Hamburg, der Genossin **Inge Lange**, Berlin, und dem Genossen **Karl-Heinz Götze**, Augustsburg, die am 23., 24. und 25. Juli 2002 ihren **75. Geburtstag** begingen.

Der „RotFuchs“, dessen treue Leserinnen und Leser sie sind, wünscht ihnen bestmögliche Gesundheit und die Kraft zu weiterem Wirken für unsere Sache.



Grafik: SHAHAR

Die USA im Antiterrorkrieg

Der legendäre Kundschafter der DDR, der für die HVA aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel berichtete, und nach dem Sieg der Konterrevolution viele Jahre inhaftiert war,

Genosse Rainer Rupp, spricht am Freitag, dem 6. September 2002, 18.00 Uhr, im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz. **Thema:**

Was steckt hinter Bushs Antiterrorkrieg



Rechtzeitiges Kommen sichert Plätze. Ein Imbiß wird angeboten. Um eine Spende wird gebeten. ■

Der ehemalige Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Dr. Hans Reichelt

spricht am **4. Oktober 2002** um **15.30 Uhr** in der Begegnungsstätte der Berliner Volkssolidarität, Torstraße 203-205, zu dem Thema

Ergebnisse und Probleme der Umweltpolitik der DDR

Stuhlgeld 1,- €

Im Angebot

Der Förderverein macht darauf aufmerksam, daß bei

Wolfgang Metzger, Essener Straße 21, 10555 Berlin, Telefon 030/391 8424, ein

Gesamtinhaltsverzeichnis des „RotFuchs“ (ab Nr. 1)

sowie RF-Kugelschreiber gegen Spende zu beziehen sind.

Auch Faltblätter mit der Satzung des Fördervereins, dem Aufnahmeantrag und einer kurzen Darstellung der „RotFuchs“-Geschichte sind vorrätig. ■

Überlebenshilfe

Liebe Genossen, denkt daran: Die einzigen, die den „RotFuchs“ über Wasser halten und durch die stürmische See der heutigen Verhältnisse bringen, seid Ihr. Ohne Eure Hilfe können wir weder Ausgaben der Zeitung noch Anzeigen, die uns neue Leser beschaffen, finanzieren. **Danke!**

Veranstaltung in Halle mit Botschafter a. D.

Rolf Berthold

am **22. August 2002** um **17.00 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Große Klausstraße 6

Thema:

Die KP Chinas vor ihrem 16. Parteitag

I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber: RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.) Teterower Ring 37, 12619 Berlin, Tel. 030/561 34 04, Fax 030/56 49 39 65 (Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski, (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR
Internet-Redakteurin: Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite: Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb: Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki